

# PROTOKOLL

über die 25. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 9. Juni 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

#### BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

#### VIZEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

#### STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

#### GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Richard Gollatsch

Hans-Dieter Götz

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

DI. Frank Mundorff

Edith Radmoser

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Marco Vanek

#### VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR. Dr. Gerhard Alphasamer

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Mag. Helmut Lemmerer

OAR. Walter Kerbl

#### PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Anton Obrist

Gabriele Angerbauer

# Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.

Behandlung von allfälligen Fragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

## Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

- |               |  |
|---------------|--|
| VerkR-8365/92 | Bauarbeiten für die Energieversorgung der Parkscheinautomaten.   |
| Präs-425/94   | Zustimmung gem. § 8 Unvereinbarkeitsgesetz für die Funktion des Bürgermeisters der Stadt Steyr als Vorsitzender des Aufsichtsrates; Weiterleitung der Entschädigung an die Aktion "Soforthilfe für bedürftige Steyrer Kinder". |
| Ha-158/93     | Kinderfreunde Steyr; Ankauf und Einrichtung eines neuen Spielbusses; Subventionsansuchen.  |
| SH-4370/92    | Begleichung von Krankenhauskosten für Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, durch die Stadt Steyr aus Sozialhilfemitteln.   |
| Fin-105/94    | Vergütung für Zivildienenr.  |

# Verhandlungsgegenstände:

## BERICHTERSTATTER

### BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Präs-455/94 Antrag gem. § 6 GOGR an den Bürgermeister betreffend AKW Temelin.
- 2) Präs-1166/91 Nominierung von Ersatzmitgliedern für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion.
- 3) Schu-103/93 Vergabe des Auftrages über die Entwicklung von Studiengängen der Fachhochschule OÖ. am Standort Steyr an das Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT Steyr GmbH; Schlußrechnung.
- 4) Fin-43/93 SYSTEMA Datenverarbeitungsges.m.b.H. & Co KG, Pachergasse 4 a, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 5) Ha-12/93 Machbarkeitsstudie "Industrielle Produktionstechnologien"; Kostenbeitrag der Stadt Steyr.

## BERICHTERSTATTER

### VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

- 6) K-61/94 Rotes Kreuz, Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1994.
- 7) ÖAG-169/93  
Abfall Abschluß eines Triangelvertrages zwischen der Stadt Steyr bzw. dem Bezirksabfallverband Steyr-Stadt, der ARGE Steyr-Stadt (Fa. Bittner/Fa. Waizinger) und der ARGEV.
- 8) ÖAG-4183/89 Kompostierung biogener Abfälle; Vereinbarung betreffend Übernahme von Biomüll der Stadt Steyr durch den Bezirksabfallverband Steyr-Land.

**BERICHTERSTATTER  
VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:**

- 9) Fin-26/94 Kunstverein Steyr; Förderung 1994.

**BERICHTERSTATTERIN  
STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:**

- 10) SH-Erl.-1188/93 Richtlinien zur Förderung professioneller, sozialer und medizinischer Dienste in Oberösterreich; Kostenbeitragsregelung.
- 11) Fin-77/94 Verein "Pro mente infirmis" - Atrium Steyr;
- 12) Ha-2517/91 Verein "Frauen für Frauen"; Subvention für das Jahr 1994.
- 13) Fin-45/93 Integrationsprojekt für In- und Ausländer; Subvention.
- 14) Fin-46/94 Eltern-Kind-Zentrum Steyr; a.o. Subvention zur Adaptierung zusätzlicher Räumlichkeiten.

**BERICHTERSTATTER  
STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

- 15) Stadtw.-34/94 Städt. Wasserwerk; Neuregelung der Anschlußgebühren aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung zum 1. 7. 1994.

**BERICHTERSTATTER  
STADTRAT KARL HOLUB:**

- 16) BauH-134/94 Alten- und Pflegeheim Tabor; Erneuerung der Liftanlage Kollerstraße.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 17) Bau3-3047/89 Leitnerstiege; Sanierung und Neuerrichtung.
- 18) En-18/94 Ankauf von Masten und Beleuchtungskörpern für die Errichtung einer neuen Straßenbeleuchtung in der Christkindlsiedlung.
- 19) BauBrü-620/93 Neubau der Wiesenbergbrücke und der Fuß- und Radwegunterführung Fabrikstraße und der Große-Fallen-Brücke.
- 20) VerkR-1360/85 Reparatur des Verkehrsradargerätes.
- 21) Bau5-201/93 Kommunalzentrum, 1. Bauetappe; Adaptierung des Bürogebäudes; Vergabe der Baumeisterarbeiten.
- 22) Bau5-201/93 Errichtung eines Kommunalzentrums; Begleichung von Honorarnoten für Planungs- und Bauleitungstätigkeiten.
- 23) Bau2-6860/92 Bebauungsplan Nr. 36 - "Leeber-Gründe"; Änderung Nr. 1.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 24) GHJ2-21/94 Dachinstandsetzung; VHS Stelzhamerstraße 11.
- 25) GHJ2-37/94 Abschluß eines Mietvertrages mit der GWG der Stadt Steyr über Räumlichkeiten im Rathaus.
- 26) ÖAG-4/94 Abschluß eines Verwaltungsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der GWG der Stadt Steyr über Verwaltung der städtischen Objekte.
- 27) ÖAG-1446/74 Vertrag mit einer Werbefirma über Plakatierung und Werbung auf Gemeindegrund der Stadt Steyr.  
**ABGESETZT !**
- 28) Bau2-2430/92 Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; Ankauf der Liegenschaft Dukartstraße 15.

## BERICHTERSTATTER

### STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

- 29) Ha-4202/92 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 500.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.
- 30) Fin-87/94 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.
- 31) Gem-87/93 Bedarfszuweisungsmittel für den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung.
- 32) Gem-87/93 Bedarfszuweisungsmittel für das FAZAT-Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik (2. Ausbaustufe); Weiterleitung einer Landesförderung.
- 33) Präs-35/91 OÖ. Objektivierungsgesetz; Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstnehmers im Personalbeirat.
- 34) Präs-229/94 Zuerkennung einer Dienstvergütung für Sozialarbeiter(innen).
- 35) Pers-1453/91 OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Erweiterung des Sicherheitsausschusses.

## BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Vertreter der Medien! Ich darf Sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen ist und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Es sind mir als Protokollprüfer die Herren Gemeinderäte Klaus Jansky und GR Dipl.-Ing. Mundorff gemeldet, dieser hat jedoch angezeigt, daß er später kommen wird. Die FP soll bitte einen Protokollprüfer namhaft machen. Kollege Stadtrat Eichhübl übernimmt diese Funktion. Danke sehr, bitte dies zu protokollieren. Stadtrat ist nicht zulässig, wird mir gerade angedeutet. Die Frau Gemeinderätin Bauer übernimmt. Entschuldigt hat sich Herr Stadtrat Tatzreiter, Frau Gemeinderat Lohnecker, Herr Gemeinderat Payrleithner, Herr Gemeinderat Philipps, Herr Gemeinderat Rohrauer. Die Stadträtin Ehrenhuber sowie der Gemeinderat Huber und Gemeinderat Mundorff kommen wie bereits gesagt etwas später, weil sie wichtige Verpflichtungen haben. Auch der Kollege Spanring kommt etwas später. Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß mir der Herr Gemeinderat Lengauer mit Datum vom 2. 6. eine Anfrage gestellt hat, mit folgendem Inhalt. Er schreibt: "Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich stelle nach § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgende schriftliche Anfrage und ersuche höflichst um Beantwortung in der nächsten Gemeinderatssitzung: Durch die Fernsehübertragung des Grand Prix der Volksmusik aus der Turnhalle Steyr, ganz besonders durch die Einschaltung des meines Erachtens sehr guten Films über die Stadt Steyr, wurde vielen Menschen auch über die Grenzen unseres Landes hinaus die

Stadt Steyr hervorragenderweise als besuchenswerte Stadt präsentiert. Da aber weder im Stadtsenat noch im Gemeinderat und auch nicht im Kulturausschuß über Kosten und Bezahlung gesprochen wurde, stelle ich nun folgende Frage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister: Welche Kosten hat die Stadt für diese Übertragung, ihre Vorbereitung und Durchführung zu tragen? Wie hoch waren diese Kosten, aus welchem Budgetposten wurde diese Kosten bezahlt?" Dazu kann ich, sehr geehrter Herr Gemeinderat, folgendes berichten: Die bisher eingereichten und bezahlten anteiligen Kosten ergeben einen Betrag von S 158.367,52. Mit weiteren Kosten in Höhe von S 30.000,- bis 50.000,-, die noch zur Abrechnung anstehen, ist zu rechnen. Diesen Kosten stehen jedoch Einnahmen in Höhe von S 202.570,- gegenüber, so daß es sich hier um eine Veranstaltung handelt, die uns nichts oder jedenfalls beinahe nichts kostet und es daher sehr positiv gewesen ist, daß sie in unserer Stadt und mit der von Ihnen angeführten Wirkung stattgefunden hat. Eine weitere Anfrage brachte Herr Gemeinderat Fürweger mit Datum vom 29. 5. 1994.....

## GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Darf ich dazu eine Zusatzfrage stellen? Bei jeder Weiterleitung einer Landessubvention brauchen wir einen Beschluß des Gemeinderates. Daher frage ich: Ist für solche Ausgaben kein Beschluß oder Auftrag notwendig?

## BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im Kulturbereich ist hier die Gestion eine etwas andere. Es war immer schon so, daß hier die Mittel - soferne sie im Rahmen der Budgets vorhanden waren - dort ausgegeben wurden. Ich

muß sagen, daß am Beginn, als die Frage im Raum stand, ob wir diese Veranstaltung nehmen, Herr Dr. Pfeil in seiner Eigenschaft als Kulturreferent bei mir war. Er war dazu positiv eingestellt, ich selbstverständlich auch, und daher haben wir es genommen. Man weiß ja im Vorhinein nicht, wie die Kosten sein werden, aber ich bin auch Ihrer Meinung, daß eine Endabrechnung vorgelegt werden soll. Jedenfalls, wie es gegenwärtig aussieht, wird das eher ein Nullsummenspiel sein. Ist das vorläufig ausreichend, Herr Kollege? Gut. Weitere Anfrage durch Gemeinderat Fürweger, er schreibt: "Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gemäß § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes folgende schriftliche Anfrage:

1. Wann werden - nun endlich die Stadtwerke auf die Repa-Gründe in das neue Kommunale Zentrum übersiedeln?

2. Welche Werte wurden bei den von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt in der Stadt. Busgarage durchgeführten Luftmessungen im Bezug auf Stickoxyd, Kohlenmonoxyd, Rußpartikelemission festgestellt? Kam es dabei zu Überschreitungen der höchstzulässigen Schadstoffkonzentrationen?

3. Werden im neuen Kommunalen Zentrum Druckluftleitungen errichtet, die ein Warmlaufen der Autobusmotoren in der Garage nicht mehr erfordern?

Ich ersuche Sie, diese Anfrage im nächsten Gemeinderat zu beantworten."

Ich kann folgendes berichten: Die Planungen in der Projektgruppe sehen vor, daß die Verwaltung der Stadtwerke mit der Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes übersiedelt. Die Fertigstellung sollte bis Ende der 44. Kalenderwoche, das ist 4. 11. d. J. erfolgen. Die Übersiedlung könnte dann ab der 45. und in der 46.

Kalenderwoche, spätestens also bis 18. 11. d. J. stattfinden. Die Verlegung der Verkehrsbetriebsgarage samt der Halbtagswerkstätte sowie der Werkstätten Gas- und Wasserwerk ist nach den derzeit vorliegenden Planungen spätestens für Ende 1995 vorgesehen. Ich darf berichten, daß mit dem Teil, in dem sich die PKW-Reparaturwerkstätte befindet, gewisse Probleme bzw. Verzögerungen aufgetreten sind, weil hier erst jemand gefunden werden mußte, der diese Ersatzreparaturwerkstätte errichtet. Es wird die Firma Bulla sein, die hier eine Reparaturwerkstätte südlich der GFM errichten wird. Dann ist die Übersiedlung vorgesehen und erst dann können wir diese Hallen adaptieren. Wir drängen zwar sehr, aber natürlich geht es dort auch um rund 50 Arbeitsplätze und wir wollen wir ja nicht haben, daß hier Betriebe ihre Existenz einstellen, sondern daß wir möglichst neue Betriebe in unserer Stadt ansiedeln. Betreffs der Messungen: Am 27. April 1994 wurde auf Ersuchen des Arbeitsinspektorates Linz eine Schadstoffmessung durchgeführt. Es wurden dabei vom Unfallverhütungsdienst Linz die Konzentrationen der Schadstoffe Kohlenmonoxyd und Stickstoffdioxid als zwei der Leitkomponenten von Dieselmotoremissionen erhoben. Die Messung erfolgte in der Zeit von 4.50 bis 5.10 Uhr, da in dem Zeitraum die höchste Anwesenheit von Arbeitnehmern vorhanden ist. Die Meßwerte wurden im üblichen Arbeitsbereich der betroffenen Arbeitnehmer ermittelt, die Werte für Stickstoffdioxid wurden mittels Compur Monitox plus dedektiert, die Werte für Kohlenmonoxyd mittels Dräger-System. Die Meßwerte wurden bei geschlossenen Garagentoren erhoben. Zum Zeitpunkt der Messung ergaben sich folgende Mittelwerte: für Stickstoffdioxid 3,1 ppm, für Kohlenmonoxyd 25 ppm. Die

Grenzwerte für Stickstoffdioxid betragen 3 ppm, also ergibt sich eine Überschreitung von 1/10 in diesem Bereich. Der Grenzwert für Kohlenmonoxyd beträgt 30 ppm, hier unterschreiten wir um 5 ppm. Um 5.17 Uhr wurden alle Tore geöffnet, daraufhin fielen die Werte für Stickstoffdioxid innerhalb von 5 Minuten auf 0,4 ppm, bei Kohlenmonoxyd auf 5 ppm. Bis zu einer Sanierung der Betriebsgarage wird vom Unfallverhütungsdienst empfohlen, vor dem Start der Busse alle Garagentore zu öffnen, um eine möglichst große Lüftung zu erhalten. Eine Messung des Rußpartikelgehaltes in der Verkehrsbetriebsgarage war nicht möglich, da die AUVA Linz nicht über die notwendigen Meßgeräte verfügt. Lediglich beim Stickstoffdioxid war eine Überschreitung festzustellen. Zur Vermeidung dieser Grenzwertüberschreitung wurde mit einer Dienstweisung an die Omnibuslenker angeordnet, während der Ladephase der Omnibusse die Ein- und Ausfahrtstore zur Verbesserung der natürlichen Ventilation zu öffnen. Zum Punkt 3, wie das in Zukunft im neuen Kommunalzentrum sein soll, ist folgendes zu berichten: Zur Vermeidung von Schadstoffemissionen im Garagengebäude werden einerseits entsprechende Ventilatoren zur dynamischen Belüftung eingebaut und andererseits wird die Druckluftversorgung, die bisher durch Betreiben der Dieselmotoren erfolgte, über eine Druckluftversorgungsanlage im Wege der Fremdladung bewirkt. Dadurch wird die Betriebszeit der Dieselmotoren auf ein Minimum reduziert. Ich hoffe, Sie mit dieser Beantwortung zufriedenzustellen.

Nun die Mitteilungen des Bürgermeisters: Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kann berichtet werden, daß Gott sei Dank eine Entspannung vor sich geht. Der Rückgang der

Arbeitslosigkeit ist neben dem saisonellen Einfluß auch auf den steigenden Optimismus zurückzuführen, der sich verbreitet. Es gibt eine gewisse konjunkturelle Erholung. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen hat um 239 auf 3218 abgenommen, dies ist auch ein Rückgang gegenüber dem Mai 1993. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang sind Einstellungen im Bau- und Metallgewerbe und in den Dienstleistungsbereichen. Die Arbeitslosenzahl der über 50-jährigen hat sich auch in der letzten Zeit laufend nach unten entwickelt, vor allen Dingen aber deswegen, weil diese Leute in die Pension gegangen sind, nicht weil sie Arbeit gefunden hätten.

Zum Stadtentwicklungskonzept Steyr darf ich Ihnen mitteilen, daß Herr Universitätsprofessor Dr. Paul Breitling am Dienstag, den 5. Juli um 14.00 Uhr - Sie werden noch eine Einladung erhalten - dem Gemeinderat der Stadt Steyr seinen Entwurf über das Stadtentwicklungskonzept in einer nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung vorstellen wird. Am selben Tag wird um 19.00 Uhr im Stadtsaal Steyr eine Präsentation dieses Konzeptes vor der Steyrer Bevölkerung stattfinden. Zu dieser Veranstaltung darf ich auch jetzt schon die Vertreter der Presse herzlich einladen.

Betreffend die Sanierung des Hallenbades darf ich Ihnen berichten, meine Damen und Herren, daß ich am 10. Mai d. J. bei einem Gespräch mit Landesrat Pühringer erreichen konnte, daß das Vorhaben "Ausbau und Sanierung des Hallenbades" in die nächste Sitzung des Bäderbaubeirates im September aufgenommen wird. Die seitens der Stadt vorgelegte Projektstudie und die Detailplanung mit einem Kostenumfang von 83,8 Mio Schilling wurde nach Überprüfung vom Land akzeptiert. Das ist das erste Mal, daß wir diesen Schritt erreicht haben. Nicht drinnen ist diese Blockheizwerk-

Variante, die noch einmal 10 Mio Schilling kosten würde. Hier werden gesonderte Überlegungen anzustellen sein, ob diese Investition durch spätere billigere Betriebskosten bei diesem Bad gerechtfertigt ist. Das ist dann gesondert zu betrachten, beim Land hält man es nicht für gerechtfertigt. Landesförderungen wurden vom Landesrat Dr. Pühringer jedoch erst ab 1996 in Aussicht gestellt. Über die Höhe wird im Herbst des heurigen Jahres zwischen drei Referaten der OÖ. Landesregierung zur beraten sein, dort werden wir dann auch ein Ergebnis hören können. Ich darf weiters mitteilen, daß der Fachhochschulträgerverein Oberösterreich am kommenden 15. Juni eine Generalversammlung durchführt, in dieser wird die Stadt Steyr -als ordentliches Mitglied aufgenommen. Das bedeutet, daß wir die Unterstützung des Landes Oberösterreich bei der Errichtung des Studienganges ab diesem Zeitpunkt voll genießen können. Wir müssen uns aber dann in weiterer Folge natürlich bemühen, daß wir hier beim Fachhochschulbeirat, eine Bundeseinrichtung unter dem Vorsitz des Professor Schelling, die Akzeptanz für die Lehrpläne und für diese Fachrichtung "Produktions- und Managementtechnik" tatsächlich erwirken können. Erst dann, wenn der Fachhochschulbeirat diese Vorstellungen, die wir entwickeln werden, akzeptiert, haben wir den Weg für die Errichtung dieses Fachhochschulstudienganges frei.

Ich darf weiter berichten, daß ich erst gestern einen Brief vom Straßenbaureferenten Oberösterreichs, Herrn Dr. Pühringer erhalten habe, in dem er mitteilt, daß die Bauarbeiten für die Instandsetzung der Rederbrücke begonnen werden und daß für die Reparatur und Instandsetzung des Tragwerkes Kosten von 11 Mio Schilling präliminiert sind.

#### Stadtrat Karl Holub trifft um 14.20 Uhr ein.

Dann bitte ich Sie unter Punkt 4. um Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, die mit den Unterlagen an Sie alle ausgesendet wurden. Vor Eingang in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände würde ich Sie nun um die Absetzung eines Tagesordnungspunktes bitten. Und zwar geht es um den Gemeinderatstagesordnungspunkt 27) Vertrag mit einer Werbefirma über Plakatierung und Werbung auf Gemeindegrund der Stadt Steyr. Aus dem Referat von Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter wurde in der Sitzung des Stadtsenates vom 1. 6. dieser Tagesordnungspunkt zurückgestellt. Gemäß § 19 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr kann mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt werden. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, der Absetzung zuzustimmen und ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie damit einverstanden sind. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt 27) von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Mir wurde zu Beginn der Sitzung ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ Fraktion und ÖVP Fraktion gem. § 7 überreicht, und zwar mit folgendem Wortlaut:

Resolution: Am 12. Juni 1994 findet die Volksabstimmung zum Gesetzesbeschluß des Nationalrates über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union statt. Der Gemeinderat der Stadt Steyr hält diese Volksabstimmung für eine der wichtigsten und

ersucht daher alle Steyrer und Steyrerinnen, am 12. Juni 1994 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Diese Volksabstimmung wird die Geschichte Österreichs unmittelbar beeinflussen und sollte daher von allen Wahlberechtigten zur Meinungsäußerung genutzt werden. Der Gemeinderat der Stadt Steyr hält darüber hinaus fest, daß für die Stadt Steyr die Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft zur Europäischen Union ergeben, deutlich überwiegen. Der Antrag ist ausreichend unterstützt. Ich darf fragen, ob dazu jemand das Wort wünscht oder ob wir gleich über die Dringlichkeit zu einer Abstimmung kommen können? Zu Wort gemeldet ist der Fraktionsvorsitzende der FPÖ.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nur jetzt in der Geschwindigkeit nicht das Ziel dieser Resolution herauslesen. Hier ist nur eine Tatsache angeführt, daß wir am 12. Juni die Volksabstimmung haben. Die Volksabstimmung ist wichtig und der Gemeinderat hält das fest. Für wen oder was soll diese Resolution sein? Was ist das Ziel der Resolution? Mit fehlt der Resolutionstext, das ist nur ein Tatsachenbericht. Aber ich lese es mir vielleicht noch einmal in Ruhe durch und dann können wir darüber diskutieren, was damit per Resolution beschlossen werden soll. Bitte um Aufklärung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wer wünscht weiter das Wort? Kollege Sablik.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Zum Text selbst, Herr Dr. Pfeil: Erstens ist es ein Aufruf an die

Bevölkerung, sich hier zu beteiligen, nicht abseits zu stehen, weil es doch um ein unmittelbares Stück der Zukunft geht. Und zweitens geht es aus dem letzten Absatz ganz eindeutig hervor, daß der Gemeinderat darüber hinaus festhält, daß für die Stadt Steyr die Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben, deutlich überwiegen. Das heißt, es ist ein Aufruf, für die EU zu stimmen.

Zwischenruf:

Bitte um Begründung dazu.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Die Begründung ist ganz klar ...

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Das ist dann in der Debatte vorgesehen, jetzt geht es darum, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen und dazu kann debattiert werden. Und dann, wenn ja - das könnte mit 2/3 Mehrheit geschehen, darf ich aufklären -, dann könnten wir es sofort behandeln. Mit einfacher Mehrheit würde es am Schluß der Gemeinderatssitzung behandelt. Im oder zum Tagesordnungspunkt selbst können inhaltliche Positionen erörtert werden. Gibt es noch eine Wortmeldung von einer Fraktion? Das ist nicht mehr der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf hier zur Abstimmung bringen, ob diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Wer dafür ist, soll bitte ein Zeichen der Zustimmung geben. Danke sehr. Wer ist gegen die Dringlichkeit? 3 Gegenstimmen. Dem Antrag ist die Dringlichkeit zuerkannt, daher werden wir diesen Tagesordnungspunkt als ersten sofort behandeln. Ich darf fragen, wer zur Resolution direkt das Wort wünscht? Kollege Eichhübl, Herr Dr. Schwager.

Bitte vereinbart es Euch intern. Herr Dr. Tilman Schwager hat den Vorrang erhalten. Ich erteile ihm das Wort.

#### GEMEINDERAT

##### DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist offenbar das Schicksal der zweiten Reihe, daß man hin und wieder übersehen wird und daß man in der ersten Reihe dann früher zu Wort kommen könnte. Das war auch zu Frage der Dringlichkeit, als nämlich nach Fragen zur Enthaltung nicht weitere Abfragen von seiten des Präsidiums gekommen sind. Ich habe es nicht für so wichtig gehalten, daß man hier dem Resolutionsantrag die Dringlichkeit geben sollte. Zur Sache selbst, warum nicht dringlich: Es wurde nun dargelegt, daß der Sinn und Zweck des Resolutionsantrages im letzten Absatz desselben zu sehen ist, wo es heißt: "Der Gemeinderat der Stadt Steyr hält darüber hinaus fest, daß für die Stadt Steyr die Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft zur Europäischen Union ergeben, deutlich überwiegen." Ich lasse mir diesen Satz gerne gefallen, ich bin der Letzte, der kontra-europäisch denkt und sich kontra-europäisch verhält. Ich kann nicht eine Auffassung, die ich 1957 schon einmal auf meine damals noch etwas jugendlicheren Fahnen geschrieben habe, deswegen ändern, weil wir heute 1994 schreiben. Es war damals mein erklärter Wille, daß wir damals schon, wenn sich auch die politischen Verhältnisse seither gewaltig geändert haben, die auch damals gegebene Möglichkeit aufgreifen sollten, der EWG beizutreten bzw. eine Assoziation zur EWG, wie sie sich damals nannte, nach den Verträgen von Rom zu suchen. Die EWG bestand damals aus sechs Mitgliedern, wir wären das siebte gewesen. Wir hätten damals eine Mitbestimmung

treffen können, die natürlich mit der heutigen Möglichkeit überhaupt nicht zu vergleichen ist. Der Weg nach Europa ist frei, hat Herr Bundesaußenminister so schön gesagt, in leichter Anlehnung an die Worte des damaligen Bundeskanzlers am 15. Mai 1955 am Belvedere-Balkon. Ich kann verstehen, daß der Herr Bundesminister nach den Mühen, die er trotz seiner Krankheit auf sich genommen hat - man versteht zwar nicht, daß man einen so kranken Mann noch immer beschäftigt -, mit wahrer persönlicher Freude dieses Ergebnis gesehen hat. Es ändert nichts an meiner Einstellung zu Europa, daß ich kritisch zu den Verhandlungsergebnissen stehe. Es ändert nichts daran, daß ich persönlich mein Stimmverhalten auch entsprechend halten werde. Das kann jeder von mir wissen, daß ich - wie gesagt - seit 1957 keine Gesinnungsänderung bei mir erkennen kann, auch wenn die Vertragsergebnisse nicht einen derartigen Jubel zuließen, wie er heute verkauft wird. Ich verkenne auch nicht, daß eine große Bevölkerungsgruppe sehr massive Bedenken gegen diesen - nennen wir es ruhig auch - Anschluß an Europa hat, daß diese Bedenken auch teilweise sehr begründet sind. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Regierung mit ihrer ungeschickten Propaganda geradezu kontraproduktiv zu ihren eigenen Intentionen ist. Denn eine derartige Propagandaführung, wie wir sie erleben - von einer Staatssekretärin angeführt, deren Aufgabe es zwar wäre, diese Propaganda zu führen, die aber in diesem Punkt meines Erachtens eine nicht gerade sehr tüchtige Persönlichkeit aus sich macht -, die reizt zum Widerstand. Die reizt dazu, daß man dagegen ist, die reizt dazu, daß insbesondere Uninformierte sagen: "Nein, da bin ich einmal dagegen!" Die Uninformiertheit ist es überhaupt, die das Ab-

stimmungsverhalten unserer Bevölkerung offen lassen und die das Ergebnis auch wirklich sehr knapp ausgehen lassen werden, ob in der einen oder in der anderen Richtung. Und die Uninformiertheit, hohes Präsidium, geht leider auch aus dem letzten Absatz dieser Resolution hervor, wo nur lapidar gesagt wird, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr festhalte, daß es für die Stadt Steyr besser wäre, wenn Österreich Mitglied der EU würde, als wenn die Volksabstimmung negativ ausginge. Das gehörte meines Erachtens begründet. Wenn man das nämlich wirklich einmal den Leuten erklärt, wo die Vorteile und wo die Nachteile liegen, dann hätte das Ganze einen Sinn. Aber das ist etwas, wo eben gerade die Propaganda versagt. Man nennt Sicherheitsaspekte. Ja bitte, man hat uns doch jahrzehntelang verkauft, wie gut wir doch in unserer Landesverteidigung und wie sicher wir mit unserer Neutralität seien. Und jetzt auf einmal, weil der Krieg unseren Grenzen verdammt nahe gekommen ist, wird klar, wie schwach unsere Landesverteidigung ist, daß wir mit unserer Neutralität nicht weiterfahren können. Es gehört die Bevölkerung darüber aufgeklärt - nur jetzt ist es eben zu spät -, welche Vorteile und Nachteile ein Beitritt oder Nichtbeitritt zur EU hätten. Und das ist leider ein Manko, das die Bundesregierung zu tragen hat. Soll aber nichts daran ändern, daß es - wie gesagt - in der Sache selbst eine sehr eindeutige Linie von mir gibt. Ich danke.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Kollege Eichhübl ist der nächste, bitte sehr.

**STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

Ich bin froh, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren

Bürgermeister, daß Kollege Schwager vor mir gesprochen hat, denn so bleibt mir nur die Tatsache über, daß ich einige Ergänzungen machen muß. Der Gerhard lacht schon, ich kann versichern, in 20 Minuten werde ich fertig sein. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Spaß beiseite, ich habe deshalb der Dringlichkeit zugestimmt, weil es dann eine Diskussion gibt, weil ja der Antrag dann behandelt werden muß und weil dann - wie ich hoffe - einige Fragen aufgeklärt werden können, die mir sehr wichtig erscheinen. Denn es ist ja wirklich sehr eigenartig, daß heute am 9. Juni gemeinsam von der SPÖ und der ÖVP-Fraktion eine Resolution eingebracht wird, wo doch bereits in einigen Tagen diese Volksabstimmung stattfinden soll. Und damit bin ich schon beim Kern meiner Wortmeldung. Ich möchte wirklich gerne wissen, wie das jetzt gehen soll. Wie möchte man den ersten Absatz umsetzen, wenn man hier in dieser Resolution bekanntgibt, der Gemeinderat der Stadt Steyr hält diese Volksabstimmung für eine der wichtigsten und ersucht daher alle Steyrer und Steyrerinnen, am 12. Juni 1994 von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Wie, frage ich mich, soll der Gemeinderat, sofern er diese Resolution dann auch tatsächlich mit Mehrheit verabschiedet, das umsetzen. Möchte er zu jedem einzelnen Steyrer gehen und ihn ersuchen, daß er am Sonntag zu Abstimmung geht, oder wie soll das funktionieren? Zum zweiten betrifft das den letzten Absatz, wo steht: "Der Gemeinderat der Stadt Steyr hält darüber hinaus fest, daß für die Stadt Steyr die Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft bei der Europäischen Union ergeben, deutlich überwiegen." Da komme ich zur selben Auffassung wie vor mir Dr. Tilman Schwager. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir jemals in einem Gremium, sei es Stadtsenat oder

Gemeinderat, über die Vor- und Nachteile der Stadt Steyr bei einem eventuellen EU-Beitritt diskutiert bzw. diese herausgestrichen haben. Die Kollegen von der GAL-Fraktion nicken, sie können sich sicherlich auch nicht erinnern, daß wir auch nur in irgendeiner Form, auch nicht in einem Ausschuß, darüber diskutiert haben. Daher meine Damen und Herren komme ich schon zum Schluß meiner Wortmeldung. Ich halte diesen von der SPÖ und der ÖVP-Fraktion gemeinsam gestellten Antrag einer Vorlage in dieser Form für eine reine Alibi-handlung.

Stadtrat Ingrid Ehrenhuber trifft um 14.39 Uhr ein.

**BÜRGERMEISTER.**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Der nächste ist der Herr Kollege Fürweger.

**GEMEINDERAT**

**GÜNTER FÜRWEGER:**

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bin eigentlich auch sehr froh, daß das endlich einmal zur Sprache kommt, darum habe ich auch der Dringlichkeit zugestimmt. Es stimmt wirklich, wir haben noch nie darüber gesprochen. In keinem Ausschuß, auch noch nicht hier herinnen. Ich war am Montag im Casino bei der EU-Diskussion, die sehr interessant war. Es waren am Podium der Geschäftsmann Franz Josef Hartlauer, die grüne Nationalrätin Grandits, Moderator war der Herr Schipek von der Steyrer Zeitung und auf der Pro-Seite waren der Herr Wandl von der Handelskammer und der Herr Nationalrat Gartlehner. Es ist eigentlich im Saal schon eine gute Stimmung gewesen, gegen die Zustimmung, das kann man hier ganz klar sagen. Um jetzt hier nicht alle Themen aufzuzählen, angefangen vom

Transit, von der Kriminalität, die uns von der Bundespolitik hier immer wieder geschildert wird, habe ich dort eine Frage gestellt. Diese gebe ich jetzt natürlich weiter, denn ich habe sie nur dort an den Nationalrat Gartlehner stellen können, der für unser Traunviertel, für unsere Stadt zuständig ist. Jetzt kann ich sie weitergeben an den Bürgermeister, oder an alle: Was ändert sich wirklich, wenn wir dazugehen, auf Steyr bezogen? Haben wir weniger Verkehr in Steyr, haben wir eine bessere Nahversorgung, haben wir eine bessere Sicherheit? Diese Fragen sind natürlich sehr schwierig und man hat sie leider nicht auf regionaler Ebene diskutiert. Jetzt, glaube ich, ist es ein wenig spät. Wir haben jetzt eine Situation wie schon einmal am 17. Dezember, da ist uns auch etwas hingelegt worden um 9.00 Uhr früh und wir haben dann auch eine Zeit gebraucht, um das zu erfassen. Ich glaube, das ist so ein wichtiges Thema, daß wir uns bei solcher Sachen ein wenig früher unterhalten sollten. Natürlich können wir jetzt eine EU-Debatte führen, aber es wird nicht mehr viel daran ändern. Meine Einstellung ist gegen die EU, das kann ich ganz offen sagen. Ich habe mir auch den Kopf genug darüber zerbrochen. Ich war auch bei einer Diskussion. Ich glaube, es ist ganz selbstverständlich, dort hinzugehen. Jeder mündige Staatsbürger hat - glaube ich - die Pflicht, an einer Volksabstimmung teilzunehmen. Dazu brauchen wir keine Resolution. Aber man kann es auch so sehen, daß jetzt die kleinen Gemeinden auch noch nachdrücken müssen, damit alle hingehen, weil man weiß, wenn jetzt die Leute nicht hingehen, haben eher diejenigen die Chance, die dagegen sind. Aber im großen und ganzen glaube ich, haben wir es ein wenig versäumt, hier herinnen diese Debatte

zu führen. Jetzt ich es - glaube ich - ein wenig zu spät. Danke schön.

Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler trifft um 14.44 Uhr ein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Herr Stadtrat Schloßgangl bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Österreich auf dem Weg in die Europäische Union - wohl kaum ein Thema hat in den letzten Jahren die Österreicher so bewegt, wie die Diskussion um den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Zur Verunsicherung und Unentschiedenheit vieler Bürger haben nicht zuletzt die politischen Parteien durch ihre wankelmütige Haltung zu Beginn der Diskussionen und auch jetzt kurz vor der Abstimmung sehr wesentlich beigetragen. Wenn man aber die Situation Österreichs kritisch überlegt und abwägt, kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß wir an der EU nicht vorbeigehen dürfen. Bis zur europäischen Einigung waren einige Hürden zu nehmen, ich möchte nur die wichtigsten Meilensteine hier aufführen: 1957 der Vertrag von Rom, Dr. Schwager hat ihn erwähnt, mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. 1967 wurde der Rat der Kommission und die Kommission eingesetzt, 1979 das europäische Währungssystem. Ich mache bewußt große Sprünge, es gäbe viel dazwischen in den einzelnen Jahren anzuführen, aber ich möchte das nicht zu weit ausbreiten. 1990 die deutsche Einigung, die nicht nur helle Freude für die BRD, sondern auch große finanzielle Belastung gebracht hat. Am 1. November 1993 kam die

Europäische Union mit dem Vertrag von Maastricht. 1994 der EWR, der Europäische Wirtschaftsraum, und 1995 - so hoffe ich - Österreich in der EU. Was bringt uns die Europäische Union? Vor allem einmal die vier Freiheiten im Binnenmarkt: Den freien Personenverkehr, den freien Warenverkehr - Wegfall der Grenzkontrollen ist damit verbunden -, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr. Was sind die Ziele der EU? Zusammenschluß der europäischen Völker, Frieden und Freiheit in Europa, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, bessere Lebens- und Beschäftigungsbedingungen, Verringerung des Abstandes zwischen den Regionen. Und für uns bedeutet das unter anderem, daß Steyr zum Ziel-2-Gebiet zählen wird - industrielle Umstellungsgebiete - und daher auch Förderungen aus dem EU-Strukturfonds bis zum Jahre 2000 erhalten wird. Wie wichtig es war und ist, Ziel-2-Gebiet zu werden, haben wir im Vorjahr gesehen, als sowohl SNF als auch BMW wegen der heutigen Förderungen Strafzölle angedroht wurden. Einige Daten veranschaulichen die Abhängigkeit Österreichs von der EU. Ich möchte hier nur anführen, die Zahl der exportierenden Betriebe in Oberösterreich beträgt 4.318, in Österreich alleine 35.650. Beschäftigte in diesen Betrieben gibt es in Oberösterreich 90.000, in Österreich 450.000. Von den Exportbetrieben abhängige Beschäftigte 175.000 und in Österreich gesamt 830.000. Die volkswirtschaftliche Bedeutung eines EU-Beitritts für Österreich zeigen die nachstehenden Veränderungen der sogenannten Richter-Studie für das Jahr 2000. Man geht davon aus, daß der private Konsum um 5,4 % steigen wird, der öffentliche Konsum um 4,2 %, die Investitionen um 5,5 %. Hier ein ganz bedeutender Faktor für Steyr: Sowohl BMW als auch SNF haben

erklärt, sie würden, wenn Österreich nicht der EU beitrifft, keine weiteren Investitionen in Steyr vornehmen. Sie würden zwar nicht unbedingt von hier fortgehen, aber sie würden nicht mehr expandieren und weitere Investitionen vornehmen. Die Exporte sollten um 2,7 % steigen, die Importe um 4,5 %, das Bruttoinlandsprodukt um 4,3 % und die Preise für den Konsumenten um 5,1 % fallen. Daraus ersieht man, welche Bedeutung die EU für Österreich hat, da die österreichischen Unternehmungen zur Zeit gegenüber der EU-Konkurrenz erheblich benachteiligt werden. Grenzkontrollen, Zollformalitäten, Ursprungsregeln verteuern heimische Produkte gegenüber Konkurrenzprodukten in der EU bis zu 5 %. Daß der EU-Beitritt Österreich auch etwas kostet, ist unbestritten. Österreich als sogenanntes "reiches Land" hat auch entsprechende Ausgleichszahlungen zu leisten, man rechnet mit einem Nettobeitrag von rund 12 Mrd Schilling. Als Gegenleistung würden die Konsumenten billigere Preise zu spüren bekommen, es würde ein höheres Wirtschaftswachstum geben und damit mehr Arbeitsplätze sowie mehr Steuereinnahmen. Zum Schluß möchte ich 10 Argumente für einen EU-Beitritt Österreichs anführen, nur ganz grob in Überschrift:

1. Die Teilnahme an der Friedensgemeinschaft EU.
2. Aktive Mitsprache in Europa;
3. Die Wirtschaft, wie in einigen Beispielen angeführt, benötigt dringend die EU;
4. Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Jeder, der hier einen Standort errichten will, fragt: "Ist Österreich bei der EU? Wann kommt es dazu?"
5. Absicherung der Arbeitsplätze und Einkommen.
6. Die EU-Mitgliedschaft sichert Wohlstand in Österreich.

7. Ein ganz wesentlicher Punkt meiner Meinung nach: Ein Nicht-Beitritt kostet mehr als ein Beitritt.
8. Der EU-Beitritt nützt auch den Bauern. Die haben ganz hervorragend verhandelt und sind bei dieser Verhandlungsrunde sehr gut ausgestiegen. Würden sie nicht zur EU gehen, würden sie mit den Belastungen durch das GATT-Abkommen wesentlich schwerer getroffen als jetzt.
9. Der EWR ist keine Alternative. 60 % der EU-Regeln müssen wir jetzt im EWR schon befolgen und die Vorteile, die wir noch aus der EU hätten, blieben uns verwehrt.
10. Beitritt jetzt und nicht später: Wir möchten jetzt beitreten, damit nicht dann die osteuropäischen Staaten, die sich schon anstellen und warten, auch in nächster Zeit in die EU aufgenommen zu werden, später einmal über uns und die Bedingungen Österreichs zu einem Beitritt zur EU mitbestimmen und mitbefinden.

Unter diesen Aspekten und vor allem in Hinblick auf eine aktive Mitgestaltung am zukünftigen Europa und einer hoffentlich lange währenden Sicherung des Friedens für uns und unsere Kinder werde ich am 12. Juni 1994 für einen Beitritt Österreichs zur EU eintreten.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, Kollege Bremm ist der nächste zu Wort gemeldete. Ich erteile ihm das Wort.

**GEMEINDERAT GERHARD BREMM:**

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Wie der Herr Dr. Schwager ausgeführt hat, wären wir 1957, wo ich zwar noch nicht politisch gedacht habe, aber schon auf der Welt war, beigetreten, hätten wir eine

wesentlich bessere Position eingenommen, wie sich das aus heutiger Sicht darstellt. Und aus diesem Grund alleine schon sollte das für uns die Berechtigung und die Begründung sein. Wenn wir es aufschieben würden, würden uns Staaten aus dem Ostblock links und rechts überholen und dann in einigen Jahren entscheiden bzw. mitentscheiden, zu welchen Bedingungen Österreich zur EU beitreten kann. Dadurch ist jedes Jahr, das wir hier verlieren, zum Nachteil der österreichischen Bevölkerung, zum Nachteil der österreichischen Arbeitnehmer. Zur Bemerkung des Gemeinderat Fürweger, daß die Diskussion sehr spät begonnen hat: Es ist natürlich nicht unsere Schuld, wenn die FPÖ die Diskussion erst so spät freigegeben hat. Daß Euer Vorsitzender nach Gründung eines Personenkomitees hier erst eine öffentliche Diskussion erlaubt hat und eine abweichende Meinung zur Geltung kommen läßt, daß dies relativ spät in Eurem Kreise war, ist eigentlich nicht unsere Angelegenheit. Wir haben in unserem Kreis schon lange genug diskutiert. Seit 5 Jahren beschäftigen wir uns mit dem Beitritt zur EU und ich glaube, irgendwann gehört die Diskussion beendet und die Entscheidung getroffen. Ich möchte aber doch ein paar Sätze aus der Sicht der Dienstnehmer von einigen Betrieben in Steyr sagen. Gerade Betriebe wie BMW, SKF und die Steyr Nutzfahrzeuge, wie auch Herr Stadtrat Schloßgangl angeführt hat, haben sich intern sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt. Und wenn wir die Eigentumsverhältnisse in diesen Betrieben sehen und erkennen, dann wissen wir, daß sich die Wirtschaft in Wirklichkeit internationalisiert hat und daß es notwendig sein wird, daß hier auch der zweite Teil nachfolgen muß. Sollte Österreich bzw. die Bevölkerung am Sonntag negativ entscheiden, wird

sicherlich keine Katastrophe eintreten. Aber als Beschäftigte dieser Betriebe sehen und erkennen wir sehr genau, daß eine Reihe von Wettbewerbsnachteilen, aber vor allem eine Reihe von Kostennachteilen entstehen werden. Wir haben das auch mit unseren Vorständen und den Eigentümern diskutiert und es ist sehr klar gesagt worden, daß diese Kostennachteile, die man hier nicht näher erläutern braucht - wir kennen sie, wir haben uns damit beschäftigt -, auf alle Fälle von den Betrieben, die außerhalb der EU stehen, ausgeglichen werden müssen. Wenn wir hier sehen, wie die Kostenstrukturen in den Betrieben sind, dann werden die Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben diese Rechnung zu bezahlen haben. Ich glaube, aus dem Grund ist diese Resolution doch von großer Bedeutung. Die Menschen sollten von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen und in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs bei ihrer Entscheidung in Betracht ziehen. Ich bin für ein JA, für einen Beitritt, bei allen Problemen, die es geben wird. Doch die Probleme wird es auch geben, wenn wir nicht dabei sind. Wir glauben, daß sie in der Gemeinschaft leichter zu lösen sind. Deshalb hier auch ein klares JA zu einem Beitritt zur EU.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, der nächste zu Wort gemeldete ist Herr Dr. Pfeil.

**VIEZBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Dringlichkeitsantrag, der uns heute hier in unausgewogener Form vorliegt - der Herr Gemeinderat Bremm hat es uns jetzt gerade bestätigt, daß selbst dieses

Thema nicht groß genug sein kann, um nicht auch hier Parteipolitik zu machen. Wenn ein so wichtiges Thema hier im Steyrer Gemeinderat besprochen und mittels einer Resolution beschlossen werden soll, wäre es schon recht und billig, daß man zumindest die Fraktionsobmänner zu einem Gespräch darüber einlädt, ob sie diese Resolution mitunterzeichnen. Es wäre auch fein und nett, wenn hier alle Unterschriften aller Fraktionsobmänner drauf wären. Das ist nicht geschehen. Zweitens: In der großen Politik, in der großen Koalition, ist nämlich genau das gleiche passiert. Der Bundeskanzler Vranitzky, der Außenminister Dr. Mock, sie haben in Brüssel jahrelang verhandelt, aber sie haben die Oppositionsparteien nicht zu diesen Verhandlungen eingeladen. Es wäre doch recht und billig gewesen, wenn man sagt, wenn Kritik da ist, dann sollen diese Herrschaften auch in Brüssel dazu Stellung nehmen und auch aus ihrer Sicht in Brüssel an den Verhandlungen teilnehmen. Dann wird die Sicht natürlich unter Umständen auch vielleicht bei anderen Oppositionspolitikern anders sein. Dieser Resolutionsentwurf ist nichts anderes - und das ist schon ein Beweis dafür, daß lieblos und nicht der Sache entsprechend vorgegangen wird - als die abgeschriebene Version von Wels. Da hat man nur den Namen Wels gegen Steyr ausgetauscht. Da ist wirklich zu hinterfragen, welche Wertigkeit diese Abstimmung für einen Gemeinderat der Stadt Steyr hat, wenn man sich nicht einmal der Mühe unterzieht, einen eigenen Resolutionsentwurf zu entwerfen, damit man wirklich eine Resolution mit Inhalt hat. Der Inhalt fehlt mir. Nach genauerem Durchlesen stelle ich fest, es ist ein Wahlauftrag, zur Entscheidung zu gehen. Und es ist im letzten Absatz eine Bestätigung, daß wir Steyrer - aber in Wels steht genau das gleiche -

Vorteile haben aus dieser Europäischen Gemeinschaft. Soweit zu dieser Vorgangsweise. Wir haben seit 1. Jänner 1994 den EWR. Ein Vorredner hat schon gesagt, wir haben 60 % des EU-Vertrages mit Inkrafttreten vom EWR bereits jetzt in Kraft. Und mir konnte bis jetzt niemand sagen, warum für diese 60 %, wo Teile der Verfassung geändert worden sind, keine Volksabstimmung notwendig war, sondern die tatsächliche Beschlußfassung zuerst im Ministerrat und dann im Parlament war. Und jetzt, wo die restlichen 40 % bestimmt werden sollen, ist plötzlich eine Volksabstimmung notwendig. In der Verfassung heißt es, wenn wesentliche Bestimmungen der Verfassung geändert werden, dann ist eine Volksabstimmung notwendig. Aber 60 % sind wesentlicher als 40 %. So ist es eben. Ich habe mich auch schon jahrelang mit dem Thema Europäische Gemeinschaft, Europäischer Wirtschaftsraum und jetzt EU beschäftigt. Mir ist es nicht so ergangen, daß ich eine klare Linie gehabt habe, daß ich immer dafür gewesen bin. Ich war anfangs dafür, mit näherer Kenntnis war ich eher reserviert, aber in den letzten 2-3 Jahren habe ich bis zum heutigen Tage eine eindeutige Pro-Stimme. Wenn man nur sein eigenes Umfeld sieht - und das bitte ich zu bedenken -, dann haben viele sicherlich im eigenen Umfeld zuerst Nachteile zu erwarten. Die ganzen Umstellungen in der Wettbewerbsfähigkeit, in den Angleichungen der Verordnungen, der Gesetzestexte, da haben wir sicherlich die nächsten paar Jahre alle miteinander, jeder in seinem eigenen Beruf, jeder auf seinem Arbeitsplatz zu kämpfen. Aber wir hoffen doch, daß wir in ein paar Jahren, wenn die Umstellung geglückt ist, Vorteile daraus ziehen können. Ich war gerade gestern den ganzen Tag bei unserer Berufsvertretung in Linz bei Verhand-

lungen, da Umstellungen auch im Veterinärbereich kommen. Da gibt es 10 Verordnungen datiert mit 27. Mai 1994 und kein Mensch weiß, wie es geht. Diese Verordnung treten am 1. Juli in Kraft, mit oder ohne EU. Weil unsere exportorientierten Betriebe sich natürlich an den europäischen Wirtschaftsraum angleichen müssen. Ob wir wollen oder nicht, ob wir in der EU sind oder nicht. Darum ist es wichtig, daß wir hier dabei sind und die Rahmenbedingungen mitbestimmen können. Es ist auch die Propaganda, die von der Regierungskoalition ausgegangen ist, angesprochen worden. Ich habe zweimal das Vergnügen gehabt, die Frau Europastaatssekretärin Ederer zu hören. Man könnte wirklich meinen, die steht auf der anderen Seite. Mit ihrer einfachen Betrachtungsweise der doch komplizierten Materie könnte man meinen, sie meint es nicht ganz ernst, da bestätige ich einen meiner Vorredner. Gleiche Rahmenbedingungen, wenn wir jetzt zum Beispiel auch schon in freien Berufen die Niederlassungsfreiheit haben, dann gehört aber selbstverständlich auch dafür gesorgt, daß wir gleich behandelt werden; daß die Mehrwertsteuersätze angeglichen werden, daß die gesetzlichen Voraussetzungen, die Beiträge zu den Sozialversicherungen, zu den Pensionsbeiträgen gleich lauten und damit die Rahmen- und die Wettbewerbsbedingungen gleich lauten. Und nicht so wie jetzt, mit einer halben Lösung im EWR, wo sich einige - und ich sage das ganz bewußt - wirklich ganz schön die Zuckerl herausholen können. Und viele von uns müssen eben dann für sich selber die geschützte Werkstätte verlassen und sich dem europäischen Wettbewerb stellen. Es wird für einige am Anfang nicht einfach ein, aber ich glaube, die Tüchtigen werden es sicherlich schaffen. Aber ich glaube

ein ganz wesentlicher Punkt würde es alleine verdienen, daß wir der EU beitreten. Das ist die Friedenssicherung und insbesondere - und das hängt mit der Friedenssicherung zusammen - die Angleichung des sozialen Niveaus in Europa. Es wird dann niemand mehr veranlaßt, aus wirtschaftlichen Gründen seine Heimat zu verlassen und sich aus wirtschaftlichen Gründen auf Druck woanders niederzulassen. Die großen Wanderbewegungen können dadurch unterbleiben und auch die Kriege und Auseinandersetzungen, die aus wirtschaftlicher Sicht kommen, werden - so hoffe ich - damit weitgehendst vermieden werden können. Und darum bin ich auch gern Nettozahler dieser Gemeinschaft. Alleine das verdient es, daß wir innerhalb Europas einen sozialen Ausgleich und eine soziale Gerechtigkeit schaffen. Und so hoffe ich, daß am 12. Juni die Abstimmung, so knapp sie auch sein wird, positiv ausgehen wird. Danke schön.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, Kollege Sablik ist der nächste.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich danke für diese Pro-Kundgebung zur EU, sie erspart mir eine Seite Manuskript. Es ist natürlich so, Herr Doktor, hätten wir, die ÖVP und die Sozialdemokraten, diese Resolution hier nicht eingebracht in den Gemeinderat und zur Debatte gestellt, hätten Sie alles das gar nicht sagen können. Also ein Vorteil schon einmal, um eine klare Meinungsäußerung des Fraktionsobmannes der FPÖ zu erhalten. Ich komme jetzt zur Frage, warum die SPÖ mit der ÖVP gemeinsam ohne Beitritt der GAL oder der

FPÖ diese Resolution hier in den Gemeinderat eingebracht hat: Weil es uns von vornherein bekannt ist, daß die GAL dagegen ist, denn wenn ein prominenter Vertreter der GAL als Kontraredner bei Veranstaltungen auftritt, dann brauche ich doch gar nicht hingehen und ihn fragen: "Möchtest Du meine Resolution unterschreiben?" Das ist vergossene Milch. Genauso ist es bei der FPÖ. Als Partei wissen wir, daß die Fraktion in Steyr eine zerrissene ist und daß wir in Wirklichkeit ja nur für drei oder vier Mitglieder der freiheitlichen Fraktion diese Debatte hier führen. Denn wer sich bis heute - ich setzte voraus, daß auch die Zuseher und die Herren der Presse, die hier herinnen sitzen, lauter interessierte Personen sind - über Vor- oder Nachteile kein Bild gemacht hat, für den ist es sowieso zu spät. Entweder er ist derart uninteressiert, daß er sich regieren läßt nach altem Muster, oder er ist interessiert genug, sich bis heute - zwei Tage vorher - eine Meinung gebildet zu haben. Und die Meinung wird sicherlich in Ihrer Fraktion, Herr Dr. Pfeil, nicht unbedingt so sein, daß alle Apostel des Jörg Haider sind. Ich habe ihn mir gestern abend noch angeschaut und daher ist es auch müßig, hier herinnen ihrem Wunsch folgend, Herr Kollege Fürweger, noch einmal Transit und all das wiederzukäuen, denn wenn Sie es bitte heute nicht gewußt haben, dann kann ich Ihnen nicht helfen. Sie werden dem Befehl des Jörg Haider folgen, für mich ist das klar. Daher werde ich hier keine Transitediskussion durchführen und es wundert mich, Kollge Eichhübl, daß Du als Abhängiger des VW-Konzerns, der eine Zulieferindustrie in Österreich aufgebaut hat, von der 10.000 Personen hier in Oberösterreich abhängig sind, daß Du den Mund so weit aufmachst, wo Du gegen Deine eigenen Interessen und die Interessen der

Beschäftigten von VW redest. Ja, Du redest anscheinend dagegen. Oder sollen wir die Abstimmung verschieben? Sollen wir mit der Bundesregierung eine Resolution machen, sie soll die Abstimmung verschieben, weil drei Leute von der FPÖ noch nicht so weit sind und nicht wissen, sollen sie dem Jörg glauben oder nicht? Tatsache ist, wir reden hier zu den Problemen von Steyr. Natürlich sind wir eingebettet in die Probleme der österreichischen Republik, aber zu den Problemen von Steyr nehmen wir hier Stellung und da muß ich sagen, daß ja jedem von Ihnen bekannt ist, daß 80 % der Exporte in die Länder der EU gehen und gehen werden. Aber die weiterbestehenden Zölle und auch andere Handelsrestriktionen, die es heute schon gibt, die bleiben nämlich dann weiter bestehen, das brauche ich Ihnen auch nicht zu sagen. Und von diesen 80 % des Exportes lebt in Steyr nämlich die Wirtschaft, leben alle Kleinbetriebe, die Mittelbetriebe und natürlich die dort Beschäftigten. Und wenn ich mir so ansehe, gerade von Ihrer Fraktion, der FPÖ, nehme ich doch bitte an, daß Sie jetzt dann da zustimmen. Und auch am Sonntag zustimmend abstimmen. Die Frau Kollegin Bauer schüttelt ihren hübschen Kopf. Es ist mir natürlich klar, wenn ich pragmatisierte Röntgenassistentin beim Landeskrankenhaus Steyr bin, werde ich vorerst nicht betroffen davon. Wenn aber der Wohlstand in Steyr sinkt, liebe Kollegin, wissen Sie, was dann ist? Dann bekommen Sie nämlich eine alte Handkurbel statt eines modernen Röntgenapparates, weil der Staat kein Geld hat. Und dann stehe ich dort, wenn Du mich wieder einmal röntgenisiert ....

VIEZBÜRGERMEISTER  
DR. LEOPOLD PFEIL:

Die verwenden wir nur für Sie, wenn Sie kommen.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Das weiß ich. Und Sie haben mir ja schon angeboten, Herr Dr. Pfeil, Sie werden mir dann, wenn ich wieder Schmerzen habe, eine Einschläferungsspritze verabreichen. Ich hoffe, sie wird nicht zu stark. Das war jetzt der lustige Teil, aber jeder von uns ist ja abhängig. Sei es Ihr Stadtparteiobmann mit BMW, sei es der Kollege Payrleithner bei MAN mit den Exporten, der Kollege Eichhübl genauso. Wir sind alle direkt betroffen und direkt abhängig. Sie brauchen doch nicht glauben, daß die Sozialdemokraten blind und taub sind. Wir haben in einem langen Diskussionsverfahren Vor- und Nachteile abgewogen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß speziell für unsere Jugend die Vorteile überwiegen. Und für die Jugend müssen wir hier denken und arbeiten. Daher fordere ich Sie auf, auch Sie von der GAL - Sie verlangen immer von allen europäischen Vereinigungen, zum Umweltschutz beizutreten -, hier könnten Sie ein Schäufelr nachlegen und auch mit PRO stimmen. Ich fordere alle auf, dieser Resolution zuzustimmen, die über Presse und Rundfunk noch an die Bevölkerung herangebracht wird, nämlich für den Beitritt in die EU zu stimmen.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste zu Wort gemeldete ist Herr Gemeinderat Vanek. Ich erteile es ihm.

#### GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Herr Kollege Sablik, bei dieser Resolution tun wir uns ein wenig schwer. Denn diese Resolution sagt eigentlich nichts aus. Sie sagt zwar aus, daß man - wie es schon in allen

Amtsblättern drinnensteht, die man jetzt vor der Wahl an die Bevölkerung ausgeschickt hat - zur Wahl gehen und abstimmen soll, aber das ist an und für sich ja staatsbürgerliche Aufgabe, die sowieso jedem bewußt ist, da brauchen wir nicht ein Schäufelr nachlegen. Ich glaube, so wie das formuliert ist, ist es irgendwie eine Art Unmündigkeitserklärung an die Bevölkerung. Zum dritten Absatz möchte ich sagen, hier steht es ja, daß die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen. Aber ich glaube, daß in diesem Punkt noch zu wenig Information weitergegeben worden ist, was jetzt wirklich auf die Stadt Steyr für Vor- und Nachteile zukommen, insbesondere auf die Verwaltung. Ich glaube, daß besonders im Baurecht oder auch bei den kommunalen Einnahmen, Steuerwesen und so weiter, einige gravierende Änderungen sein werden, die vor allem dann auch den kommunalpolitischen Spielraum um einiges einengen werden. Und mich und besonders auch meinen Kollegen von der Fraktion würde es interessieren, was jetzt wirklich die einzelnen Auswirkungen auf unser Kommunalwesen sind. Bis jetzt haben wir immer nur gehört, welche Auswirkungen es auf Gesamtösterreich hat, aber bis jetzt gibt es überhaupt keine Informationen - oder es hat zumindest noch keine Veranstaltung gegeben, wo wir speziell eingeladen wurden -, was sich jetzt speziell in Steyr in der kommunalen Verwaltung alles ändern wird. Ich glaube, daß hier einiges auf uns zukommt und einiges zum Nachteil sein wird, vor allem - wie angesprochen - im Bauwesen, wo vor allem die Normen von Brüssel vorgegeben werden, die wir dann nicht mehr sehr beeinflussen können. Mich würde es interessieren, welche Nachteile ....

## VIEZBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine Steuern, ganz einfach. Weniger Steuerleistung.

## GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich glaube, daß es jetzt - drei Tage vor der Abstimmung - ein wenig zu spät ist, über das zu diskutieren oder zu informieren. Ich glaube, das hätten wir vorher erfahren müssen. Der Kollege Pfeil hat von den Wanderungsbewegungen gesprochen, ich will jetzt aber nicht bewußt eine EG oder EU-Debatte entfachen, denn das ist jetzt der falsche Ort. Ich glaube, daß die EU an und für sich in eine Richtung geht, die Wanderungsbewegungen in Zukunft auslösen wird, denn die zwölf EU-Staaten igeln sich ein und beeinflussen dann die ganzen Ökonomien. In der EU gibt es keine Verhandlungsbeziehungen. Die EU verursacht Verhandlungsbeziehungen, die von den osteuropäischen oder südeuropäischen Ländern kommen. Über das kann man im Nachhinein noch diskutieren, aber ich glaube, diese Sache war ein wenig zu einfach formuliert. Ich will jetzt nicht mehr weiterreden. Ich glaube, daß - wie ich schon eingangs erwähnt habe - diese Resolution für uns nicht anzunehmen ist, denn sie sagt im Grunde nicht viel aus und ist zu unklar formuliert.

Gemeinderat Inq. Dietmar Spanring  
trifft um 15.12 Uhr ein.

## BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Kollege Eichhübl, noch einmal, Kollege Holub in Vorbereitung, Kollege Fürweger die Zweite und Dr. Tilman Schwager die Zweite.

## STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, die Wortmeldung vom

Kollegen Vizebürgermeister Sablik veranlaßt mich, das zweite Mal hier heraus zu kommen. Er hat nämlich gemeint, ich hätte ihn unsachlich provoziert, das war sicherlich nicht meine Absicht und ich möchte daher nochmals versuchen, Ihnen einige sachliche Argumente zur Vorlage dieser Resolution darzulegen, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte eines klarstellen, nachdem der Kollege Sablik das angesprochen hat. Ich gehöre einem der größten Privatunternehmen Österreichs an, aber ich kann mich nicht erinnern, daß bei uns in irgendeiner Form an die Mitarbeiter herangetreten worden wäre, um sie in diese oder in eine andere Richtungen zu animieren, am Sonntag entsprechende Abstimmungen dort in dieser Situation zu leisten. Offensichtlich hält unsere Konzernleitung die Mitarbeiter für so mündig, daß sie für sich und auch für Österreich entscheiden können, sie brauchen nicht bevormundet zu werden. Ich bin stolz, in so einem Betrieb arbeiten zu können und das seit bereits 30 Jahren. Aber, meine Damen und Herren, ich komme jetzt wirklich zu etwas ernsthaftem. Ich halte nochmals diese Resolution für eine reine Alibihandlung und - was mir besonders bedenklich erscheint - am Sonntag, den 12. Juni, also in einigen Tagen, wie mein Vorredner bereits darauf hingewiesen hat, findet eine geheime Abstimmung nach dem österreichischen Wahlrecht statt. Und was möchte man hier vor diesem Gemeinderat mit dieser Resolution? Man möchte in einer offenen Abstimmung offensichtlich erkunden, wie sich der einzelne Mandatar verhält. Und das halte ich schon für sehr bedenklich, aber auch unter dieser Voraussetzung, meine Damen und Herren, werde ich dieser Resolution sicherlich nicht die Zustimmung geben. Denn diese

Vorgangsweise ist sicherlich nicht in Ordnung. Dr. Pfeil hat bereits darauf hingewiesen, wenn einem so viel daran liegt, die Vorteile für die Stadt bei einem eventuellen EU-Beitritt herauszustreichen, dann bitte wäre es das mindeste gewesen, man hätte vorher mit den Fraktionsobmännern darüber gesprochen, um hier eine einvernehmliche Lösung und Abstimmung zu finden. Ich werde sicherlich dieser Resolution die Zustimmung nicht geben.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Holub.

**STADTRAT KARL HOLUB:**

Wir waren soeben Zeugen einer wirklich spannenden Diskussion, die in aller Ernsthaftigkeit - ich hoffe, Sie verstehen das jetzt wirklich als ein wenig gehöhnt -, versucht hat, den Gemeinderat der Stadt Steyr lächerlich zu machen. Wenn daß Ihre Zielsetzung war, dann ist Ihnen das trefflich gelungen. Ich glaube, Sie haben weder der Reputation dieses hohen Hauses noch der Reputation der eigentlichen Problematik Würde getragen. Gratuliere Ihnen dazu sehr herzlich. Jeder einzelne - insbesondere der letzten Wortmeldungen - hat da ein gerütteltes Maß daran. Wir sollten uns, wenn wir über die Resolution reden, die hier vorgelegt wurde, nicht so sehr verbeißen in dem einen oder anderen Wort, sondern in der Hauptaussage, die dahinter steckt. Nämlich die, daß wir unsere Bürgerinnen und Bürger aufrufen sollen, als Demokraten ihre Entscheidungen frei zu treffen. Daß es das legitime Recht der unterfertigten Mitglieder der beiden Fraktionen darstellt, in dem Wissen, da sie die Mehrheit in diesem Gemeinderat zusammen bilden, auch festzustellen,

daß der Gemeinderat die Vorteile als überwiegend betrachtet, ist unbenommen. Und das ist der Punkt dieser Resolution. Ich empfehle Ihnen wirklich sehr, nicht auf Argumentationslinien weiterzuschreiten, wie das die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in einem Flugblatt getan hat, wo wirklich der staunende Betrachter als grenzdebil dargestellt wird. Ich weiß nicht, ob es gut ist, sich in dermaßen niedrigen Argumentationslinien zu versteigen, wie das der Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei getan hat mit dem Schildläusejoghurt. Ich wäre heute mit dem Auto fast an den Baum gefahren vor lauter Überraschung, auf welchem Niveau sich die Diskussion in Österreich herumbewegt. Als hätten wir keine anderen Sorgen. Aber meine Damen und Herren, stehen wir doch zum Inhalt dieser Resolution. Und wenn es dem Roman Eichhübl recht ist, so würde ich sagen, bitte ermöglichen wir ihm doch, in einer geheimen Abstimmung zu verbergen, wofür er offensichtlich nicht offen eintreten will. Ich habe Respekt vor jedem der sagt: "Ich will Euch nicht sagen, wie ich dazu denke, ich würde es schriftlich und geheim machen." Von Herzen gern, man muß ja nicht Bekennermut haben. Und man darf auch nicht dafür verurteilt werden, wenn man das nicht hat. Jeder Mensch ist in seiner eigenen Funktion, in seiner eigenen Person würdig. Und ich akzeptiere auch die Würde eines Menschen, der sagt, er bekenne sich nicht öffentlich. Dr. Pfeil hat im Gegensatz zu seinem Bundesparteiobmann Inserate geschaltet und hat auch heute im hohen Gemeinderat der Stadt Steyr bekundet, daß er selbst für den Beitritt sein wird. Manch anderer, Dr. Schwager, hat das auch getan, manch anderer wird es im geheimen Herzen machen. Zwei Damen haben uns verlassen. Alles das hat

offensichtlich überhaupt keine realen Hintergrund, sondern sind Zufälligkeiten. Nützen Sie die Gelegenheit der Geschäftsordnung und stellen Sie doch bitte einen Antrag auf geheime Abstimmung. Ich bin überzeugt, daß der Gemeinderat Größe genug besitzt, auch diese zuzulassen. Im übrigen würde ich Ihnen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger sehr empfehlen, in die Sachlichkeit zurückzufinden und den Aufruf an alle weiterzugeben: "Bitte geht zu dieser Abstimmung, egal was Ihr sagt! Ihr müßt meine Meinung nicht teilen!" Ich meine, daß das von allen Übeln das kleinere ist, wenn wir zur EU gehen. Ich persönlich meine das. Wenn Sie oder Sie oder Sie das nicht meinen, sind Sie ein freier, eigener Mensch, haben das Recht dazu. Aber bitte nutzen Sie die Möglichkeiten, die unsere Verfassung bietet, und nehmen Sie auch Ihre Rechte zur Äußerung wahr. Das ist der Inhalt der Resolution und nicht mehr und nicht weniger, daher - glaube ich - sind Sie gut beraten, dieser beizutreten.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Fürweger die Zweite.

#### GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ja, das passiert, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Aufgrund der Wortmeldung des Herrn Vizebürgermeister Sablik sehe ich mich veranlaßt, noch einmal herauszukommen. Es ist schon ein wenig komisch, wenn er uns vorwirft, daß wir unserem Bundesparteibeamten folgen, als wären wir Befehlsempfänger. Es gibt in unserer Partei sogar die Möglichkeit, einen liberalen Club zu gründen und sehr wohl anderer Meinung zu sein. Das habe ich aber

vermißt, als ich in der Zeitung gelesen habe, was sich bei der jungen SPÖ in Oberösterreich abgespielt hat. Hier wird sehr diktatorisch vorgegangen. Das ist ein Widerspruch.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

"Keine Sanktionen" hat der Parteibeamte gesagt, was ist denn daran diktatorisch?

#### GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ich kann mich erinnern, ich war Anfang März als Besucher in der Landtags-sitzung, das war nach den EU-Verhandlungen. Ein freiheitlicher Mandatar hat verlangt, eine Diskussion darüber zu führen, das wurde ihm nicht ermöglicht. Man hat ihn getröstet auf April, einen Monat später. Also auch der Vorwurf, daß wir keine Diskussionen wollten, stimmt nicht, Herr Vizebürgermeister. Sie betreiben ein wenig Angstmacherei, auch das ist ein Widerspruch. Denn ich glaube, gerade Angstmacherei ist nicht gut, wenn Sie eine Pro-Stimmung erzeugen wollen. Die Leute sollen keine Angst haben. Ich glaube, wir sollten stolz sein als Österreicher, daß wir uns nicht fürchten müssen. Ich bin zuversichtlich, daß die großen Riesen aus Holland und Deutschland nach wie vor zu uns nach Tirol kommen und dort Urlaub machen wollen. Da habe ich überhaupt keine Angst. Und sie sollten bei uns österreichische Butter zum Frühstück bekommen, wenn sie beim Bauern Urlaub machen, und keine holländische Butter. Um das geht es schon. Und wir haben sogar selbst in der Stadt einmal hierher herinnen diskutiert, ich kann mich erinnern, wobei das Wort Transit gefallen ist. Ich bin gegen Lebensmitteltransit. Und wir haben es herinnen sogar gehabt, als die Steyrer Bäcker gekommen sind, weil auf

einmal das Altersheim die Semmerl aus Freistadt bekommen hat. Und die Steyrer Bäcker sagten: "Wir wollen das Altersheim weiter beliefern." Natürlich hat es der Bäcker dort oben leichter gehabt, weil er die tschechischen Arbeiter in der Backstube beschäftigt. So war es. Und ich kann mich sehr wohl erinnern, daß schon oft auch von sozialdemokratischer Seite gekommen ist: Fahr nicht fort, kauf im Ort.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Die Märchenstunde ist beendet.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Das ist keine Märchenstunde, das sind die Fakten. Und wenn Sie die Diskussion wollen, führen wir sie noch weiter.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte lassen wir die Redner agieren!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Es ist - glaube ich - nicht sinnvoll, wenn wir die Lebensmittel durch Europa karren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn das die Bauern hören, werden sie verzweifelt sein. Wir müssen ja exportieren.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wir haben früher das Glas aus Venedig importiert, weil wir es bei uns nicht produziert haben. Und wir haben unsere Messer dorthin geliefert. Aber wir brauchen nicht Lebensmittel durch ganz Europa karren. Dieser Meinung bin ich sicher und sie werden mich davon nicht abbringen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, ich werde den Zwischenruf gerne zur Kenntnis nehmen, daß man mit den Zuhörern ein wenig Erbarmen haben soll, auch mit den Zuhörern, die dazu verdammt sind, sonst hätten sie nicht zur Wahl gehen müssen - passiv meine ich -, hier zuzuhören. Ich muß dem Herrn geschäftsführenden Vizebürgermeister Sablik einräumen, daß er mit seiner launigen Art hier die Stimmung wirklich etwas aufgelockert hat und ich möchte fast seinen - hier gegebenen - Titel abändern, von "geschäftsführender Bürgermeister" auf "schmähführender Vizebürgermeister". Aber in allem Respekt davor, daß man nicht alles tierisch ernst nehmen muß. Soviel zu der Wortmeldung von Herrn Vizebürgermeister Sablik. Wir hatten zunächst gewisse Bedenken, vor allem auf meine Person bezogen, gegen den Inhalt der Resolution. Noch einmal vorweg gesagt, nicht dagegen, daß man für Europa sein muß, aber gegen den Inhalt der Resolution insofern, als hier die Verquickung der beiden Absätze herrscht. Daß man einerseits die Bevölkerung zu einer Selbstverständlichkeit auffordert, nämlich zur Abstimmung zu gehen, - ich finde auch, das schlimmste wäre, nicht abzustimmen, - auf der anderen Seite aber feststellt, daß für die Stadt Steyr die Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft zur Union ergeben, deutlich überwiegen, was ja auch inhaltlich nicht bezweifelt wird, daß man aber doch daraus eine Art Wahlempfehlung sehen könnte. Und dagegen sträubt sich bei mir etwas im Hinterkopf. Ich will aber die gute Absicht dieser Resolution nicht

verkennen und werde daher trotz dieser demokratieverständnisgegebenen Bedenken auch dieser Resolution zustimmen. Es geht jetzt nicht darum, daß wir nach Europa einen Weg finden, sondern es geht darum, daß wir nach Europa zurückkehren. Und daher kann ich nur sagen: Auf zur Abstimmung.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf die Frage stellen, ob noch jemand das Wort wünscht? Keine weitere Wortmeldung. Ich möchte nur sagen, ich verstehe diese Resolution so, daß es ein Aufruf des Gemeinderates an die Bevölkerung ist - vorausgesetzt sie wird beschlossen -, hier von ihrem demokratischen Stimmrecht in dieser wichtigen Frage Gebrauch zu machen. Es ist nicht selbstverständlich, daß die Leute alle zur Wahl gehen, wir brauchen uns nur anzusehen, wie das Wahlverhalten der Leute ist. Wir müssen wirklich mit einer gewissen Sorge vom demokratiepolitischen Standpunkt beobachten, daß von mal zu mal die Wahlbeteiligung geringer wird. Also gibt es hier schon einen konkreten Ansatzpunkt dafür. Zum zweiten kann ich mir schon denken, daß es die Steyrer Bevölkerung interessiert, was zu dieser historischen Entscheidung - so wird es ja von allen Seiten genannt, pro oder contra - der Steyrer Gemeinderat meint, einstimmig oder mehrheitlich oder wie auch immer. Und daher sehe ich kein Problem darin. Und zum dritten ist es eine Gelegenheit gewesen, hier zumindest wichtige Argumente im Steyrer Gemeinderat auszutauschen. Und das ist teilweise geschehen. Es war nicht die Absicht, vielleicht vorhandene Informationsdefizite nachzuholen, das war uns klar, aber es ist nun einmal am 12. diese Abstimmung und jetzt haben wir eben die Gemeinde-

ratssitzung. Eine eigene haben wir dazu nicht abgehalten. Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über die eingebrachte Resolution. Ich darf fragen, wer gegen diese Resolution stimmt? 6 Gegenstimmen (2 GAL, 4 FP). Danke sehr. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Wer stimmt für die Resolution? Der Rest. Die Resolution ist mit Mehrheit angenommen. Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den regulären Verhandlungspunkten. Ich darf dazu dem Kollegen Sablik den Vorsitz übergeben.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um den Vortrag zu Punkt 1).

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR: Der erste Antrag ist ein Antrag der GAL betreffend das AKW Temelin. Der Antrag gem. § 6 GOGR lautet: Sehr geehrter Herr Bürgermeister: Bei der Durchführung eines Neugenehmigungsverfahrens und einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das in Bau befindliche Kernkraftwerk Temelin entsteht im Rahmen der aktuellen Gesetzeslage Tschechiens die Möglichkeit, daß die österreichische Bevölkerung - wie schon im Fall Wackersdorf - Einwendungen gegen die Inbetriebnahme vorbringt. Eine Reihe neuer, in der veralteten Baugenehmigung völlig unberücksichtigter sicherheitstechnischer, ökologischer, energiewirtschaftlicher und demokratiepolitischer Aspekte belegen die Notwendigkeit dieser Forderung.

\* Die im Jahr 1986 erteilte derzeitige Baugenehmigung basiert auf einer Standortstudie aus dem Jahr 1982. Sie enthält weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung, noch eine

unabhängige Wirtschaftlichkeits- und Sicherheitsanalyse unter öffentlicher Beteiligung. Sämtliche seit 1991 beabsichtigten Änderungen im Bereich der Reaktorsteuerung und des Kontrollsystems sind darin nicht berücksichtigt.

\* Sämtliche Änderungsmaßnahmen und ihre Auswirkungen auf den Reaktorbetrieb wurden keinerlei sicherheitstechnischer Prüfung unterzogen, obwohl sogar aus Studien der Betreiber hervorgeht, daß diese Verschmelzung von Ost- und Westtechnik große Probleme hervorruft. Entgegen der bisherigen Behauptungen Tschechiens wurde das Fehlen derartiger Sicherheitsanalysen auch von der amerikanischen Atombehörde bestätigt. Aufgrund nicht verfügbarer Datengrundlagen sei eine seriöse Gesamtschätzung nicht möglich.

\* In einer Untersuchung der Internationalen Atomenergiebehörde aus dem Jahr 1993 werden Temelin 16 gravierende Sicherheitsmängel attestiert. Da diese teilweise im konstruktiven, bereits abgeschlossenen Bereich liegen, kann eine Änderung des Steuersystems keine Verbesserung herbeiführen. Die Unterzeichner stellen daher folgenden Antrag an den Gemeinderat:

- 1) Präs-455/94  
Antrag gem. § 6 GOGGR an den Bürgermeister betreffend AKW Temelin.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadt Steyr ersucht die Stadt Budweis und das tschechische Wirtschaftsministerium, daß sowohl ein neues Genehmigungsverfahren, als auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Die Stadt Steyr meldet sich gleichzeitig für eine Beteiligung an diesem Verfahren an.
2. Die Stadt Steyr tritt an das Bundeskanzleramt und das Umwelt-

ministerium heran, ebenfalls für eine Verfahrenseröffnung einzutreten und sich für eine Verfahrensbeteiligung anzumelden.

3. Die Stadt Steyr macht den Steyrer Bürgern die Unterschriftenlisten, in denen eine Verfahrenseröffnung begehrt und eine Verfahrensbeteiligung angemeldet wird, zugänglich und legt sie an dafür geeigneten Plätzen (wie zum Beispiel im Rathaus, städtische Bücherei, Volkshochschule ...) auf.

Der Antrag ist unterzeichnet von Marco Vanek und Kurt Apfelthaler, unseren Gemeinderäten der GAL im Gemeinderat. Ich ersuche den Vorsitzenden, darüber die Debatte zu eröffnen bzw. eine Abstimmung vornehmen zu wollen.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Wer wünscht dazu das Wort? Erster Herr Vanek, als zweiter Herr Spöck. Bitte sehr.

**GEMEINDERAT MARCO VANEK:**

Im Vorspann dieses Antrages ist schon die ganze Erklärung enthalten, worum es geht. Ich hoffe, daß es allen Mitgliedern hier klar ist. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig dieser Antrag ist. Die Situation in Tschechien sieht derzeit so aus, als ob es auf des Messers Schneide steht, ob eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht wird oder nicht. Jetzt braucht es aber soviel Druck von so vielen Seiten wie möglich, daß diese Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Wenn sie durchgeführt wird, haben wir Chancen, daß dieses Atomkraftwerk vielleicht abgelehnt wird oder zumindest in wichtigen Punkten verbessert wird. Und jetzt geht es darum, daß wir von seiten der Stadt Steyr - wie auch z. B. Linz hat diesen Antrag bereits beschlossen, die

Stadt Gmunden und andere Gemeinden in Oberösterreich - einen kleinen Beitrag leisten, um dieses Kraftwerk - diesen Beitrag haben wir zum Beispiel auch damals bei Wackersdorf geleistet - verhindern zu können. Und darum bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Bitte Herr Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich und die ÖVP-Fraktion unterstützen alle Möglichkeiten, die eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Temelin verhindern. Vergangene Woche habe ich mich selbst bei einem Besuch in Lutbotka in der Nähe von Budweis überzeugen können, wie nah uns diese Atomtürme sind. Die Schadenersatzvoranmeldungen, wie wir sie auch im Gemeinderat am 10. März beschlossen haben - und das sei hier auch erwähnt - zeigen zum Teil ja schon positive Wirkungen. Rechtsexperten in den Vereinigten Staaten fanden, daß die US-Regierungskredite in Höhe von über 3,5 Mrd. für die Finanzierung des umstrittenen Atomkraftwerkes bedeuten, daß auch die US-Regierung die Haftung für eventuelle Folgen bei Katastrophen übernehmen muß. Die Frage der Haftung und die Furcht vor Klagen sorgt jetzt in den Vereinigten Staaten angeblich für mehr Wirbel als die Gefährdung von Millionen von Menschen. Es sollen jetzt nochmals auch auf diesem Wege hier die Voraussetzungen der Kreditgewährung in den Vereinigten Staaten überprüft werden. Werte Kolleginnen und Kollegen, versuchen wir alles, damit der Alptraum Temelin sein Ende findet.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht. Dann möchte ich kurz eine Erklärung abgeben und Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und übergebe dem Herrn geschäftsführenden Vizebürgermeister Sablik das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Die Sozialdemokratische Fraktion schließt sich diesem Antrag natürlich an, denn wir können nicht einerseits für ein atomfreies Österreich unsere Meinung bilden und andererseits an der Grenze ein Atomkraftwerk - noch dazu in einem derart desolaten Bauverfahren - begrüßen. Wir unterstützen daher diese Resolution.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für die Wortmeldung. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an den geschäftsführenden Vizebürgermeister der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK.

Danke, ich übernehme ihn. Keine weiteren Wortmeldungen? Dann bitte ich den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Kein Schlußwort, daher Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung. Keine Gegenstimmen. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

Gemeinderat Dipl.-Ing. Frank Mundorff trifft um 15.39 Uhr ein.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Der nächste Antrag betrifft die Nominierung von Ersatzmitgliedern für die Ausschüsse durch die SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

- 2) Präs-1166/91  
Nominierung von Ersatzmitgliedern für die  
SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. November 1991 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gemäß § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt.

Da es verschiedenen Gemeinderatsmitgliedern in letzter Zeit immer schwerer möglich ist, an allen stattfindenden Sitzungen der gemeinderätlichen Ausschüsse in jedem Falle persönlich teilzunehmen, wurde den einzelnen Gemeinderatsfraktionen im Sinne der Bestimmung des § 40 StS 1992 die Möglichkeit eingeräumt, für die bestellten Mitglieder der gemeinderätlichen Ausschüsse Ersatzmitglieder zu nominieren, die im Verhinderungsfalle für die ordentlichen Ausschußmitglieder der gemeinderätlichen Ausschüsse vertretungsweise an den Sitzungen teilnehmen können.

In Entsprechung dessen gibt nunmehr die Gemeinderatsfraktion der SPÖ im Gemeinderat der Stadt Steyr die Nominierung von Ersatzmitgliedern für die gemeinderätlichen Ausschüsse wie folgt bekannt:

Finanz- und Rechtsausschuß

Hermann Leithenmayr

Dkfm. Mag. Helmut Zagler  
Josef Brandstötter  
Anna Jeloucan  
Franz Rohrauer  
Friederike Mach

Ersatz:

Erich Sablik  
Leopold Tatzreiter  
Engelbert Huber  
Mag. Harald Philipps  
Edith Radmoser  
Ing. Dietmar Spanring

Kulturausschuß:

Engelbert Huber  
Edith Radmoser  
Franz Rohrauer  
Johann Glanzer  
Mag. Harald Philipps  
Walter Strobl

Ersatz:

Hermann Leithenmayr  
Ingrid Ehrenhuber  
Dkfm. Mag. Helmut Zagler  
Hermann Bachner  
Gerhard Bremm  
Anna Jeloucan

Bauausschuß:

Hermann Leithenmayr  
Erich Sablik  
Hermann Bachner  
Josef Brandstötter  
Friederike Mach  
Engelbert Huber

Ersatz:

Leopold Tatzreiter  
Johann Glanzer  
Edith Radmoser  
Franz Rohrauer  
Ing. Dietmar Spanring  
Walter Strobl

Wohnungsausschuß:

Leopold Tatzreiter  
Ingrid Ehrenhuber  
Gerhard Bremm  
Franz Rohrauer  
Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

*Ersatz:*

Hermann Bachner  
Josef Brandstötter  
Johann Glanzer  
Engelbert Huber  
Friederike Mach  
Walter Strobl

Prüfungsausschuß:

Josef Brandstötter  
Ing. Dietmar Spanring  
Edith Radmoser  
Johann Glanzer  
Mag. Harald Philipps  
Friederike Mach

*Ersatz:*

Hermann Bachner  
Gerhard Bremm  
Engelbert Huber  
Anna Jeloucan  
Franz Rohrauer  
Walter Strobl

Ausschuß für soziale Angelegenheiten:

Ingrid Ehrenhuber  
Hermann Bachner  
Edith Radmoser  
Walter Strobl  
Friederike Mach  
Engelbert Huber

*Ersatz:*

Erich Sablik  
Gerhard Bremm  
Anna Jeloucan  
Mag. Harald Philipps  
Franz Rohrauer  
Ing. Dietmar Spanring

Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten:

Hermann Leithenmayr  
Gerhard Bremm  
Anna Jeloucan  
Ing. Dietmar Spanring  
Ingrid Ehrenhuber  
Mag. Harald Philipps

*Ersatz:*

Dkfm. Mag. Helmut Zagler  
Josef Brandstötter  
Engelbert Huber  
Friederike Mach  
Edith Radmoser  
Walter Strobl

Verkehrsausschuß:

Leopold Tatzreiter  
Dkfm. Mag. Helmut Zagler  
Gerhard Bremm  
Ing. Dietmar Spanring  
Walter Strobl  
Engelbert Huber

*Ersatz:*

Ingrid Ehrenhuber  
Hermann Bachner  
Josef Brandstötter  
Johann Glanzer  
Anna Jeloucan  
Edith Radmoser

Umweltausschuß:

Erich Sablik  
Engelbert Huber  
Hermann Bachner  
Walter Strobl  
Johann Glanzer  
Franz Rohrauer

*Ersatz:*

Leopold Tatzreiter  
Josef Brandstötter  
Gerhard Bremm  
Mag. Harald Philipps  
Edith Radmoser  
Ing. Dietmar Spanring

Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen:

Dkfm. Mag. Helmut Zagler  
Gerhard Bremm  
Johann Glanzer  
Anna Jeloucan  
Josef Brandstötter  
Ing. Dietmar Spanring

*Ersatz:*

Hermann Bachner

Engelbert Huber  
Friederike Mach  
Mag. Harald Philipps  
Edith Radmoser  
Walter Strobl

Ausschuß für Angelegenheiten des  
Alten- und Pflegeheimes Tabor:

Hermann Leithenmayr  
Ingrid Ehrenhuber  
Edith Radmoser  
Anna Jeloucan  
Franz Rohrauer  
Friederike Mach

*Ersatz:*

Josef Brandstötter  
Gerhard Bremm  
Johann Glanzer  
Engelbert Huber  
Mag. Harald Philipps  
Walter Strobl

Ich bitte den Vorsitzenden, die Wahl durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden? Ich mache darauf aufmerksam, daß nur die Sozialdemokraten wahlberechtigt sind. Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich meine Fraktion, abzustimmen. Wer dafür ist, ein Zeichen mit der Hand bitte. Danke. Keine Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Vergabe des Auftrages über die Entwicklung von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr an das Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik. Hier geht es in diesem konkreten Fall um die Abwicklung der Schlußabrechnung. Es ergeht der

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 3) Schu-103/93  
Vergabe des Auftrages über die Entwicklung von Studiengängen der Fachhochschule OÖ. am Standort Steyr an das Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT Steyr Ges.m.b.H.;  
Schlußrechnung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 28. Oktober 1993 wurde der Auftrag zur inhaltlichen Entwicklung eines Studienganges der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr, sowie zur Erstellung eines Umsetzungskonzeptes für diesen Studiengang in Abhängigkeit der zu erstellenden Curriculas an die FAZAT Steyr Ges.m.b.H., Wehrgrabengasse 5, 4400 Steyr, zum Preis von S 165.000,- excl. USt für die Arbeitsphase I und zum Preis von S 390.000,- excl. USt für die Arbeitsphase II, zusammen somit S 555.000,- excl. USt, das sind S 666.000,- incl. USt, übertragen.

Gleichzeitig wurde zur Auszahlung der 1. Teilzahlung des Honorars für die Arbeitsphase I ein Betrag in Höhe von S 99.000,- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 15. April 1994 wird nunmehr zur Auszahlung des noch offenen Restbetrages des Honorars für die Arbeitsphase I in Höhe von ebenfalls S 82.500,- excl. USt, das sind S 99.000,- incl. USt, ein Betrag von S 99.000,- bei der VAS. 5/2890/728000.2 freigegeben.

Gleichzeitig wird aufgrund des zitierten Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 15. April 1994 der Weiterführung des Vorhabens der Errichtung von Studiengängen der Fachhoch-

schule Oberösterreich in Steyr durch den am 18. März 1994 gegründeten "Verein zur Förderung der Errichtung und des Betriebes von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich in Steyr" zugestimmt.  
Ich ersuche um Abstimmung.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht hiezu jemand das Wort? Ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt dieser Schlußrechnung zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft eine Gewerbeförderung, und zwar an die Firma SYSTEMA Datenverarbeitungs-ges.m.b.H. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 4) Fin-43/93  
SYSTEMA Datenverarbeitungs-ges.m.b.H. & Co KG, 4400 Steyr, Pachergasse 4 a,  
Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 5. Mai 1994 wird der Firma SYSTEMA Datenverarbeitungsges.m.b.H.&CoKG, 4400 Steyr, Pachergasse 4 a, für die Investitionen anlässlich der Adaptierung der neuerworbenen Büroräumlichkeiten für einen Anteil in der Höhe von S 7.000.000,- des Darlehens bei der RAIKA St. Ulrich, ein 2%-iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von 5 Jahren gewährt.  
Zu diesem Zweck wird bei VAS. 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1994 ein Betrag in Höhe von S 104.000,- freigegeben.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn Sie dieser Förderung zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Finanzierung der Machbarkeitsstudie "Industrielle Produktionstechnologien" und den Kostenbeitrag, den wir als Stadt Steyr hier zu leisten haben. Ich darf berichten, daß wir den Grundsatzbeschuß getroffen haben und daß bei der TU Wien diese Machbarkeitsstudie mit großem Erfolg durchgeführt wurde, woraus resultiert, daß in den nächsten Tagen dieses Forschungsinstitut in Steyr gegründet wird und mit einer großen Auftaktveranstaltung, mit einem Symposium sozusagen, seinen Betrieb aufnimmt. Unsere Kosten für die Machbarkeitsstudie betragen S 606.000,-. Es ist hier nunmehr die Freigabe des noch offenen Restbetrages in Höhe von S 181.000,-. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 5) Ha-12/93  
Machbarkeitsstudie "Industrielle Produktionstechnologien";  
Kostenbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
In der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 8. Juli 1993 wurde beschlossen, daß sich die Stadt Steyr an den Kosten einer Machbarkeitsstudie für den Aufbau eines Forschungsinstitutes "Industrielle Produktionstechnologien" in Oberösterreich mit 50 %, das sind S 606.000,-, beteiligt.  
Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und

Rechtsangelegenheiten vom 15. April 1994 wird nunmehr der Freigabe des noch offenen Restbetrages in Höhe von S 181.800,- zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 181.800,- von der VASSt. 5/7820/756100.7 auf die VASSt. 5/7820/751000.4 bewilligt.

Ich ersuche Sie, dieser Freigabe die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLIK:

Wortmeldung hierzu? Keine. Stimmen Sie dem zu, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke. Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Kollegen Sablik zu seinen Anträgen das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGER-  
MEISTER ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie zuzustimmen, daß an verdiente Mitarbeiter des Roten Kreuzes die Rettungsverdienstmedaille der Stadt verliehen wird. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 6) K-61/94  
Rotes Kreuz; Rettungsverdienst-  
medaille der Stadt Steyr;  
Verleihung 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 4. Mai 1994 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaillen der Stadt Steyr an die nach-

stehenden Mitarbeiter aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit zugestimmt:  
Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr in Bronze für 15jährige Mitarbeit:  
Balogh Christian, Haselsteiner Adolf, Hochrieser Rudolf, Hof Hannes.  
Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr in Silber für 20jährige Mitarbeit:  
Hehenberger Ronald und Gumpoldsberger Waltraud.  
Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr in Gold für 25jährige Mitarbeit:  
Friedl Herbert, Eygruber Ingeborg, Eibl Maria.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLIK:

Der nächste Akt ist ein dreiviertel Jahr alt. Sie können sich erinnern, daß ich im Dezember auf Rückstellung des Triangelvertrages plädiert habe und hier liegt Ihnen ein neuer Akt vor und zwar in der Art, daß anstelle des Namens Bittner hier ARGE Steyr-Stadt Waizinger/Bittner steht. Das heißt, daß wir am Abschluß eines sehr langen und sehr quälenden Verfahrens stehen und ich freue mich wirklich, wenn Sie dem zustimmen, daß morgen diese ARGE um 2,5 Millionen Schilling die Behälter bestellen kann, so daß in Kürze die Verpackungsverordnung in der Stadt durchgeführt werden kann. Aber nach wie vor muß ich sagen, daß die Freude nur einseitig ist, denn richtig wäre es, den Verpackungsmüll gar nicht erst entstehen zu lassen oder

in geringem Maße zu halten und nicht uns dann den Müll aufzuzwingen und wir müssen ihn wieder wegräumen und der Verwertung zuführen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 7) ÖAG-169/93 - Abfall  
Anschluß eines Triangelvertrages zwischen der Stadt Steyr bzw. dem Bezirksabfallverband Steyr-Stadt, der ARGE Steyr-Stadt (Fa. Bittner/Fa. Waizinger) und der ARGEV.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten und der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 26. Mai 1994 wird dem Abschluß des - Triangelvertrages zwischen der ARGEV, der ARGE Steyr-Stadt (Fa. Bittner/Fa. Waizinger) und der Stadt Steyr bzw. dem Bezirksabfallverband Steyr-Stadt zugestimmt.

BEILAGE

Ich bitte um Zustimmung durch die Damen und Herren des Gemeinderates.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet Kollege Spöck, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die heute zur Beschlußfassung vorgelegte Vereinbarung ist ein Katalog zur Beseitigung der Verpackungsabfälle, wie es Kollege Sablik bei der letzten Umweltausschußsitzung pauschal betonte. Mit dem Abschluß des Gesellschaftsvertrages vom 9. Mai 1994 zwischen der Firma Peter Bittner und der Firma Waizinger Ges.m.b.H. & Co KG über die Sammlung, Sortierung und Bereitstellung von gebrauchten

Verpackungen im Sinne der Verpackungsverordnung wurde die schwierige Vorbereitungsarbeit für diesen Vertrag abgeschlossen. Die Firma Bittner ist zuständig für Modul 1 und 2 und Waizinger für Modul 3. Bei dieser Gelegenheit, werte Kolleginnen und Kollegen: Das Inkrafttreten der Verpackungsverordnung zeigt auch schon positive Wirkungen. Immerhin hat es bei den Hausmüllmengen eine Verringerung von 1992 - 7938 t auf 1993 - 7353 t gegeben. Um dieses gesteigerte Umweltbewußtsein noch mehr zu vertiefen, ist vor allem die Öffentlichkeitsarbeit und die Information der Bürger weiterhin sehr wichtig. Ich bin auch froh, daß heute die Lücke - österreichweit ist es ja der letzte Vertrag - mit der Kenntnisnahme durch den Gemeinderat geschlossen wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir haben ihn zwar als Letzter ausgehandelt, aber hinter uns sind noch ein paar mit den Unterschriften säumig. Wir werden also nicht die Letzten sein. Entscheidend ist, das es ein gutes Vertragswerk ist und ich hoffe, daß es das ist. Kollege Eichhübl ist zu Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich möchte jetzt gar nicht ins Detail gehen, was diesen Triangelvertrag betrifft, sondern meine Wortmeldung erfolgt deshalb, weil ich auch Mitglied des Umweltausschusses bin und Zeuge geworden bin, wie lange diese Geschichte gedauert hat, bis es zu einem Abschluß gekommen ist. Herr Vizebürgermeister Sablik hat ja bereits als zuständiger Referent darauf hingewiesen und ich werde daher selbstverständlich, so wie meine Fraktion, diesem Vertrag zustimmen,

weil ich auch davon ausgehe, daß endlich - das gehört rot unterstrichen, nicht blau, rot - diese Meinungsverschiedenheiten - um es vorsichtig auszudrücken - zwischen diesen beiden bewerbenden Firmen im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt unter Dach und Fach gebracht worden sind. Ich möchte abschließend noch eines anhängen, es wurde bereits darauf hingewiesen: Müllvermeidung muß natürlich nach wie vor ein wichtiger Bestandteil unserer Bestrebungen sein, denn wenn wir so weiter machen, dann wird uns der beste Vertrag nichts mehr nützen, denn dann werden wir langsam im Müll ersticken. Daher nochmals, es ist sehr wichtig - und da ersuche ich den Kollegen Sablik, der auch in diese Richtung immer wieder vorgeht - dafür Sorge zu tragen, diese Idee, die ja nicht von mir ist, sondern eine Notwendigkeit darstellt, nämlich die Müllvermeidung weiterhin zu forcieren.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, zu Wort gemeldet der Kollege Vanek, ich erteile es ihm

**GEMEINDERAT MARCO VANEK:**

Der Kollege Eichhübl hat mir eigentlich schon das Wort aus dem Mund genommen. Ich wollte eigentlich auch sagen, daß dieser Vertrag an und für sich nicht die Lösung des Müllproblems sein wird. Die Lösung des Müllproblems kann im Grunde nur eine Vermeidung schon im Produktionsbereich sein. Wir wollten ausdrücken, daß endlich die ganze Geschichte mit dem Triangelvertrag über die Runden gegangen ist und sind froh, daß wir endlich diesen Vertrag zur Unterschrift und zur Beschlußfassung vorliegen haben.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Herr Referent, das Schlußwort bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Wir waren so glücklich im Umweltausschuß, endlich ein positives Ergebnis zu haben, daß ich meine Worte: "...und ich schließe hiermit die Sitzung, Prost!" gebraucht habe. Wir haben mit Sekt angestoßen, das war einmalig und wird es natürlich auch bleiben. Aber das soll nur ausdrücken, welche Sorgen mir das bereitet hat und ich bin froh, daß der Herr Vizebürgermeister Pfeil auch wieder gut ist auf mich.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Ich war nie böse.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Wo er mich doch der Bestellung von Tonnen geziehen hat, was gar nicht meine Absicht war.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Wir schreiten zur Abstimmung über den Abschluß eines Triangelvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Arbeitsgemeinschaft und der ARGEV. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung durch ein Heben der Hand zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Danke, das freut mich wirklich.

Zwischenruf:

Die Tetra-Packungen, wer wird die dann wegräumen?

## VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich muß noch kurz anschneiden zu den Öko-Packungen: Die Erzeuger von Tetra-Pack müßten 1 Milliarde Schilling Lizenzgebühren an die ARA zahlen, was sie natürlich nicht wollen, und haben nun ein eigenes Entsorgungssystem aufgebaut, das aber nicht funktioniert. Erstens gehen keine 40 zusammengelegten Packungen in diese Öko-Box hinein, zweitens hebt sich niemand 40 Packungen im Haushalt auf, denn Milch hat nun einmal die Eigenschaft, daß sie in Gärung übergeht, auch wenn die Packung ausgewaschen ist. Dann liegt die Box vor der Haustüre und niemand holt sie ab. Daher werden wir über kurz oder lang diese Tetra-Packs als sog. im Gesetz bezeichnete "Fehlwürfe" in den Verpackungstonnen der ARGE Steyr-Stadt haben. Die ARGEV denkt schon darüber nach, ob sie nicht diese Tetra-Pack-Wirtschaft doch zu Lizenznehmern machen kann, damit erstens das Defizit der ARA ausgeglichen ist und zweitens ist schade darum, wenn 40.000 Tonnen im Jahr einfach auf die Deponien gelangen. Es kassieren dafür die anderen, nicht die Stadt Steyr, die sie im Restmüll hat. Derzeit bleibt uns nichts anderes über. Wenn die Verpackungstonnen da sind, darf man nicht sagen: "Schmeißt die Tetra-Packs hinein", sondern man toleriert es.

## BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eines zeigt sich natürlich deutlich: Durch diese Verpackungsverordnung und durch das Trennen wird jetzt offensichtlich, wo dieser Müll anfällt und welche Kosten seine Beseitigung verursacht. Und da kommen wir dem Problem schon näher. Denn wenn es 1 Milliarde kostet, nur die Tetra-Packs

zu entsorgen, haben wir jedenfalls einmal den Verursacher und man wird sich in weiterer Folge Schritt für Schritt mit diesem Problem auseinandersetzen und auch die Kosten für Entsorgung richtig zuordnen müssen. Es werden sich dann auch andere Systeme ergeben und andere Verpackungen. Ich glaube, es ist ein richtiger Schritt in diese Richtung, in die wir gemeinsam gehen wollen. Und nun zum nächsten Punkt bitte.

## VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Darf ich dazwischen noch kurz sagen, Herr Bürgermeister, daß Verträge in Vorbereitung sind, nämlich die Entsorgungsverträge für Papier und Glas. Beide Ges.m.b.H.'s sind nämlich notleidend, wissen nicht, ob sie den Konkurs anmelden sollen oder nicht, und ich kann nicht empfehlen, mit solchen Firmen, auch wenn sie von der ARA sind, Verträge abzuschließen. Grundlage jeden Vertrages ist, wenn die Firma in Konkurs geht, endet der Vertrag, deshalb sollte man von vornherein keinen machen. Aber damit werde ich sie ein anderes Mal belästigen. Die Frau Minister Rauch-Kallat hat eine Verordnung herausgegeben, wonach mit 1. 7. 1994 der letzte Termin war, um mit der Sammlung von Biomüll in den Gemeinden zu beginnen. Mittlerweile wurde diese Frist auf Jänner 1995 erstreckt. Aber trotzdem ist es ein Beschluß des Umweltausschusses, der Ihnen hier mit der Bitte um Genehmigung vorliegt, daß Steyr zumindest in einem Stadtteil - nämlich in Mönichholz - mit 1. 7. 1994 die Biomüllentsorgung durchführt. Zuerst bei ca. 800 - 1000 Haushalten, damit wir die Fehlerquelle am Anfang gering halten können und nicht alle 19.000 - so viele werden es nicht werden -, aber alle 17.000 zugleich anschreiben und anfragen müssen. Dazu kommt,

daß der Bezirksabfallverband Steyr-Land, der ja unser Partner ist und die Grünabfälle und Grünschnitte übernehmen muß, bisher nicht in der Lage war, Biomüll zu kompostieren, weil ein Kompostierwerk gefehlt hat. Nun hat der Bezirksabfallverband über die Bauernkammer einen Vertrag mit 4 bäuerlichen Kompostieren gemacht, die in der Lage sind, einen den ÖNORMEN entsprechenden Kompost aus unseren biogenen Abfällen herzustellen. Hier liegt Ihnen ein Vertrag mit der Bitte um Zustimmung vor, nach dem wir jetzt berechtigt sind, dem Bezirksabfallverband Steyr-Land Biomüll zu liefern.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 8) ÖAG-4183/89  
Kompostierung biogener Abfälle;  
Vereinbarung betreffend Übernahme von Biomüll der Stadt Steyr durch den  
Bezirksabfallverband Steyr-Land.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft und der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 26. Mai 1994 wird dem Abschluß der beigeschlossenen Vereinbarung zwischen dem Bezirksabfallverband Steyr-Land und der Stadt Steyr über die Kompostierung biogener Abfälle zugestimmt.

BEILAGE

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zum Antrag 8) jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, der gebe mit ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Wird nicht

angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Vizebürgermeister Erich Sablik. Nächster Berichterstatter ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Auch ich habe heute einen Antrag vorzubringen, der eine längere Vorlaufzeit hat. Mit der Zeit dürfte sich ähnliches wie beim Triangel-Vertrag ausgehen, ungefähr 1 1/2 Jahre Vorlaufzeit. Wir haben schon in den Verhandlungen für das Budget 1993 - also im Herbst 1992 - über eine Subvention eines zu errichtenden Kunstvereines verhandelt. Heute kommen wir - mit 1 1/2 Jahren Verspätung - zum Abschluß dieser Verhandlungen bzw. zum Neubeginn für diesen Kunstverein. Ich freue mich, daß wir auch hier heute einen Abschluß und Beginn finden, möchte aber kritisch anmerken, daß hier eine Summe, die beträchtlich erscheinen mag, nämlich S 300.000,-, einem Kunstverein gegeben wird, der nachweislich sehr viel privates Engagement macht, um diese hervorragenden Ausstellungen, die geplant sind, durchführen zu können. Viele von uns haben die erste Ausstellungseröffnung von Anton Christian mitgemacht. Sie ist noch bis morgen, den 10. Juni offen. Das Echo war äußerst positiv. Wir haben nationale und internationale Resonanz, Steyr ist auch kulturell wieder im Gespräch und ich bin den Initiatoren sehr dankbar. Was mich unglücklich stimmt: Daß nach wie vor im Kulturbereich nicht geklärt ist, daß bei Veranstaltungen, wo die Stadt als Veranstalter oder Organisator auftreten kann, die Personalressourcen, die vorgesehen sind, nicht vollständig zur Verfügung gestellt werden. Überall

dort, wenn wir über Kostenwahrheit sprechen, wird man nach neuen Managementprinzipien dem Verursacher die Kosten anlasten. Wenn die Kultur durch den Wirtschaftshof ein Bild von A nach B transportieren läßt, wird selbstverständlich vom Wirtschaftshof an die Kulturabteilung eine Rechnung übersandt. Wenn aber ein Bediensteter, der im höheren Management der Kulturabteilung tätig ist, zu 90 % - nach seiner Aussage - für die Gewerkschaft tätig ist und nur 10 % für die Kultur, dann ist das eine Dauerleihgabe der Kultur an die Gewerkschaft. Ich sehe das so, daß auch hier von seiten der Gewerkschaft oder von seiten der Magistratsdirektion der Kultur diese 90 % selbstverständlich zurückerstattet werden müssen. Wenn wir in diesem Bereich Chancengleichheit hätten, würde es uns auch gelingen, Veranstaltungen selbst besser zu organisieren. Wenn wir mit den Statutarstädten vergleichen, sind wir - von den Bediensteten her, die wir von vornherein haben - sowieso im Hintertreffen. Man braucht nur die Museumsangestellten ansehen, Wels hat ein vergleichbares Heimathaus mit 14 Angestellten, wir haben 2. Wir haben aber auch andere Subventionen, die weit über das Maß hinausgehen, das wir heute beschließen, die den Nachweis nicht erbringen, der diese Höhe rechtfertigt. Ich möchte aber trotzdem bitten, daß Sie der Summe von S 300.000,- als Startsubvention - und so möchte ich es auch aufgefaßt haben - für den Kunstverein, vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Raimund Locicnik, die Zustimmung geben. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 9) Fin-26/94  
Kunstverein Steyr;  
Förderung 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 3. 5. 1994 und über Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses vom 17. 2. 1994 wird dem Kunstverein Steyr, vertreten durch Herrn Ing. Dr. Raimund Locicnik, 4594 Steinbach a. d. Steyr 80, eine Starthilfe in der Form einer einmaligen, a.o. nicht rückzahlbaren Subvention von S 300.000,- aus der VASSt. 1/3000/757000.0 gewährt. Da eine Bestreitung des gesamten Betrages aus der VASSt. 1/3000/757000.0 nicht möglich ist, werden S 150.000,- aus der eben genannten VASSt freigegeben und S 150.000,- als Kreditübertragung von der VA 1/3000/728000.6 auf die VASSt 1/3000/757000.0 bewilligt.

Ich bitte um Debatte und um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Kollege Holub, bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Sicher ein interessanter Denkanstoß, den Dr. Pfeil gegeben hat, hinsichtlich der Personalkosten über freigestellte Gewerkschaftsmitarbeiter in der Kostenrechnung im allgemeinen. Daß er das natürlich aus seiner persönlichen, befangenen Situation der Kulturverwaltung darstellt, ist Realität. Ich meine, daß auch der Ansatz falsch ist, den er vorschlägt, nämlich die Vergütung von Geld an die Kulturverwaltung. In einer geordneten Kostenrechnung - das weiß Hinz und Kunz - erfolgt die Vergütung indirekt, nämlich in der Ablagerung von Kosten. Es wäre empfehlenswert, ja zu sagen zu einer selbstständigen Personalvertretung, wenn man auch nicht mit allen Äußerungen einverstanden sein muß, die diese von sich gibt., das möchte

ich schon ausdrücklich sagen. Aber ja zu sagen, zu dem legitimen Recht einer Personalvertretung und aus Zentralkosten den Zeiteil zu bezahlen, den der Stelleninhaber in der Personalvertretung aufwendet! Nicht als Vergütung, sondern als Kostenentlastung aus der Dienststelle, aus der er stammt, wäre der richtigere Denkanstoß. Ich würde sehr herzlich bitten, das konsequent zu betreiben, weil ich meine, daß es nicht nur so sein sollte, daß man bei jeder Gelegenheit über irgend jemanden rhetorisch herfällt und dann nichts verändert. Ich meine, das wäre gut und richtig und würde auch der Kostenwahrheit sehr dienen.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Zu den Personalkosten in diesem Bereich möchte ich sagen, es scheint mir nicht so sehr ein Kostenproblem zu sein. Möglicherweise geht eher die Zeit, die der Betroffene für seine Tätigkeit als Vorsitzender des Personalausschusses in seiner Vertretungstätigkeit oder dieser Funktion benötigt und die er nach Recht und Gesetz freizubekommen hat, im Kulturbereich ab. Wenn man haben will, daß dort mehr geschieht, ist einmal zu prüfen, was dort mit dem vorhandenen Personal geschehen kann. Ist es ordentlich ausgelastet? Man kann das ja nicht nur auf Einen reduzieren, das ist die eine Sache. Und wenn mehr Aktivitäten gefordert und gewünscht sind, dann müßte man zusätzliche Personalressourcen schaffen, wenn ein Teil dieser Zeit dort fehlt. So würde ich das betrachten. Aber das hat mit der Person an sich überhaupt nichts zu tun. Wir müssen ja auf jedem anderen Platz auch den Betreffenden freistellen, wenn er zufällig woanders tätig wäre. Zum

zweiten möchte ich sagen, es ist ein Schritt in der Kulturpolitik, den wir hier gehen, den ich begrüße. Es ist positiv, daß es einen Verein gibt, der sich damit beschäftigt und dafür einsetzt, daß neue kulturpolitische Wege und Initiativen in Steyr gesetzt und gegangen werden. Aber die Stadt sollte dabei durchaus das Licht nicht unter den Scheffel stellen und man sollte nicht so tun, als wäre nicht auch eine beträchtliche Leistung der Stadt überhaupt die Voraussetzung. Daß ein ganzes Geschoß in einem wunderbaren Gebäude, wie es in Österreich kaum ein zweites gibt, diesem Verein praktisch gratis zur Verfügung gestellt wird, ist eine besondere Leistung der Stadt. Wir haben es renoviert, wir haben es hergerichtet, wir werden einen großen Teil der Kosten - nämlich die Betriebskosten - übernehmen und wir geben noch eine Subvention in einer Höhe dazu, wie sie kein Verein in unserer Stadt bekommt. Kein Verein in dieser Stadt bekommt eine so hohe Subvention für den laufenden Betrieb, das muß bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden. Ich möchte das in dem Sinn verstanden wissen, daß es hier eine Initiative des Vereins kunst- und kulturbegeisterter Menschen in Steyr ist, neue Wege in der Kultur zu beschreiten. Es ist aber auch eine Initiative der Gemeindevertretung und wir wollen das in einer ausgewogenen Form sehen. Miteinander muß es uns gelingen, diese neuen Wege in der Kultur zu beschreiten. Das wollte ich noch gerne dazu sagen. Und nun ein Schlußwort, wenn es vom Herrn Referenten gewünscht wird.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte gerne mein Wort als Wortmeldung verstanden wissen, damit noch geantwortet werden kann.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Nein, es gibt jetzt nur ein Schlußwort. Es haben schon alle diskutiert, es hat sich niemand mehr gemeldet. Schlußwort bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Mit ist es recht. Herr Bürgermeister, ich gebe Ihnen in vielen Punkten recht, aber nicht in dem, daß dieser Verein der höchst-subventionierte ist. Ich denke an das Museum Arbeitswelt, wo wir letztens eine Million und dann noch eine weitere zugeschossen haben, wo sehr viele Überlegungen notwendig sind, daß wir auch diesen Verein wieder auf die Beine bringen, erstens inhaltlich und zweitens wirtschaftlich. Dort wird nicht nur ein ganzer Raum oder eine Halle zur Verfügung gestellt, sondern ein ganzes Haus und ein Areal.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Das ist nicht vergleichbar.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Das ist genauso vergleichbar. Ich bin auch froh, daß dieses oberste Stockwerk, also die ebenerdige Schloßgalerie, wie sie genannt wird, jetzt fertig renoviert und den Besuchern zugänglich ist. Ich kann dem Gemeinderat wirklich versichern, daß in der Fachwelt Staunen über die Schönheit dieser Räumlichkeiten herrscht, insbesondere über den obersten Raum. Die Fachleute, die jetzt da waren, waren begeistert und gratulierten der Stadt zu diesem wunderschönen Raum.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist,

den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir kommen nunmehr zur Kollegin Ingrid Ehrenhuber. Die Frau Stadträtin wird gebeten, ihre Anträge vorzutragen und ich gebe meinen Vorsitz ab an den Kollegen Sablik.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Ich übernehme den Vorsitz.

**BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren. Mein erster Antrag lautet:

- 10) SH-Erl.-1188/93  
Richtlinien zur Förderung professioneller, sozialer und medizinischer Dienste in Oberösterreich;  
Kostenbeitragsregelung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 18. 4. 1994 werden die vom Gemeinderat am 4. 3. 1993 beschlossenen Richtlinien über die Vorschreibung und Einhebung von Beitragsleistungen für den von der Stadt Steyr erbrachten sozialen Dienste der Hauskrankenpflege wie folgt geändert:

**Richtlinien**

über die Vorschreibung und Einhebung von Beitragsleistungen für den von der Stadt Steyr erbrachten sozialen Dienst der Hauskrankenpflege sowie damit verbundenen sozialen Betreuungsdiensten.

Zu den Kosten der Hauskrankenpflege haben die betreuten Personen einen Beitrag nach folgenden Grundsätzen zu leisten:

- a) Aus dem Pflegegeld ist ein Fixbetrag von einem Fünfzigstel der

Pflegegeldstufe 1 pro Betreuungsstunde zu leisten.

b) Die zweite Komponente bildet der einkommensabhängige Kostenbeitragsteil; Ausgangsbasis hierfür ist der jeweilige Ausgleichszulagenrichtsatz. Bei Ehepaaren bzw. einer Lebensgemeinschaft ist der Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare anzuwenden:

unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz pro Stunde S 10,--  
bis zu S 1.500,-- darüber pro Stunde S 20,--  
bis zu S 3.000,-- darüber pro Stunde S 30,--  
bis zu S 4.500,-- darüber pro Stunde S 50,--  
bis zu S 6.000,-- darüber pro Stunde S 75,--  
bis zu S 7.500,-- darüber pro Stunde S 100,--  
bis zu S 9.000,-- darüber pro Stunde S 125,--  
bis zu S 10.500,-- darüber pro Stunde S 150,--  
bis zu S 12.000,-- darüber pro Stunde S 175,--  
um mehr als S 12.000,-- über diesem Richtsatz pro Stunde S 200,--.

Geringste verrechenbare Einheit ist eine Viertelstunde. Diese Richtlinien treten mit 1. 4. 1994 in Kraft. Gleichzeitig treten die mit Gemeinderatsbeschuß vom 4. 3. 1993 erlassenen Richtlinien außer Kraft. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Stadtstatutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Abstimmung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Herr Stadtrat Holub hat sich zu Wort gemeldet, bitte sehr.

**STADTRAT KARL HOLUB:**

Der Antrag der Frau Kollegin ist aus der Not der Finanzen verständlich, aber aus der Not der Menschen eine ziemlich schlimme Angelegenheit. Natürlich bringt die Not der Finanzen das Suchen nach finanziellen Ersätzen für Dienstleistungen mit sich. Natürlich wird hier nur das vollzogen, was der Landesgesetzgeber beschlossen hat, das macht den Vorgang aber nicht sozial ausgewogener. Wir kommen viel mehr in die unangenehme Situation - und das möchte ich dem Gemeinderat bei dieser Gelegenheit berichten -, daß immer mehr Menschen sich die Pflege der mobilen Hilfsdienste nicht mehr leisten wollen, viele aber auch nicht mehr leisten können. Weil ganz einfach die Basisaufwendungen im Haushalt stehenbleiben, unbeschadet um die nachgeschobene Hilfe. Das heißt, wenn jemand im Alten- und Pflegeheim der Stadt Steyr ist, so wird ihm Basis, wenn er sie selbst nicht tragen kann, von der öffentlichen Hand selbstverständlich ersetzt und es bleibt ihm von seiner Pension noch ein Taschengeld. Wenig genug allerdings, das wissen wir alle. Wenn jetzt der Mensch in seinem eigenen Wohnungsverband bleiben will, so kommt die Basis - nämlich das Instandhalten seiner Wohnung, das Beibringen der Verpflegung, die sonstigen Hilfsdienste, die ihm nicht die sozialen Hilfsdienste leisten - voll aus seiner eigenen Tasche und er muß über die Heim- und Hauskrankenpflege darüber hinaus noch einmal bezahlen. Viele Menschen können das nicht mehr und kommen in eine wirklich schlimme Notsituation. Das hat zur Folge, daß der Andrang auf unser ohnehin heillos überlastetes Alten- und Pflegeheim noch größer wird. Ersrecken Sie bitte nicht, meine Damen und Herren: An die 200 Personen warten derzeit auf eine Aufnahme ins Alten- und Pflegeheim und wir müssen mit den Maßnahmen,

die hier aus den Hilfsdiensten finanziell über die Leute hereinbrechen, noch mit einer Verschlimmerung rechnen. Da gibt es wirklich Leute, die für die beigebrachte Hilfe mehr aufwenden müssen - und das am Ende des 20. Jahrhunderts -, als ihnen an Pension zukommt. Und die das auch tun müssen, weil sie keine Alternative haben. Eine neue Form der Armut bricht über uns herein, das ist die Armut der Menschen, die unser Vaterland aufgebaut haben. Und darüber sollten wir im Bewußtsein einmal nachdenken, ob wirklich alles nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden darf, was nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden kann. Das wollte ich wirklich einmal zum Nachdenken mitgeben. Wir sind eine sehr undankbare Gesellschaft, wenn wir diese sozialen Ausformungen weiter unwidersprochen mittragen. Natürlich bleibt uns jetzt nichts anderes übrig, als diesem Antrag zuzustimmen, weil es ganz einfach der Vollzug einer Landesverordnung ist, aber das soziale Gewissen wollte ich schon berührt haben und ich hätte es mir nicht verziehen, wenn ich diese Wortmeldung nicht gemacht hätte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke sehr, wer wünscht noch das Wort? Niemand. Das Schlußwort bitte.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Wie bereits erwähnt: Aufgrund der Regierungsbeschlusses sind wir verpflichtet, diesen Antrag hier so einzubringen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Stimment-

haltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Bitte die Frau Kollegin den Punkt 11) vorzutragen.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Mein zweiter Antrag lautet:

11) Fin-77/94

Verein "Pro mente infirmis" -  
Atrium Steyr; Subvention 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 29. 4. 1994 wird dem Verein "Pro mente infirmis" im Zusammenhang mit der Führung des ATRIUM Steyr, Gleinker Gasse 21 sowie Schuhbodengasse 7, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes und 50 % der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Betrag von S 330.000,- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 330.000,- werden bei der VAST. 1/4130/757000.4 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine Wortmeldungen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Mein dritter Antrag lautet:

12) Ha-2517/91

Verein "Frauen für Frauen";  
Subvention für das Jahr 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 10. 5. 1994

wird dem Verein "Frauen für Frauen" für den laufenden Betrieb des Frauenhauses Steyr, Wehrgrabengasse 83, im Jahr 1994 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 700.000,- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VAST. 1/4690/757000.7 freigegeben. Die Auszahlung erfolgt in zwei Teilbeträgen, wobei die erste Rate in Höhe von S 350.000,- sofort, die restlichen S 350.000,- erst nach Überweisung der 2. Rate des Landes OÖ angewiesen wird.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldung Herr Dr. Pfeil, wer meldet sich zum Frauenhaus als zweiter zu Wort? Ich bitte um Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren. Das Frauenhaus Steyr, jetzt heißt es Verein "Frauen für Frauen", hat einen Subventionsantrag gestellt. Es ist nicht das erste Mal, wir haben in den Budgetverhandlungen der letzten Jahre eine grundsätzliche Übereinkunft gehabt, daß eine Grundsubvention von S 400.000,- für das Frauenhaus gewährleistet wird. In den ursprünglichen Budgetüberlegungen waren auch S 400.000,- beinhaltet und wurden dann im Zuge der Budgetverhandlungen auf S 700.000,- erhöht. Mit kommt das schon ein wenig nach "Salamitaktik" vor. Der Verein "Frauen für Frauen" hat vor 2-3 Jahren zuerst eine Wohnung gemietet, dann ein Haus, und jetzt sollen noch einmal Wohnungen dazugemietet werden, nach der Wohnplattform, die wir letztes Mal besprochen haben. Ich

stelle daher den Abänderungsantrag, daß wir vorerst bei der versprochenen Summe von S 400.000,- verbleiben. Es sollen nach diesem Amtsbericht im Moment ja sowieso nur S 350.000,- ausbezahlt werden, daher stelle ich den Antrag, daß wir den ursprünglich zugesicherten Betrag von S 400.000,- vorerst auszahlen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Weitere Wortmeldungen? Kollege Zagler bitte.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich kann mich an und für sich sehr kurz fassen. Es geht in dieser Sache darum, daß unsere Meinung - und ich glaube auch die der Mehrheit hier im Haus - ist, das Frauenhaus nicht sterben zu lassen, sondern in einer bestimmten Kapazität und mit einem bestimmtem Leistungsangebot aufrecht zu erhalten. Allerdings - und das gebe ich zu bedenken - ist mit dem Subventionsbetrag von S 700.000,- das Überleben des Frauenhauses ja noch gar nicht gesichert. Das heißt, wenn nicht externe Förderer, externe Sponsoren noch gefunden werden können, ist das ein Punkt, den wir gar nicht erreichen wollen. Was an und für sich - und das trifft sich fast mit Deiner Wortmeldung - für uns aufgrund der Subventionsordnung bedeuten müßte, diese Auszahlung nicht zu machen. Ich glaube aber, daß unsere grundsätzliche Beschlußfassung sein soll, dieses Frauenhaus als notwendigen Bestandteil zu erhalten, es aber in einigen Bereichen zu verbessern, wovon auch der Finanzierungsbereich betroffen ist. Ich erinnere an das von uns vielfach reklamierte Tagsatzmodell, durch das auch auswärtige Betreute in diesem Heim über ihre Heimatgemeinden zu finanzieren sein müssen. Ich denke,

daß wir in diesem Sinne das Frauenhaus unterstützen müssen, damit eine Förderung auch von externen Quellen besser möglich wird, damit das Überleben dieser sozial bedauerlicherweise wichtigen und notwendigen Einrichtung gewährleistet bleibt. Es soll aber nicht dazu dienen - und das möchte ich auch in aller Deutlichkeit sagen -, daß hier Dienste angeboten werden, die über das nötige Ausmaß hinausgehen. Man sollte vor allem auch darauf achten - und das ist hier von dieser Stelle schon wiederholt betont worden -, daß auch eigene Ressourcen der Bewohnerinnen dieses Hauses durchaus auch nutzbar gemacht werden können und sollen. Bitte aber trotzdem den Beschluß so zu fassen, ansonsten geht es an die Substanz dieser Einrichtung.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Weitere Wortmeldungen, Herr Dr. Schwager bitte.

#### GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat. Vorweg: Kein Mensch bestreitet die Notwendigkeit der Institution des Frauenhauses, ich habe das hier in diesem Gremium schon des öfteren gesagt. Es ist nur bedauerlich, daß die Kosten derart expandieren, ohne daß uns irgendwelche konkreten Kostenschätzungen oder Kostenberechnungen von seiten der Betreiber - das ist der antragstellende Verein hier - zur Verfügung gestellt würden. Ich halte dafür, daß die Lösung, die Herr Vizebürgermeister Pfeil in Form des Abänderungsantrages eingebracht hat, sehr wohl trifft und auch zieht. Das Frauenhaus ist eine Institution für extreme Notfälle. Es soll aber gerade jetzt und heuer im Jahr der Familie -

ich bedauere, daß die Frau Lohnecker heute nicht da ist - nicht das umgekehrte Fangnetz aufgebaut werden. Das heißt, man soll nicht im Vertrauen darauf, daß es sowieso das Frauenhaus gibt, manche Situation nicht selbst zu meistern versuchen, die sich doch bei einigem guten Willen meistern ließe. Ich habe einige Erfahrungen mit Leuten, die im Frauenhaus einsitzen. Ich kenne auch Fälle, wo das Frauenhaus deswegen beansprucht wird, weil Leute, die nicht hier geboren sind, heimische Sitten familienintern austragen, was die Polizei nicht so gern sieht. Das ist meines Erachtens nicht unbedingt ein Fall für das Frauenhaus, da werden die Frauen nach sehr kurzer Zeit wieder zurückkehren in ihren Familienclan. Ich halte - wie gesagt - dafür, daß wir das Frauenhaus in seiner Notwendigkeit selbstverständlich erhalten, daß wir aber diese Kostenexpansion nicht mittragen.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Weitere Wortmeldungen, Herr Gemeinderat Lengauer.

#### GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte keine langen Worte mehr machen, aber ich meine, daß das Frauenhaus eine zur Zeit wirklich notwendige und oft auch sehr segensreiche Einrichtung ist. Daß es immer wieder auch Mißbrauch und Ausnützungen gibt, das stimmt sehr wohl, aber ich glaube, das kann doch nicht der Grund sein, daß wir dann die Berechtigung des Hauses in Frage stellen und unsere Subvention kürzen. Wenn wir jetzt unsere Subvention kürzen, dann glaube ich, daß wir dem Haus das Standbein wegnehmen, dabei ist es wirklich eine Sache, die

wir heutzutage einfach brauchen. Mir wäre es auch lieb und von meiner Grundeinstellung her verständlich, daß mir andere Formen der Familie lieber wären, aber ich glaube, Not dürfen wir einfach nicht ausweiten lassen. Der Not müssen wir ins Auge schauen, auch wenn dann und wann ein Mißbrauch passiert. Bitte daher die Subvention so zu gewähren, wie im Antrag.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag ab. Wer dem Antrag des Herrn Dr. Pfeil als Vertreter der FPÖ zustimmt, der Text lautet: Antrag gem. § 9 stelle ich hiermit zum Tagesordnungspunkt 12) zur Sitzung des Gemeinderates den Antrag, den Subventionsbetrag für den Verein "Frauen für Frauen" auf S 400.000,- zu kürzen. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. 8 Stimmen dafür (FP). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer stimmt dagegen? Der Abänderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Wir stimmen nun über den ursprünglich vorgetragenen Antrag ab.

**STADTRÄTIN**

**INGRID EHRENHUBER:**

Ich hätte noch gerne ein Schlußwort gesagt.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Ich ersuche Sie, das Schlußwort zurückzuziehen, weil mitten unter der Abstimmung ein Schlußwort sehr ungewöhnlich ist. Wer stimmt dem Hauptantrag jetzt zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? 2 Enthaltungen (FP). Gegenstimmen? 6 Gegenstimmen (FP). Danke sehr. Der Antrag ist mit

Mehrheit angenommen. Nächster Punkt.

**STADTRÄTIN**

**INGRID EHRENHUBER:**

Bei meinem nächsten Antrag ersuche ich Sie, der Caritas der Diözese Linz zur Anstellung eines Gemeinwesenarbeiters in der Caritas-Beratungsstelle Steyr zuzustimmen. Der Antrag lautet:

13) Fin-45/93

Integrationsprojekt für In- und Ausländer; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 10. 5. 1994 wird der Caritas der Diözese Linz zur Anstellung eines Gemeinwesenarbeiters in der Caritas-Beratungsstelle Steyr, Grünmarkt 1, eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 150.000,- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASt. 1/4291/757000.4 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Wortmeldungen dazu? Herr Dr. Schwager, bitte sehr.

**GEMEINDERAT**

**DR. TILMAN SCHWAGER:**

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Diesem Antrag kann ich meine Zustimmung nicht geben. Es ist meines Erachtens nicht unsere Aufgabe, uns soweit um die Integration von Ausländern zu sorgen, daß wir hierfür - insbesondere in diesem Ausmaß - Mittel zur Verfügung stellen. Das Ausländerproblem, wenn wir es im weiteren Sinne so nennen wollen, wird ja mit dem Beitritt zur EU, der demnächst kommen wird, wahr-

scheinlich ziemlich zurückgehen. Es werden viele Noch-Ausländer dann als Inländer zählen und diese EU-Ausländer, die integrieren sich selbst. Und das ist genau das, was wir von allen Ausländern erwarten. Es ist nicht Aufgabe des aufnehmenden Gastlandes, dafür zu sorgen, daß sich Ausländer integrieren. Können Sie sich vorstellen, daß man in einem typischen Einwanderungsland wie etwa Brasilien oder USA von seiten des Staates, der öffentlichen Hand, der Kommune, Institutionen schafft, damit irgendein Immigrant sich besser integrieren kann? Ich glaube, daß man hier das Pferd vom falschen Ende aufzäumt. Es wird sich niemand dagegen verwahren, jedem Integrationswilligen Hilfestellung zu leisten, der sich wirklich integrieren will. Aber entgegenkommen muß hier der, der integriert werden will.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Danke, Herr Fürweger bitte.

**GEMEINDERAT**

**GÜNTER FÜRWEGER:**

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben diesen Punkt sehr ausführlich in zwei Sozialausschüssen behandelt. Ich bin am Ende des zweiten Ausschusses auch zu meiner Meinung gestanden, daß ich auch gegen die Einführung eines Gemeinwesenarbeiters bin, und zwar aus folgenden Gründen: Wir stehen hier vor der Situation, daß die Stadt eine Subvention ausbezahlt, die nicht wie üblich für eine Räumlichkeit oder Geräte, sondern für Personalkosten verwendet wird. Wir zahlen damit einen Mitarbeiter der Caritas. Das ist schon einmal der eine Punkt. Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Kommune ist, mit Subventionen Gehälter auszubezahlen. Weiters geht es überhaupt um die Problematik

Ausländerintegration. Wir haben 4000 Ausländer in Steyr, der Großteil kommt aus dem Raum Jugoslawien und Türkei. Wir haben auch noch andere Ausländer, aber es ist natürlich wichtig, die größere Zahl zu sehen und nicht die 48 Inder oder 33 Chinesen, die wir in Steyr haben. Bei den Jugoslawen ist es eben so - wir haben das im Vorjahr erlebt -, daß doch versucht worden ist, diesen Konflikt, den sie jetzt in ihrem Land haben, auf unserem Boden auszutragen. Ich glaube nicht, daß dieser eine Gemeinwesenarbeiter in der Lage ist, hier zu helfen. Denn hier ist gefordert, daß unsere Institutionen - und das ist die Einrichtung der Fremdenpolizei, aber auch die Einrichtung des Sozialamtes, immerhin mit ungefähr 25 Beschäftigten - die Integration zwischen diesen erwachsenen Gruppen durchzuführen. Integration wird ja schon ganz tadellos in den städtischen Kindergärten, durchgeführt - mein Vorredner hat das schon angesprochen - wir haben es erst neulich bei einem Rundgang durch ein paar Kindergärten erlebt. Da gibt es keinen Unterschied zwischen ausländischen und österreichischen Kindern. Auch an den Schulen wird die Integration durchgeführt. Also geht es hier eigentlich nur darum, das Problem zwischen den Konfliktgruppen zu lösen und dazu ist ein Gemeinwesenarbeiter glaube ich ein wenig zu schwach besetzt. Von den Kosten her, man muß es anführen, weil der Amtsbericht hier auch ein wenig kritisch ist: Die genaue Höhe des zukünftigen Subventionsbetrages kann vom Land zur Zeit noch nicht bekanntgegeben werden. Jedenfalls ist für das zweite und dritte Finanzjahr damit zu rechnen, daß an die Stadt Steyr ein höheres Subventionsansuchen als im ersten Jahr ergeht. Das kommt auch noch zum Tragen, wir müssen also die Kosten auch noch

beachten. Zu allerletzt möchte ich noch bemerken, daß dieser eine Gemeinwesenarbeiter ja bei der Caritas beschäftigt sein wird. Wie kommen da eigentlich die Magistratsbediensteten dazu, immerhin über 1000 Personen an der Zahl, die jeden Morgen und jeden Abend die Stechuhr bedienen müssen. Und dieser eine Mann kann agieren wie er will, er hat überhaupt keine Kontrolle zu erwarten. Es gibt einen Beirat, der sich vierteljährlich trifft, und es gibt ein Arbeitsgremium, wo Leute der Caritas, der Volkshilfe und eines Personenkomitees dabei sind, das aus einem Postfach am Wieserfeldplatz besteht. In Wirklichkeit ist es der Herr Mag. Neuhauser, wir wissen es alle. Das muß man natürlich auch noch einmal in Frage stellen. Ist das wirklich richtig, daß wir jemandem Geld geben für etwas, das wir selbst durchführen können? Denn wenn es nur um eine Person geht, glaube ich schon, daß wir das in unseren eigenen Reihen, im Magistrat selbst, im Sozialamt, bewerkstelligen können.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Lengauer bitte. Wer wünscht dann noch das Wort? Herr Vanek.

#### GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Sicherlich wird in den Kindergärten Integration betrieben. Sicherlich betreiben wir in den Schulen Integration. Wir haben das - glaube ich - gerade an unserer Schule jetzt sehr groß gezeigt und dargestellt. Es haben immerhin über 2000 Steyrer ein Theaterstück vorgeführt, in dem wir wirklich gezeigt haben, wie man Integration vielleicht mit etwas einander zuhören, aufeinander

zugehen, ein wenig miteinander gehen, lösen kann. Aber gerade Sie von der Freiheitlichen Partei, wenn ich mich so erinnere, haben in den letzten Gemeinderatssitzungen, nein, im ganzen letzten Jahr bzw. den letzten zwei Jahren, immer wieder von der Angst gesprochen, von der Gefahr, von den großen Geschehen, was da alles passiert ist und wie oft man die Polizei da hin schicken hätte müssen, wie oft sie nicht gegangen ist, weil sie da hätte sein sollen, und was weiß ich was. Und heute meinen Sie, es wäre nicht mehr notwendig, in der Stadt Steyr von Integration zu reden, es wäre nicht mehr notwendig, etwas zu tun. Natürlich ist es Aufgabe des Einzelnen, Integration selber zu betreiben. Aber eine Stadt, die Fremde aufnimmt, die muß sehr wohl die Ängste, die Befürchtungen, die Wünsche von Mitbürgern wahrnehmen. Und die Ängste sind da, die Konflikte sind da, Unverständnisse sind da, Vorurteile sind da, Haß ist da! Es ist aber auch echte Freundschaft da. Und da glaube ich, ist es sehr wohl wichtig und gut, wenn sich ein Personenkomitee dieser Sache annimmt bzw. privat angenommen hat und schon 2, 3 oder 4 Jahre in wirklich großem Einsatz für ein besseres Miteinander, für ein besseres Verstehen und für ein Ermöglichen des Kennenlernens und Zusammenfindens gearbeitet hat. Denn daß das Personenkomitee nur ein Mann sei, das stimmt sicherlich nicht. Ich war einige Male bei Gesprächen dabei, da sind sehr viele bei diesem Personenkomitee, auch viele Freunde von mir sind dabei. Es ist nur schade, daß es eine Gruppe gibt, die meint, sie wären die einzigen, die das Personenkomitee und die Integration der Ausländer für sich beanspruchen könnten. Das ist sicher nicht so, denn es gibt viele, die für Integration und mit Integration denken. Ich meine also,

daß es sehr wohl wichtig ist, die S 150.000,- für diese Arbeit bereitzustellen. Sie meinen, wir stärken da die Caritas, ich denke, die Caritas hat da einfach die größte Erfahrung. Wir hätten auch lieber eine etwas andere Form gehabt. Wir haben in den ersten Gesprächen in der Sieminger Straße sehr wohl gemeint, das könnte ein Beamter aus dem Magistrat sein und sollte es auch sein, weil wir auch der Meinung waren, es wäre vielleicht besser, wenn wir mehr hineinschauen können. Daher ist es - glaube ich - einfach die große Aufgabe dieses Beirates, daß wir sehr wohl - und das müssen wir tun und sind da auch unseren Steuerzahlern gegenüber verpflichtet - schauen, wie und wofür das Geld verwendet wird. Aber ich meine einfach, daß Kontakte und Begegnungen zwischen In- und Ausländern sehr wohl gefördert werden müssen, daß auch Information über kulturelle Unterschiede gefördert werden müssen, daß die Gespräche zwischen den verschiedenen Gruppen gefördert werden müssen, daß die Koordination der Hilfen notwendig ist, daß die Koordination Magistrat - Caritas - Volkshilfe, und wer immer da mitarbeitet, wirklich gefördert und subventioniert werden muß. Ich meine, wir leisten unserer Stadt und ihren Bürgern - natürlich auch den Fremden, die zu uns gekommen sind und bei uns Zuflucht gesucht haben, aber auch ganz wesentlich unseren Bürgern der Stadt - einen großen Dienst, wenn wir hier zustimmen. Daher bitte ich, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLIK:**

Nächste Wortmeldung Her Gemeinderat Vanek.

**GEMEINDERAT MARCO VANEK:**

Ich will jetzt gar nicht auf alles eingehen, was der Kollege Fürweger

jetzt bzw. schon in den letzten Sitzungen gesagt hat, weil es schon einiges aussagt, aus welchem Lager bzw. Denkkreis er kommt. Ich möchte kurz erläutern, welchen Bereich der Gemeinwesenarbeiter oder die Gemeinwesenarbeiterin abdecken soll. Es gibt derzeit überhaupt keine Institutionen, die genau diese Sachen, die in dem Konzept über den Gemeinwesenarbeiter aufscheinen, abdecken. Und das ist der Punkt, warum ein Gemeinwesenarbeiter nötig ist. Er deckt, wie viele andere Sozialinitiativen auch, einen bestimmten Bereich ab, den die Stadt und auch anderen Sozialinitiativen nicht abdecken. Das möchte ich wirklich betonen, das ist die Aufgabe und die Notwendigkeit. Der Kollege Lengauer hat schon erwähnt, welche Bereiche das sind. Es sind Konfliktbereinigungen in kulturellen Bereichen, in die wir - besser gesagt die Stadt - nicht so leichten Zugang haben. Es sind genauso Kontaktbegegnungen zu knüpfen, weiters Koordinationen zwischen einzelnen Punkten und Personen herzustellen, das ist die Lücke, in der der Gemeinwesenarbeiter bzw. die Gemeinwesenarbeiterin tätig sein wird. Ich möchte noch auf die Wortmeldung eingehen, daß die Stadt nicht die Aufgabe hat, Integrationsarbeit zu leisten. Ich glaube sehr wohl, daß die Stadtgemeinde die Aufgabe hat, diese Integration zu leisten, es soll aber nicht nur die Stadt alleine in diesem Bereich tätig sein, sondern genauso die Schulen und andere Institutionen. Dem Vorwurf, der Gemeinwesenarbeiter wird nicht in der Lage sein, die Integration zu leisten, gebe ich schon recht. Es liegt nicht an einer Person alleine, es ist überhaupt eine Aufgabe des Gemeinwesens, in diesem Bereich zu arbeiten.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLIK:**

Nächste Wortmeldung, Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren, ich werde für diesen Antrag stimmen. Ich möchte das kurz begründen, aber zuerst auf Ihre Wortmeldung eingehen, Herr Vanek. Wenn Sie sagen, das beweist, daß Herr Fürweger aus einem bestimmten Lager oder aus einem bestimmten Denkkreis kommt, dann beweist das, daß Sie auch Nachholbedarf bei einem Integrationsprojekt bzw. bei Ihrer Diskussionskultur haben. Es kann nicht so sein - und ich danke für die Worte von Herrn Direktor Lengauer -, daß eine bestimmte Gruppe das ganze Sozialwesen in dieser Stadt plötzlich für sich in Anspruch nimmt. Man kann durchaus anderer Meinung sein. Ich bin auch der Meinung, daß gerade dieses Projekt gut und richtig ist, aber daß es bei uns in der Stadt verbleiben soll, in der Sozialabteilung, in der Fachabteilung, wo wir die Experten haben und direkten Einfluß darauf haben. Wir können uns den Mann von der Caritas nicht aussuchen. Ich hoffe, es klappt. Und in diesem Sinne gebe ich - vorbehaltlich für nächstes Jahr - heute meine Zustimmung. Ich sehe mir das ganz genau an und werde nächstes Jahr vielleicht anders entscheiden. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Nächste Wortmeldung, Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich würde wirklich ersuchen, um die Einseitigkeit des Führungsgremiums im Verein dorthin zu bringen, wo sie hingehört, nämlich in die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses, in der

Beschlußfassung darauf zu drängen - mir fällt jetzt in der gebotenen Zeit keine gute Formulierung dafür ein -, daß die Aufsicht über dieses Leitungsgremium laufend durch den Gemeinderat oder seine Organe geschieht. Es ist völlig unbefriedigend, daß nur ein Beirat, der im wesentlichen auf die Lenkung der Geschicke der Institution keinen Einfluß hat, vierteljährlich zwar einmal zur Berichterstattung zusammenkommt, aber auf die tatsächliche Arbeit erst im Nachhinein durch nicht zur Kenntnis nehmen Einfluß hätte. Das ist unbefriedigend. Ich würde also bitten, in der Abverfügung, die diesem Beschluß folgen muß, die Anmerkung zu machen, daß mit der Caritas bzw. mit dem Leitungsausschuß die Vereinbarung verpflichtend zu treffen ist, daß Organe der Stadt Steyr bzw. politische Vertreter der Fraktionen begleitend eine aufsichtsratsähnliche Funktion ausüben sollen. Darum geht es nämlich, daß man auch laufend den politischen Willen in der Tätigkeit des Vereines widergespiegelt bekommt. War es verständlich, was ich damit meine? Ich glaube nicht, daß wir jetzt mit aller Gewalt in das Leitungsgremium hineinreklamieren müssen als Politiker, die dann ohnehin keine Zeit haben, in die Sitzungen zu gehen. Wir wären glücklicher gewesen, wenn der Gemeinwesenarbeiter gleich ein öffentlich Bediensteter gewesen wäre und haben das auch bei der Gründungssitzung gesagt. Es haben sich dann die Gespräche mit der Stadt offensichtlich anders entwickelt, ich weiß nicht, wer hier mit wem verhandelt hat, ganz glücklich war es dann wohl nicht, weil es sich vermutlich auch anders hätte machen lassen. Versuchen wir aber bitte doch, eine Aufsichtsfunktion in die Abverfügung mit hineinzunehmen, die dann tatsächlich auch dem Willen derer, die bei der Gründungsversammlung ge-

sprochen haben, entspricht. Die einseitige Lastigkeit zu einer bestimmten Gruppe ist völlig unzufriedenstellend, weil sich - wie Herr Lengauer schon gesagt hat - auch andere Gruppen in voller Verantwortung um die Integration und um dieses Thema bemühen wollen. Ich lehne Einseitigkeiten in jeder Hinsicht ab, auch die in Eurer Richtung.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLIK:**

Herr Vanek die zweite bitte.

**GEMEINDERAT MARCO VANEK:**

Herr Kollege Holub wir haben wirklich ein Problem. Wir diskutieren die ganze Sache schon seit Monaten. Es geht darum, daß Sie genau diese Sachen, die Sie jetzt gesagt haben, genauso auch in diesen Diskussionen - von mir aus indirekt über Ihre Fraktionskollegen - einbringen hätten können. Ich habe das Problem, daß wir jetzt, wo wir diese Geschichte beschließen wollen, auf einmal wiederum eine Strukturdebatte anfangen. Ich denke, es sind berechnete Forderungen, aber ich sehe es nicht so dramatisch, daß das Ganze jetzt auf einmal in irgendeine falsche Richtung oder auf eine schiefe Ebene kommen kann. Darum würde ich vorschlagen, daß wir solche Sachen im Vorfeld klären sollten.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLIK:**

Keine weiteren Wortmeldungen.  
Schlußwort erwünscht?

**STADTRÄTIN**

**INGRID EHRENHUBER:**

Ich kann mich grundsätzlich des Ausführungen des Kollegen Lengauer vollinhaltlich anschließen. Ich glaube schon, daß es auch unsere Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß ein friedliches Zusammenleben zwischen In- und Ausländern in unserer Stadt möglich

ist. Dazu soll dieses Projekt beitragen und ich bin der Meinung, daß es im zu gründenden Beirat, wo alle politischen Parteien vertreten sein werden, zu einer Art Geschäftsordnung kommen sollte, wo dann diese Details, die jetzt besprochen wurden, festgelegt werden sollten. Dennoch bitte ich, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLIK:**

Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 5 Gegenstimmen (FP). Wer enthält sich der Stimme? 2 Personen (FP). Wer stimmt für diesen Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

**STADTRÄTIN**

**INGRID EHRENHUBER:**

Bei meinem letzten Antrag ersuche ich Sie um eine Subvention für das Eltern-Kind-Zentrum. Der Antrag lautet:

14) Fin-46/94

Eltern-Kind-Zentrum Steyr; a.o.  
Subvention zur Adaptierung  
zusätzlicher Räumlichkeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 6. Mai 1994 wird dem "Eltern-Kind-Zentrum" Steyr, Promenade 8, für die erste Bauetappe der Adaptierung zusätzlicher Räumlichkeiten eine außerordentliche, einmalige, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 50.000,- gewährt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VASSt. 1/4390/757000.4 auf die VASSt. 1/4390/777000.0 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VASSt. 1/4390/757000.4 zu erfolgen.

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Es meldet sich niemand zu Wort, daher stimmen wir gleich über den Antrag ab. Wer gegen diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 3 Gegenstimmen (FP). Wer enthält sich der Stimme? 4 Stimmenthaltungen (FP). Wer stimmt für diesen Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke für den Vortrag. Nach dem Gemeinderatsschutzgesetz haben wir bis 17.05 Uhr Pause. Die Sitzung ist unterbrochen.

**PAUSE VON 16.51 BIS 17.07 UHR.**

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wir sind beschlußfähig, somit eröffne ich die Sitzung und ersuche den Herrn Stadtrat Roman Eichhübl, über die Erhöhung der Anschlußgebühren zu referieren.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich habe Ihnen heute einen Antrag des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen bzw. in weiterer Folge einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vorzulegen. Dieser Antrag beinhaltet eine Anhebung der Wasseranschlußgebühren aufgrund eines Erlasses der OÖ. Landesregierung und soll ab 1. 7. 1994 wirksam werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht dazu das Wort?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Moment, Ich bin noch nicht fertig, ich habe den Antrag noch zu verlesen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich dachte, Du verweist auf den Amtsbericht, wo sowieso alles drinnensteht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf vorausschicken, daß ich selbstverständlich - so wie viele andere auch - keine besondere Freude mit der Einbringung eines Erhöhungsantrages habe, weil damit die Bevölkerung in diesem Bereich wiederum mit einer Mehrbelastung konfrontiert wird. Aber im Hinblick auf die Sicherung und Aufrechterhaltung der Trinkwasserversorgung, vor allem aber im Hinblick darauf, daß Förderungsmittel des Landes für Wasserbauten nur dann berücksichtigt werden, wenn zumindest die vom Land vorgegebenen Mindesttarife eingehoben werden, stelle ich folgenden Antrag:

15) Stadtw.-34/94

Städt. Wasserwerk;

Neuregelung der Anschlußgebühren aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung zum 1. 7. 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 1. 6. 1994 wird der Anhebung der Anschlußgebühren entsprechend dem Erlaß des Amtes der OÖ. Landesregierung, Bau "W-III-400.000/403/1994 vom 11. 5. 1994 mit Wirksamkeit 1. 7. 1994 wie folgt zugestimmt:

	Betrag excl. USt
NW 20 ( 1 - 4 BE)	18.000,-
NW 25 ( 5 - 9 BE)	40.500,-
NW 32 ( 10 - 15 BE)	67.500,-
NW 40 ( 16 - 20 BE)	90.000,-
NW 50 ( 21 - 36 BE)	162.000,-
NW 65 ( 37 - 60 BE)	270.000,-
NW 80 ( 61 - 90 BE)	404.500,-

NW 100 ( 91 - 140 BE)	630.000,—
NW 150 (141 - 320 BE)	1.440.000,—
NW 200 (321 - 560 BE)	2.520.000,—

Ich darf noch darauf hinweisen, daß es am 1. 1. 1988 die letzte Anhebung in diesem Bereich gegeben hat. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

**VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:**

Niemand wünscht das Wort dazu. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung (FP). Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Herr Stadtrat Holub ist der nächste Berichterstatter.

**BERICHTERSTATTER  
STADTRAT KARL HOLUB:**

Hochverehrter Gemeinderat. Ich habe Ihnen einen Antrag aus meinem Pflichtbereich Alten- und Pflegeheim Tabor vorzulegen. Es handelt sich um die Sanierung des nicht mehr zeitgemäßen und auch keineswegs behindertengerechten Liftes im Objekt Kollerstraße. Der Antrag lautet:

- 16) BauH-134/94  
Alten- und Pflegeheim Tabor;  
Erneuerung der  
Liftnanlage Kollerstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 6. 4. 1994 wird der Vergabe der Erneuerung der Liftnanlage Kollerstraße wie folgt zugestimmt:

Firma Schindler, Linz, netto S 1.188.640,73. Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 1.190.000,— bei VASSt. 5/4200/020400.9 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die

Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

So lautet mein Antrag. Die Situation im Alten- und Pflegeheim Tabor ist in einem deutlichen vorangeschrittenen Sanierungsbild zu betrachten und ich kann Ihnen melden, daß wir - vielleicht hat es der eine oder andere gesehen - auch einmal eine positive Berichterstattung über die bereits vollzogenen Maßnahmen bekommen haben. Im Alten- und Pflegeheim Tabor wurden viele Mittel eingesetzt, Herr Vizebürgermeister Pfeil zitiert auf Seite 3 in seiner Steyr-Aktiv: "Wir wollen, daß im Altersheim nicht nur zweistellige Millionenbeträge investiert werden, sondern daß auch etwas von einer menschlichen Wärme gespürt werden kann." Vollkommen richtig die Bemühungen, die im Alten- und Pflegeheim die Maxime prägen. Natürlich ist es hauptrangiges Thema, den Menschen im Mittelpunkt aller Überlegungen zu haben. Und natürlich ist es hauptrangiges Thema, die Mobilisierung der Bewohner zu verbessern. Dazu ist es auch notwendig, die mechanischen Hilfen im Haus zu verbessern und gerade unter diesem Blickwinkel die Lifttüren auch behindertengerecht zu gestalten. Der derzeitige Zustand ist jedenfalls unerfreulich. Wir haben beim Werden dieses Projektes auch erwogen, den bestehenden Lift umzubauen und es hat sich bei den Kostenüberlegungen so dargestellt, daß - man faßt es nicht - der Neubau tatsächlich billiger ist als der Umbau der bestehenden Anlage. Daher sage ich Ihnen mit ruhigem Gewissen, daß ich Sie um die Zustimmung zum vorliegenden Antrag bitte. Der Stadtsenat war deshalb in der Beschlußvorlage, weil eine hohe Lieferzeit vom Lieferanten vorgegeben ist und wir bis zum Jahresende den Lift saniert haben müssen. Es wird für die Menschen im Haus sicherlich noch

eine gravierende Belastung bedeuten, über Wochen auf den Lift verzichten zu müssen. Es ist leider nach den Bedingungen nicht möglich, jeweils nur eine Station stillzulegen, leider sind die Sicherheitsvorschriften hier sehr extensiv. Was mich nun zum Zitat des Herrn Dr. Pfeil bewogen hat, war nicht, weil ich ihm so viel Gewicht beimesse, sondern weil ich ganz einfach über die Art und Weise verbittert bin, wie auf dieser Seite 3 über die neue Heimordnung im Altenheim geschrieben wird. Der Gemeinderat wird sich - das hat der Stadtsenat in seiner bezughabenden Sitzung beschlossen - in seinem Ausschuß mit der Heimordnung auseinandersetzen. Ich habe die Fraktionen gebeten, Stellungnahmen zum Entwurf vorzulegen. Dem Herrn Dr. Pfeil hat es gefallen, sich zum Schützer der Tiere zu machen und die Zeichnungen, die im Layout-Entwurf vorgegeben waren - es war ja kein Druckentwurf, sondern nur ein Textentwurf mit symbolischen Zeichnungen - sogar verbal zu zitieren. Ich kann Sie beruhigen, Herr Dr. Pfeil, Tiere sind für mich nicht lärmende, stinkende, zerstörende Wesen, sie sitzen für mich nicht am Tisch und sie pinkeln auch nicht ans Tischbein, was ich von Ihnen nicht behaupten kann, weil Sie die Leidenschaft haben, jedem ans Knie zu pinkeln. Ich würde Ihnen nur eines empfehlen, Herr Dr. Pfeil, machen Sie das nie gegen den Wind, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Herr Stadtrat, zur Sache bitte!

STADTRAT KARL HOLUB:  
Ich nehme den Ruf "zur Sache" zur Kenntnis.

VIZEBÜRGERMEISTER  
DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mich schon zu Wort gemeldet!

STADTRAT KARL HOLUB:  
Ich rechne damit. Und ich bin auch fest überzeugt, daß Sie aus dem Entwurf zitieren werden. Ich möchte dem Gemeinderat vorher nur noch die Anmerkung machen, daß ich gebeten habe, daß die Fraktionen mir Korrektorentwürfe vorlegen, ich aber mit Ausnahme des Entwurfes meiner Fraktion noch keinen am Tisch des Hauses habe. Vielleicht könnten Sie daran denken, dem Ersuchen um Korrektur doch nachzukommen. Es wäre zweckmäßig, das nicht über Postillen zu tun, damit wir über Vorliegendes in der Ausschußsitzung Ende Juni auch wirklich diskutieren können. Mit liegt mehr an der Effektivität als an der großen Show und ich würde mir so sehr wünschen, daß das alles so funktioniert. Meine Damen und Herren, ich würde Sie wirklich sehr bitten, den Liftumbau zur Kenntnis zu nehmen und auch zu bewilligen, und abschließend möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß mittlerweile durch die Verfügung des Herrn Bürgermeisters die Stelle des Leiters des Alten- und Pflegeheimes voll in Funktion ist. Herr Gregor Eiblwimmer ist durch das Dekret des Herrn Bürgermeister mit der Leitung des Hauses voll verantwortlich und nicht mehr vertretungsweise betraut. Ich wünsche von hier aus als Referent für dieses Gebiet dem zukünftigen Leiter des Hauses viel Glück und bitte ihn von hier aus um eine gute Zusammenarbeit.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Wer wünscht weiter das Wort? Herr Dr. Pfeil ist zu Wort gemeldet. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

## BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und höre dem Herrn Dr. Pfeil zu.

## VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Ich werde nicht zum Aufzug im Altenheim sprechen, aber schon über das Altenheim und es sei mir auch erlaubt, über die Begleitumstände um das Werden der Heimordnung im Steyrer Altenheim zu sprechen. Tatsache ist, daß am 18. 3. 1994 im Stadtsenat ohne irgendeine Beratung in einem Ausschuß vom zuständigen Referenten Karl Holub eine Heimordnung zum Beschluß vorgelegt worden ist. So ist es und so war es! Er hat sie dann zurückgezogen, das ist die volle Wahrheit. Diese Heimordnung ist lt. Auskunft - das ist auch interessant, daß wir jetzt hören, daß wir einen neuen Leiter haben - von Herrn Eiblwimmer 1 1/2 Jahre in der Schublade gelegen und es hätte niemand den Referenten daran gehindert, sie irgendwann einmal dem betreffenden Ausschuß vorzulegen. Es kann nicht sein, daß die Fraktionen innerhalb von 3 Tagen plötzlich eine geänderte oder verbesserte Heimordnung vorzulegen haben. Sie haben am Donnerstag gesagt, binnen 3 Tagen, bis am soundsovielten, das kann man im Protokoll ja gerne nachlesen. Aber jetzt kommen wir zur Tatsache. Da liegt eine Heimordnung vor, meine Damen und Herren, ich habe sie mir gerade geholt, weil ich es gespürt habe, daß das kommt, es bleibt nicht aus. So sieht die zukünftige Heimordnung aus, das hätten wir beschließen müssen, das müssen Sie sich vorstellen! Tiere nein danke! Das ist die Vorstellung eines Referenten für das Altenheim. Da steht: "Die Liebe zu Haustieren ist glücklicherweise bei vielen Menschen

stark ausgeprägt. Doch erfordert es die Rücksichtnahme auf die übrigen Hausbewohner, daß sie grundsätzlich keine Tiere mitbringen. Überdies würde uns ein Hygieneproblem entstehen. Wir bitten um Verständnis." Es gibt eine Stellungnahme vom Herrn Dr. Nones, der sagt, es gibt kein Hygieneproblem. Es gibt keine Stellungnahme vom Amtsveterinär, weil der gar nicht befaßt worden ist. Daß der Herr Dr. Nones nichts dagegen hat, ist Aussage vom Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann, Chef des Kontrollamtes. Und ich möchte auch seine Stellungnahme dazu vorlesen: "An den GB VIII, Alten- und Pflegeheim Tabor. Wenngleich die getroffenen Anregungen in der neu adaptierten Heimordnung in der Hauptsache ihre Berücksichtigung gefunden haben, bleibt dennoch festzuhalten: Seite 9, Tiere nein danke." Stellungnahme Dr. Gottlieb-Zimmermann. Die hier gewählten Illustrationen sind, wenn auch plakativ, im negativen Sinne vollkommen überzogen und realitätsfremd. Die Ermöglichung der Haltung gewisser Heimtiere, beispielsweise Katzen, dürfte Minimalerfordernis des generellen Wollens vorausgesetzt, keine unlösbare Aufgabe sein. Hier wird auf das Schreiben von 7. 2. 1994 verwiesen, wo nach diesbezüglicher Rücksprache mit Herrn Senatsrat Dr. Nones die Haltung gewisser Heimtiere positiv beurteilt worden ist. So sieht die Welt aus. Ich bin selbstverständlich unter bestimmten Bedingungen auch für eine vernünftige Lösung. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß sich da 10 Leute 10 Rottweiler kaufen oder 5 Schlangen. Hier auf Seite 9 ist es aufgezeigt, die Einstellung gleicht nach Meinung des Gefertigten einer - jetzt hören Sie gut zu - "Versteinerungstheorie antiquierten Gedankengutes". Das ist Originaltext Dr. Gottlieb-Zimmermann. Ich glaube,

mehr brauche ich dazu nicht zu sagen. Meine Veröffentlichung war ja harmlos. Wissenschaftliche Expertisen noch und noch. Man muß sich eben ein wenig Mühe machen, wie man das Altern angenehmer macht und daß man die gewohnte Umgebung ins Heim mitnehmen kann, da gehören dann eben manchmal Katzen dazu. Das ist eben so. Und ich sagen Ihnen aufgrund meiner beruflichen Erfahrung noch eines: Wir geben in der Stadt sehr viel Geld für die Vernichtung von Tauben aus. Der Herr Finanzreferent Zagler wird das auch wissen. Aber da findet oft ein frommes, älteres Mutterl eine Taube, die kommt dann zu uns, wir reparieren ihr - wenn möglich - die Taube, und dann hat die einen Pflegefall und eine Verantwortung zu Hause. Die hat plötzlich eine Aufgabe und man sieht, wenn man sie dann wieder bestellt, diese alten Herrschaften leben auf. Ihr Leben hat wieder einen Sinn, die Verantwortung für die Taube. Und das sollte man hier auch berücksichtigen.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Gibt es eine weitere Wortmeldung bitte? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? Jawohl. Das habe ich mir beinahe gedacht.

**STADTRAT KARL HOLUB:**

Es ist an sich wirklich zu dumm, womit man sich überhaupt auseinandersetzen muß, wenn jemandem die Gabe zum Zuhören so fehlt wie Ihnen, Herr Dr. Pfeil. Ich habe gesagt, es handelt sich um einen Layout-Entwurf, um einen Text, der zu kontrollieren war. Es ist richtig, daß er Schreibfehler beinhaltet hat und in dem einen oder anderen Punkt noch eine Überarbeitung notwendig ist, aber nicht auf der Seite, die Sie zitiert haben. Abgesehen von der Überschrift, die

nicht gut gewählt war. Aber es ist wirklich ziemlich frustrierend, wenn man sich dann so etwas sagen lassen muß, obwohl man den Aufsatz aus der Pflegezeitung in Diskussion gebracht hat, wo etwas steht über die therapeutische Bedeutung des "Pfleger mit der nassen Nase", nämlich dem Hund als hereinkommendem Betreuer, nicht als daueraufenthältigem Betreuer im Haus. Das ist ja das Problem. Es ist ja nicht das Problem, daß der Kontakt mit Tieren schlecht ist, sondern daß sich aus dem Daueraufenthalt von Tieren in Pflegeheimen doch hygienische Probleme ergeben. Und es ist wirklich frustrierend, sich das ganze anhören zu müssen, wenn man mit dem Amtsarzt der Stadt Steyr gemeinsam überlegt hat, in welcher Form Volieren oder Aquarien zur Lebhaftigkeit im Haus beitragen können. Wenn man selbst versucht hat, über Streicheltiere und "Hereinkommtiere" Modalitäten zu finden. Sehr hilfreich ist es dann nicht - und es tut mir sehr leid, daß der Leiter des Kontrollamtes nicht hier ist -, wenn einem der Kontrollamtsbericht als Referent nicht zugemittelt wird. Und es ist auch nicht sehr hilfreich, wenn der Amtsarzt der Stadt Steyr dem Referenten für das Alten- und Pflegeheim andere Stellungnahmen abgibt als einem niedergelassenen Tierarzt. Sehr hilfreich ist das alles nicht, auch wenn dieser niedergelassene Tierarzt Vizebürgermeister der Stadt Steyr ist. Ich finde das ziemlich schlecht und außerdem nicht fair, wenn man Dinge, die noch in Diskussion stehen, in Postillen verlautbart, noch dazu in Tendenzen. Aber das frustriert mich gar nicht mehr, Herr Dr. Pfeil, denn das sind wir ja schon gewöhnt. Ich würde wirklich darum bitten, daß Sie dem vorliegenden Antrag - es geht jetzt um die Lifttüren im Objekt Kollerstraße - die Zustimmung geben. Und dem Herrn

Dr. Pfeil sage ich noch einmal: Engagieren Sie sich etwas mehr in Ihren eigenen Geschichten, dann werden wir auch miteinander etwas mehr für Steyr zusammenbringen. Habe ich jetzt "zur Sache" gehört?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe ja nicht angefangen mit der Heimordnung!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Großteil der Diskussion hat sich nicht mit dem Antrag beschäftigt, stelle ich fest. Wir schreiten zur Abstimmung über den Antrag 16). Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl. Er wird gebeten, das Wort zu ergreifen.

BERICHTERSTATTER

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Sanierung der Leitnerstiege. Der Antrag lautet:

17) Bau3-3047/89

Leitnerstiege; Sanierung und Neuerrichtung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau wird für die durchgeführte Sanierung und Neuerrichtung der Leitnerstiege durch die Fa. Auinger der restlichen Mittelfreigabe in Höhe von S 600.000,-- incl. MWSt. bei VSt. 5/6121/002790.1 zugestimmt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der

Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Wortmeldung und um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Die Leitnerstiege ist sehr schön geworden. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung wird auch keine angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um Ankauf von Masten und Beleuchtungskörpern für die Straßenbeleuchtung Christkindlsiedlung. Der Antrag lautet:

18) En-18/94

Ankauf von Masten und Beleuchtungskörpern für die Errichtung einer neuen Straßenbeleuchtung in der Christkindlsiedlung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 18. April 1994 wird dem Ankauf von Masten und Beleuchtungskörpern für die Errichtung einer neuen Straßenbeleuchtung in der Christkindlsiedlung bei der Fa. Austria Email, Wien, zum Preis von S 434.863,59 zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 312.300,- - bei VSt. 5/8160/050000.2, sowie die noch erforderlichen Mittel in Höhe von S 122.600,- im Wege einer Kreditübertragung von VSt. 5/6120/002220.1 auf VSt. 5/8160/050000.2 freigeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**  
Der nächste Antrag lautet:

- 19) BauBrü-620/93  
Neubau der Wiesenbergbrücke und der Fuß- und Radwegunterführung Fabrikstraße und der Große-Fallen-Brücke.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau wird der Vergabe der Neubauarbeiten der Wiesenbergbrücke, der Fuß- und Radwegunterführung und des dazugehörigen Straßenprojektes an die Fa. Ferro-Betonit-Werke AG, Linz, in Höhe von S 10.349.009,04 brutto, sowie der Vergabe der Neubauarbeiten der Große-Fallen-Brücke an die ARGE Hamberger-IIIbau, Steyr, in Höhe von S 2.754.620,89 brutto zugestimmt. Somit beträgt die Gesamtvergabesumme für das ganze Bauvorhaben S 13.103.620,93 brutto. Weiters werden Mittel in Höhe von S 9.000.000,-- bei VAST. 5/6120/002270.6 freigegeben. Für die restliche Finanzierung wird 1995 ein gesonderter Mittelfreigabeantrag gestellt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Ihre Wortmeldung und Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**  
Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

**STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**  
Ich möchte nur noch eine Anmerkung dazu machen.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**  
Bitte sehr, Schlußwort Herr Referent.

**STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**  
Es ist - wie Sie wissen - vor kurzem begonnen worden. Heute und morgen gibt es einige Verkehrsbeeinträchtigungen, weil im Bereich knapp vor der Brücke ein Schacht für die Leitungen des Kollegen Eichhübl, Gas und Wasser, errichtet werden muß. Aber wir hoffen, daß das morgen fertig sein wird und nächste Woche wieder der ungestörte Verkehr stattfinden kann.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**  
Danke für diese Erläuterung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**  
Der nächste Antrag lautet:

- 20) VerKR-1360/85  
Reparatur des Verkehrsradargerätes.  
Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 21. 4. 1994 wird der Vergabe der Reparaturarbeiten an die Fa. Pointinger, Wien, sowie der Mittelfreigabe in Höhe von S 30.000,- bei VASt. 1/6490/618000.9 sowie einer Kreditübertrag in Höhe von S 2.000,- aus VASt. 1/6490/401000.0 zugestimmt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Zu Wort gemeldet der Kollege Stadtrat Eichhübl. Ich erteile es ihm

**STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag betreffend die Reparatur des Radargerätes, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, darf ich in Erinnerung rufen, daß, als im Stadtsenat dieser Antrag behandelt wurde, eine Kostenbeteiligung des Bundes angesprochen wurde. Ich möchte heute hier diese Forderung wiederholen, präzisieren und Ihnen auch einige Begründungen dafür liefern. Man muß davon ausgehen, daß 60 % der Geschwindigkeitsüberschreitungen auf Bundesstraßen gemessen werden und daher auch die Straf gelder vom Bund vereinnahmt werden. Das ist schon ein Grund dafür, daß sich meiner Meinung nach der Bund an dieser Reparatur von fast S 32.000,- beteiligen müßte. Ein weiterer Aspekt, der noch für diese Beteiligung spricht, ist die Tatsache, daß ja nicht nur das Radargerät Kosten verursacht, sondern auch ein Fahrzeug dafür von der Stadt ange-

kauft wurde und die Wartungs- und Betriebskosten von der Stadt bezahlt werden. Ich glaube daher, daß es gerechtfertigt ist, daß ich hier und heute verlange, daß in Zukunft tatsächlich mit dem Bund Gespräche geführt werden, um eine Kostenbeteiligung für eventuelle Reparaturen des Radargerätes, für die Anschaffung des notwendigen Fahrzeuges und auch für dessen Erhaltung zu verlangen.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Stadtrat Zagler.

**STADTRAT**

**DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Ich bin richtig begeistert, daß Du meine Idee so schnell aufgegriffen hast, warne aber vor allzu viel Optimismus, weil klarerweise auch von der Bundespolizeidirektion eine Gegenrechnung aufgestellt wird, die gerade in der Auswertung dieser Radarfotos und etc. auch erhebliche Kosten haben. Aber ich glaube, bei so extra außergewöhnlichen Ausgaben wie Anschaffung oder Reparatur der Geräte ist es durchaus vertretbar - und da bin ich Deiner Meinung -, daß man einen Kostenschlüssel mit dem Bund vereinbaren muß, der abhängig ist von jenen Beträgen oder bzw. vom Verhältnis jener Beträge, die aus diesen Strafen in die diversen Kassen hineinfließen.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Schlußwort Herr Referent? Er verzichtet, somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand.

Stimmenthaltung wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

#### STADTRAT

##### ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die 1. Bauetappe im Kommunalzentrum, Adaptierung des Bürogebäudes. Hier liegt zum Punkt C) Elektroinstallationen ein Abänderungsantrag vor. Der ursprüngliche Antrag ist Ihnen bekannt, ich darf ihn kurz verlesen:

- 21) Bau5-201/93  
Kommunalzentrum, 1. Bauetappe; Adaptierung des Bürogebäudes; Vergabe der Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 5. 5. 1994 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

- A) Baumeisterarbeiten  
ARGE Fa. Hamberger/Fa. Mayr-Bau, Steyr  
netto S 4.138.565,38  
B) Heizungs- und Sanitärinstallation  
Fa. Forster, St. Florian  
netto S 945.877,74  
C) Elektroinstallation  
Fa. EAG, Wels  
netto S 1.738.739,59  
D) Lieferung Kunststoffenster  
Fa. Felbermair, Gunskirchen  
netto S 758.797,33.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 7.582.000,- bei VASSt. 5/0290/010100.2 durch Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Mittel hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Zum Punkt C) Elektroinstallation liegt - wie gesagt - dieser Abänderungs-

antrag vor. In der Sitzung des Stadtsenates am Donnerstag, den 19. Mai 1994, ist unter Tagesordnungspunkt 13) die Beschlußfassung der Auftragsvergaben für die 1. Bauetappe des Kommunalzentrums vorgesehen gewesen. Die mitunterfertigten Mitglieder haben gem. Geschäftsordnung § 5 des Stadtsenates der Stadt Steyr einen Abänderungsantrag eingebracht. Diesen bringe ich jetzt zur Vorlesung. Der vorliegende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat betreffend die Auftragsvergabe im Zusammenhang mit der 1. Bauetappe des Kommunalzentrums wird wie folgt abgeändert:

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 5. 5. 1994 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

- A) Baumeisterarbeiten  
ARGE Fa. Hamberger/Fa. Mayr-Bau, Steyr  
netto S 4.138.565,38  
B) Heizungs- und Sanitärinstallation  
Fa. Forster, St. Florian  
netto S 945.877,74  
C) Elektroinstallation  
Bietergemeinschaft  
Berger/Mitterhuemer/EBG Steyr  
netto S 1.738.739,59  
D) Lieferung Kunststoffenster  
Fa. Felbermair, Gunskirchen  
netto S 758.797,33.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 7.582.000,- bei VASSt. 5/0290/010100.2 durch Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Mittel hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Kenntnisnahme, Wortmeldung und Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT**

**ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Der nächste Antrag betrifft noch einmal die Errichtung des Kommunalzentrums. Er lautet:

22) Bau5-201/93

Errichtung eines Kommunalzentrums; Begleichung von Honorarmoten für Planungs- und Bauleitungstätigkeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 7. 4. 1994 wird der Begleichung von Honorarmoten für Planungs- und Bauleitungstätigkeiten (Aufträge DI. Girking, Steyr, ca. S 3.740.000,-, Techn. Büro Hafergut, Dietach, ca. S 374.000,-, Techn. Büro Scharoplan, Linz, ca. S 639.000,-) zugestimmt. Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 1.200.000,- (Budgetansatz 1994) bei VAS 5/0290/010100.2 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Pfeil.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde darauf hinzuweisen, daß Frei-Hand-Vergaben in diesen Höhen der Vergangenheit angehören sollten. Auch wenn gewisse Vorarbeiten geleistet wurden, ist es bei dieser Höhe nicht zweckmäßig, wenn man das immer nur einem Bauplaner bzw. einem Bauleiter übergibt. Danke.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Weitere Wortmeldungen? Keine. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT**

**ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Meine letzter Antrag lautet:

23) Bau2-6860/92

Bebauungsplan Nr. 36 -

"Leeber-Gründe"; Änderung Nr. 1

Der Gemeinderat möge beschließen: Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 36 - "Leeber-Gründe" - Änderung Nr. 1 wird entsprechend den Plänen des Dipl.-Ing. Gerhard Schmid vom 2. Oktober 1992 bzw. 26. Jänner 1993 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes des Baurechtsamtes vom 18. Mai 1994 beschlossen.

**BEILAGE**

Ich bitte auch hier um Ihre Wortmeldung und um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Zunächst zu Wort gemeldet der Kollege Strasser, in Vorbereitung Hr. Dr. Pfeil.

**GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:**  
Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Damen und Herren des Gemeinderates! Ich muß mich auch zu dieser Fraktion der Ignoranten zählen, wie sie da in der Steyrer Zeitung genannt wird, nur haben wir es vielleicht ein wenig anders gemacht, wir haben nämlich mit den Leuten gesprochen, nicht nur mit den Zeitungsreportern. Wenn ich noch einmal kurz zurückkommen darf, wie das mit den Leeber-Gründen alles angefangen hat. Im Oktober 1991 ist ein Kaufantrag an den Gemeinderat gekommen, wo 10.000 m<sup>2</sup> der Leeber-Gründe zugekauft worden sind, damit die 1. Gemeinnützige eine Wohnhausanlage errichten kann. Interessanterweise ist in der Diskussion im Gemeinderat gar nicht so viel darüber gesprochen worden, das war am 19. März 1992, da hat sich als einziger der Herr Spöck dazu gemeldet und gesagt, das könnte heikel werden. Der Herr Bürgermeister meinte darauf, wir bräuchten uns keine Sorgen zu machen, das käme sowieso in den Gestaltungsbeirat. Das erste Projekt mit ca. 170 Wohneinheiten kam dann in den Gestaltungsbeirat. Bei dieser Sache ging es dann los. Da haben die Gleinker dann gesagt: "Seid ihr wahnsinnig, das auf dieses Grundstück hinzubauen?" Da wurden dann auch die 1300 Unterschriften gesammelt, die dagegen waren. Der Gestaltungsbeirat hat also dieses Modell abgelehnt, daraufhin ist ein zweites gekommen. Da waren im Plan 128 Wohnungen vorgesehen, zwei-stöckiger Ausbau mit Dachausbau. Bei diesem Projekt sagten die Leute noch immer: "An und für sich sind wir nicht gegen die Verbauung. Wir haben ja gewußt, entweder kommen Reihenhäuser hin oder irgendetwas ähnliches." Das wußte also jeder, daß dort keine Einfamilienhäuser hinkommen. Nur der Plan hatte

tatsächlich einen Haken: Für diese 128 Wohnungen waren genau 128 Parkplätze vorgesehen. Kein einziger mehr. Da muß man sich das natürlich vorstellen, 128 Wohnungen und 128 Parkplätze - wenn wir ehrlich sind, wie viele Leute gibt es heute noch, die nur ein Auto haben? Oder warten wir fünf Jahre, wo stellen wir dann die ganzen Autos hin. Und wir wissen genau: Der Kronbergweg und die Friedhofstraße sind ziemlich eng. Also hätten sich die wahrscheinlich einmal in einen Garten stellen müssen. Da haben die Leute natürlich berechtigt gesagt: "Freunde, so können wir nicht arbeiten, das geht nicht!" Daraufhin fanden wieder Verhandlungen mit Herrn Haratzmüller von der 1. Gemeinnützigen statt. Herr Stadtrat Schloßgangl weiß das, der war ja dabei. Man hat also dann einen meiner Meinung nach verhältnismäßig guten Kompromiß gefunden: Es sind jetzt 107 Wohnungen mit 48 Tiefgaragen- und 106 Stellplätzen. Das heißt, wir haben jetzt über 150 Parkplätze für 107 Wohnungen, wobei 48 davon in Tiefgaragen sind, damit - so sagten die Anrainer - könnten sie leben. Eine zweite Forderung war, daß der Kronbergweg befahrbar sein muß, daß nicht alles über die Friedhofstraße gemacht werden muß, sondern eine Öffnung des Kronbergweges erreicht, damit man dort auch - zumindest die obere Seite - zu -und abfahren kann. Das ist eine Sache, die eigentlich die Gemeinde beschließen müßte, weil es sicher nicht mehr Bausache ist. Dienstag dieser Woche war Herr Haratzmüller wieder in Gleink, ich war dabei. Von jedem Haus, war mindestens einer der Anrainer dabei und wir haben mit den Bewohnern gesprochen. Sie sind nicht glücklich, das geben wir schon zu. Aber wer ist das schon, wenn man ihm ein relatives großes Haus vor die Nase baut. Sie erklärten sich aber mit dieser Lösung der 107 Wohneinheiten einverstanden.

Nachdem ein Block ganz weggekommen ist, hat man auch eine Fläche für den Spielplatz. Ursprünglich wäre nur eine Sandkiste hingekommen, von einem Spielplatz war überhaupt nie die Rede. Man ist mit den Häusern etwas von den angrenzenden Häusern abgerückt, damit können die Anrainer leben. Jetzt geht es - glaube ich - darum: Wenn wir ja sagen, müssen wir bei einigen Sachen zumindest jetzt schon protokollieren, wie es weitergehen soll. Und das erste ist, die Brücke zu bauen. Damit vor Baubeginn die Brücke steht und nicht alle vom Kronbergweg zufahren müssen. Das wäre ein Wahnsinn! Weiters - das wird allerdings sicher Sache des Verkehrsausschusses sein - wollen einige Bewohner Wohnstraßen, weil sie berechtigterweise Angst haben, daß die Leute auf der Straße parken und über die Wiese zu den Häusern gehen. Es haben zwar alle eine Zufahrt, aber da müßten sie rundherum fahren. Und so könnten sie wahrscheinlich auf der Straße parken, gehen über die Wiese, und die anderen haben wieder den Verkehr. Das heißt, sie wollen die Wohnstraße, damit dort das Parken verboten ist. Zu den Häusern zufahren kann man jederzeit, es brauchen nur die hinfahren, die dort wohnen, weil sie ihre Garageneinfahrten dort haben, das wäre als keine Tragik. Das heißt, das sind die Begleitmaßnahmen, die wir einhalten müssen, die mit den Bewohnern abgesprochen wurden, und diese geben dann auch ihr Einverständnis dazu. Und vielleicht noch eine Sache, vor der sie Angst haben, nämlich daß sich das auf ein paar Jahre hinauszögert. Man müßte also schon schauen, daß man diesen Bau durchzieht, damit die nicht vor ihrer Haustüre 5 Jahre eine Baustelle haben. Unter diesen Bedingungen sind die Bewohner einverstanden mit der Bebauung und wir von unserer

Fraktion stimmen dieser Bebauungsplanänderung zu.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

**VIZEBÜRGERMEISTER  
DR. LEOPOLD PFEIL:**

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Gemeinderat Strasser, ich muß natürlich antworten. Es ist nicht so, daß ich nur mit einer Zeitung gesprochen hätte. Ich war als erster vor Ort bei den Bürgern, ich habe auch die anderen Fraktionen eingeladen. Ihr Fraktionsobmann und auch der Herr Bürgermeister haben es vorgezogen, dort nicht zu erscheinen, haben gesagt: "Wir sprechen mit ihnen hier im Rathaus, hier gibt es eine bessere Diskussion, wir sprechen nicht auf der Straße." So ungefähr war damals die Aussage. Ist zu akzeptieren. Ich finde schon, daß es gescheiter ist, wenn man sich vor Ort und Stelle mit den Bürgern einmal zusammensetzt, daß man sich stellt. Es war dort war eine sehr vernünftige Diskussion. Mich wundert es nur, Herr Gemeinderat Strasser, daß Sie für die dortige Bevölkerung sprechen. Wer gibt Ihnen das Recht? Sie wohnen zwar in der Gegend, aber Sie sagen, die Bevölkerung akzeptiert das. Ich habe gestern noch mit vielen Leuten dort gesprochen, - ich möchte jetzt keine Namen nennen, ich sage es Ihnen später unter vier Augen. Ist das in Ordnung? - und die sagen, sie sind verzweifelt, aber sie haben resigniert. Einige haben es natürlich, da gebe ich Ihnen recht, akzeptiert und sagen: "Da können wir sowieso nichts machen, das kommt so oder so." So ist die Wahrheit. Sie sagen ja selbst, wenn man einem ein relativ großes Haus vor die Nase setzt, zwei Geschoße,

ausgebautes Dachgeschoß, ist das in einer gewachsenen Umgebung mit Einfamilienhäusern ein Problem. Wenn man in der Fellingiersiedlung, wo ja auch einige Genossen wohnen, einen zweistöckigen Bau mit ausgebautem Dachgeschoß genau vor die Fenster hinsetzt, ist das genau das gleiche, aber ich möchte nicht einmal raten, was das für einen Aufstand gäbe. Das ist das Problem in Steyr, daß hier auf gewachsene Strukturen zu wenig oder gar nicht Rücksicht genommen wird. Und den Gestaltungsbeirat zieht man nur heran, wenn man ihn in der richtigen Weise benützen kann. Hier hat der Gestaltungsbeirat ja gesagt, aber meines Erachtens muß einem da der gesunde Hausverstand wirklich sagen - und ich kenne die Gegend sehr genau, Herr Strasser, - wenn Sie oberhalb des Kinderheimes Gleink stehen und hinunterschauen, hat das nach wie vor einen dörflichen Charakter, und der ist nachhaltig und gewaltig unterbrochen. Dafür sind wir alle miteinander verantwortlich. In dieser Verantwortung ersuche Sie wirklich, gerade Sie als Gleinker, noch einmal zu überlegen, ob das wirklich das ist, was die Gleinker brauchen. Es gibt bestimmte Möglichkeiten, wo man Wohnbau - gerade im sozialen Bereich - auf anderen Grundstücken durchführen kann. Da muß man - und ich erinnere an Beispiele von vergangenen Jahren - die Ressourcen besser nützen, gerade im städtischen Bereich. Man muß sie besser nützen, aber überall. Und man muß besonders aufmerksam sein, daß man gewachsene Strukturen nicht mit nicht dazupassenden Baukörpern vermischt. Ich appelliere wirklich dringend, dieser Bebauungsplanänderung nicht zuzustimmen, wo auch die Leute, die sich damals dort ein Grundstück gekauft haben, sich in gutem Glauben verlassen haben, daß dort kein Bau in dieser Höhe und Qualität kommt.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Gibt es eine weitere Wortmeldung?  
Kollege Apfelthaler bitte.

**GEMEINDERAT**

**KURT APFELTHALER:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ich fürchte, daß diese Diskussion wieder in Geschmacksfragen abgeleitet, beim Anbau des Gymnasiums haben wir das reklamiert, jetzt auf einmal taucht es dort wieder auf. Ich glaube, wir sollten uns rein auf die technischen Dinge konzentrieren und das aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Ursprünglich hat die GAL gebeten, daß dieser Antrag aus dem Gemeinderatsprotokoll herausgenommen wird, weil wir gesehen haben, daß man diese Bebauung auch aus anderen Gesichtspunkten betrachten kann, speziell weil wir befürchtet haben, daß den Einwohnern nicht genug Gehör beigemessen wurde. Wir waren jetzt ca. 12 mal dort, haben unzählige Gespräche geführt und ich habe nicht das Empfinden - und das muß ich jetzt auch dezitiert sagen -, daß die Leute dort in Verzweiflung ausbrechen, so wie Sie das schildern, Herr Dr. Pfeil. Ich glaube, daß durch die Mitarbeit diverser Herren aus den verschiedenen Parteien versucht wurde, einen Kompromiß zu schmieden. Man kann über Kompromisse denken, wie man will, man kann sie positiv oder negativ sehen, aber ein Kompromiß ist ein Mittelweg, den wir hier gemeinsam versuchen zu gehen. Natürlich breche ich auch nicht in Begeisterungsschreie darüber aus, was da draußen passiert, aber ich sage mir, wenn wir vor Augen haben, daß wir tausende Wohnungssuchende in Steyr haben, wenn wir vor Augen haben, daß wir Ressourcen nützen müssen und daß wir dort nicht unbedingt eine Verhüttelung vorziehen, was meiner Meinung nach auch

die Herrschaften draußen nicht so wollen, wie Sie das hier schildern, könnten wir uns auf einen Kompromiß einigen. Und dieser Kompromiß hat - glaube ich - stattgefunden. Das muß ich auch sagen. Ich kann mich noch an die Worte des Herrn Bürgermeisters erinnern: "Leebergründe, die Tausendste, Klappe". Aus unserem damaligen Empfinden war es einfach so, daß wir geglaubt haben, es ist noch zu wenig darüber gesprochen worden. Es ist nachher darüber gesprochen worden und ich glaube, daß der Kompromiß auch trägt. Selbstverständlich gibt es Leute, die nach wie vor negativ darüber denken oder - wie Sie es bezeichnen - in Verzweiflung ausbrechen. Aber ich glaube, daß das nach wie vor dieser Prozentsatz ist, der bei Kompromissen einfach herauskommt. Zum Feuchtbiotop, nachdem das ja auch ein Thema war: Ich glaube, Sie können mir beipflichten, daß das ursprüngliche Feuchtbiotop, das einmal von Stein nach Niedergleink gegangen ist, wirklich nur mehr rudimentär vorhanden ist, daß das eine kleine Fläche ist, die unter Umständen sehr wohl schützenswert wäre, aber dann dürften wie da draußen überhaupt nichts verbauen, denn - ich glaube, Sie würden mir beipflichten - auch wenn dort ein geringeres Maß an Verbauung stattfinden würde, würde der Wasserhaushalt dieses Feuchtbiotops und die ganze Biologie und Fauna wesentlich zerstört werden. Man muß sich vorstellen, jetzt wohnen dort hunderte Leute draußen und auf dieser Wiese oder diesem Feuchtbiotop würde nicht mehr dieses Aufkommen herrschen, das wir uns wünschen würden. Die Fläche dieses Biotopes umfaßt in etwa 2.000 m<sup>2</sup>, wobei wir versucht habt, das mit einem bekannten Biologen genauer zu erörtern und genauer anzuschauen. Der ist dann darauf gekommen, jetzt in

kurzen Worten, daß diese Fläche, die wirklich wesentlich und erhaltungswürdig ist, sich auf ungefähr ein paar Hundert Quadratmeter, auf 200 m<sup>2</sup> reduziert und durch eine Verbauung wesentlich gestört würde. Jetzt bildet sich für uns natürlich die Frage, es gibt dort nur zwei Varianten: Entweder baue ich in einem bestimmten Maß oder ich baue eben nicht, um diese 200 m<sup>2</sup> oder 300 m<sup>3</sup> zu retten. Und in diesem Punkt habe ich die wirklich tausenden Wohnungssuchenden in Steyr im Hinterkopf, die sehr wohl nicht verstehen werden, wenn dort in dem Maße nicht gebaut wird, wie wir es verhandelt haben. Sie dürfen sich dann zu Wort melden, Herr Gemeinderat Fürweger, ich lache jetzt schon. Ich bitte Sie noch einmal, das jetzt nicht auf Geschmacksfragen zu reduzieren, sondern einfach nüchtern zu denken und dieser Stimmungsmache von verzweifelten Menschen draußen nicht unbedingt Rechnung zu tragen, sondern sehr wohl zu bedenken, daß aus sämtlichen Fraktionen, außer aus Ihrer, Herr Dr. Pfeil, sehr viele Bemühungen stattfanden und versucht wurde, hier einen Kompromiß zu schließen. Ich danke.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, zu Wort gemeldet Kollege Bremm.

**GEMEINDERAT**

**GERHARD BREMM:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich glaube, wir leben in einer sehr schwierigen Zeit, die Menschen sind sehr kritisch, gerade bei solchen Bauvorhaben will man das im Prinzip eher nach dem "Heiligen St. Florian-Prinzip" betrachten. Bei allem Verständnis für jene, die ein Einfamilienhaus gebaut haben, aber ich glaube wir als hier Verantwortliche, können wir uns nicht nur von Gefühlen

leiten lassen, sondern wir haben - wie Kollege Apfelthaler bereits sagte - uns mit dem Problem der Wohnungssuchenden zu beschäftigen. Wir haben tausende Wohnungssuchende in Steyr und müssen danach trachten, daß wir raschest Vorsorge treffen und zwar nicht nur als GWG der Stadt Steyr, sondern daß auch alle anderen Genossenschaften auf dem Wohnungssektor zu einer Linderung beizutragen. Ich kenne kaum ein Projekt, das so intensiv diskutiert wurde. Hier wurde wirklich den Anrainern entgegengekommen, alle zuständigen Herren, nicht nur der Gestaltungsbeirat, sondern auch der Stadtentwicklungsprofessor Breitling, der auch positiv zu diesem Projekt steht, hat seine Meinung dazu eingebracht. Es ist auch nicht ganz gerechtfertigt, daß in der Nähe von Einfamilienhausbesitzern keine Wohnbauten entstehen dürfen, wo mehrere Wohnungen in einem Block sind. Es ist hier wirklich dem architektonischen Aspekt Rechnung getragen worden. Auch im Interesse der Wohnungssuchenden Menschen ersuche ich, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Kollege Fürweger bitte.

**GEMEINDERAT**

**GÜNTER FÜRWEGER:**

Werter Gemeinderat! Die Grünen sind auf einmal nicht mehr grün. Zu den 4000 Wohnungen, die hier immer wieder herumkolportiert werden: Ich habe einmal eine schriftliche Anfrage gestellt und wollte eine Aufschlüsselung haben, wer diese 4000 Wohnungssuchenden sind. Es gibt hier ganz verschiedene Zielgruppen, Ehepaare, Singles, etc. Man kann nicht immer nur von Wohnungsnot sprechen, man muß zur Kenntnis nehmen, daß es nicht 4000 Personen

sind, die unbedingt eine Wohnungsnot haben. Es gibt auch Leute, die wollen die Wohnung tauschen, weil die Tapeten dreckig sind, oder weil sie mit den Nachbarn zerstritten sind. Wir haben auch solche Leute in Steyr und für solche Leute ist der öffentliche Wohnbau nicht da. Ich wundere mich über die Rolle der Sozialdemokraten, die bei den Grundankäufen sehr wohl gesagt haben, sie kaufen auch Gründe für Siedler, damit sich diese ein Häuschen bauen können. Und jetzt wollen sie auf einmal nichts mehr davon wissen. Aber es gibt einen Siedler in Steyr, der versucht schon seit 2 Jahren ein Häuschen zu bauen und dort stößt man sich an seinen Fenstern. Das ist eine Doppelmoral, wie sie nicht besser sein könnte. Danke schön.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Herr Kollege Lengauer, dann Kollege Spöck, dann Kollege Eichhübl. Jetzt kommt ein wenig Leben herein, das gefällt mir.

**GEMEINDERAT**

**ENGELBERT LENGAUER:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich glaube, daß dieser ganze Akt "Leeber-Gründe" schon ein sehr wichtiger Akt in unserer Arbeit der Gemeinde war. Für mich ist dieses ganze Verfahren über 2 Jahre einfach ein demokratisches Lehr- und Lernbeispiel. Man hat ganz falsch begonnen, hat dann den Fehler bemerkt und versucht ihn zu lösen. Dieser Fehler wurde - meines Erachtens - wirklich demokratisch gelöst. Ich war keine 12 mal draußen, ich war vier oder fünf mal dort, ich weiß es nicht. Ich habe viele Stunden telefoniert und viele Stunden mit den Leuten gesprochen. Wenn es uns aber nun gelungen ist, im Gespräch mit den

Personen, die draußen wohnen und mit den Vertretern der 1. Wohnungsgesellschaft nun einen Kompromiß zu schließen - wie schon gesagt worden ist, bedeutet ein Kompromiß einfach Nachgeben, das ist Demokratie -, dann meine ich, ist es nicht richtig, dieses demokratische Lehrbeispiel zu zerstören, nur um Politstreit oder politisches Kapital zu erreichen. Daher meine ich, wenn es uns wirklich gelungen ist, im Gespräch zueinander zu finden, sollten wir diesem Antrag die Zustimmung geben.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Nächster ist der Kollege Spöck.

**GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:**

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte nochmals die Wortmeldung des Kollegen Lengauer unterstreichen, das Verhalten der Freiheitlichen Fraktion kommt mir wirklich langsam so vor, als seien sie von Anfang an dagegen gewesen, völlig egal, was herauskommt. Man sucht immer wieder nach neuen Gegenargumenten, es ist ein Justament-Standpunkt, wenn sogar die Anrainer, wie wir vom Kollegen Strasser gehört haben - und soweit ich den Franz kenne, hat er sicher mit jedem Betroffenen dort unten gesprochen -, diesem Kompromiß zustimmen. Mich hätte natürlich schon interessiert, Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, - und sagen Sie es ruhig offen, sie werfen immer nur etwas in den Raum -, mit wem Sie gesprochen haben. Der Kollege Strasser wird dann sicherlich eine Antwort geben können. Ich glaube, wir können - und es ist ein Kompromiß und das ist auch schon aus den Wortmeldungen hervorgegangen - mit diesem Kompromiß leben, auf der einen Seite die

Wohnungssuchenden, auf der anderen Seite die Anrainer.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Der nächste ist der Kollege Eichhübl. Herr Stadtrat bitte.

**STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

Als jahrzehntelanges Mitglied nicht nur des Gemeinderates, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, sondern auch als jahrzehntelanges Mitglied des Wohnungsausschusses kennen ich natürlich die Sorgen und Nöte der Wohnungssuchenden seit diesem Zeitraum. Ich habe diese sehr ernst genommen und weiß auch, daß es tatsächlich nach wie vor eine große Zahl von Wohnungssuchenden gibt. Und gerade aus diesem Grund, meine Damen und Herren des Gemeinderates, verwahre ich mich dagegen, daß man jetzt versucht, jene, die Bedenken gegen diese Verbauung haben, damit gleichzusetzen, daß sie gegen den sozialen Wohnbau auftreten. Dagegen verwahre ich mich mit aller Schärfe, denn es gäbe trotz Grundstücks-knappheit nach wie vor noch die Möglichkeit in Steyr - ich denke da an das Reithoffer-Areal -, aber auch in Münchenholz, ohne daß man jetzt die Kleingärtner dort wegbringen muß, Wohnanlagen zu errichten. Wie gesagt, es sind dort nach wie vor noch Bedenken von sehr vielen Leuten vorhanden. Und - Kollege Strasser, da möchte ich Dich ansprechen - ich bezweifle ja nicht Deine gute Absicht, daß Du danach trachtest, nachdem Du dort in der Nähe wohnst, eine einvernehmliche Lösung mit den Bewohnern herbeizuführen, aber ich hege doch gewisse Zweifel, daß man mit insgesamt 1300 Personen in letzter Zeit gesprochen haben kann. Da hat es 1300 Unterschriften gegeben und es scheint mir nicht möglich zu sein,

alle diese Bedenken aus dem Weg zu räumen. Ich gehe ebenfalls davon aus, so wie vorhin Vizebürgermeister Dr. Pfeil, daß man mit Bedenken aufgrund des örtlichen Charakters gegen eine Wohnanlagenerrichtung in diesem Bereich durchaus legitim auftreten kann, ohne daß man in Verdacht gerät, gegen den sozialen Wohnbau zu sein.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Gibt es noch eine Wortmeldung, meine Damen und Herren? Wenn nein, dann geht eine lange Debatte zu Ende. Ich möchte nur dazu sagen, ich habe mich auch ca. 12 Stunden in bürgerfreundliche Gespräche verwickelt. Die ersten Proteste sind ja bei mir gelandet, Herr Kollege. Ich glaube nur, wenn man Details und alle diese Probleme und Befürchtungen anspricht, muß man auch die Pläne und die Fachleute bei der Hand haben. Das haben wir in vielen Gesprächen getan. Ich freue mich persönlich, daß eine Annäherung der Standpunkte möglich war. Wenn man ein ambitioniertes Wohnbauprogramm und ein Sonderwohnbauprogramm in die Tat umsetzen will, muß man sich darüber im klaren sein, daß man auch Gründe braucht, auf denen man das tun will. Es war von Haus aus klar, daß wir diese Gründe bereitstellen müssen. Es war aber auch von Haus aus klar, daß dieser Bau in einer Senke ausgeführt wird und daß hier diese 2 1/2 Geschoße so geplant sind, daß sie nicht höher sind, als die Firsthöhe der umliegenden Einfamilienhäuser. Und es richtig, was der Kollege Apfelthaler gesagt hat, daß vorher ein Bebauungsplan beschlossen war, der das Zubauen bis zur Klostermauer vorgesehen hat. Jetzt ist für die Zukunft ein Grünstreifen gesichert, damit die Natur dort in dieser Form erhalten bleiben kann. Mit hat es

auch weh getan, in der Zeitung zu lesen, daß hier Ignoranten am Werk sein sollen. Es ist die Frage, was ignoriert wird. Ignorieren wir die Meinung der Anrainer, nachdem wir mit ihnen fast über ein Jahr lang Kompromisse gesucht und sie auch gefunden haben, oder ignorieren wir die Sorgen und die Probleme der Wohnungssuchenden? Wenn wir diesen Interessensausgleich suchen, muß sich das Pendel meiner Meinung nach in diese Richtung hin neigen und ich freue mich, daß es dafür eine sehr qualifizierte Mehrheit gibt. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

**STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Ich möchte schon noch etwas anfügen. Ich finde es vor allem sehr bedenklich, wenn gerade Betroffene, auch wenn es Journalisten sind, so "objektiv" in die Meinungsbildung und in die Berichterstattung eingreifen. Es ist schade, daß heute kein Herr von der Presse mehr da ist, auch nicht der Herr Schipek, der ja diesen Artikel geschrieben hat, ich würde ihm das ganz gerne selber sagen, ich werde es aber auch noch nachholen. Wenn er hier schreibt "Ignorantenstadel", weil Dr. Pfeil unsere Fraktionen als "Fraktionen der Ignoranten" bezeichnet hat, dann frage ich mich, ob dann die FP-Fraktion als "Fraktion der Querulanten" zu bezeichnen wäre. Wenn man sich so wie Dr. Pfeil verhält, der gerne mit Zundhölzern spielt, um zündeln zu können, dann ist es sicher peinlich, wenn am Ende die eigene Hose brennt und nicht die des beabsichtigten anderen. Ich meine, Ihr habt dort wieder einmal versucht - weil Ihr gewußt habt, daß es eine Gegenstimmung gibt -, entsprechend aufzuhussen und zu unterstützen, damit Ihr politisch populistisch einen Wahlerfolg davon ableiten könnt. Aber es ist Euch leider nicht gelungen,

genauso wie beim Plenkelberg ist es letztendlich wohlgefällig in der Harmonie ausgegangen, Du hast sich nicht Recht gehabt. Und auch hier hat sich eine Lösung, ein Kompromiß abgezeichnet, mit dem die Leute leben können. Wir haben auch in diese Phase - es gibt einen Gestaltungsbeirat, Ihr kennt meine Meinung, ich bin nicht immer einer Meinung mit dem Gestaltungsbeirat....

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wissen wir!

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, das ist gut, daß Du das weißt. Du verläßt Dich nur auf Fachgutachten, weil Du glaubst, Du kannst Dich dahinter verstecken, damit Du keine eigene Entscheidung mit Verantwortung treffen mußt. Ich bin bereit, die Verantwortung auch entgegen der Meinung des Gestaltungsbeirates zu tragen. Wir haben ihn sehr wohl gehört, haben uns aber entgegen der Meinung des Gestaltungsbeirates entschlossen, in den Verhandlungen Tiefgaragen unterzubringen. Der Gestaltungsbeirat sagt, die brauchen wir nicht, die Leute sind alle stolz, wenn sie die Autos sehen, wenn sie vom Fenster hinuntersehen, und man könnte das vielleicht mit einer Pergola behübschen. Das war eine Stellungnahme! Wir haben auch eine Begutachtung durch den Stadtentwicklungsplaner Prof. Breitling eingeholt. Das wißt Ihr, ja! Aber ich glaube, es ist sehr wesentlich, daß er im Zuge seiner Stadtentwicklung auch größere Bauvorhaben, die sich während seiner noch nicht fertiggestellten Arbeiten ergeben, entsprechend begutachtet und beurteilt. Es ist schon gesagt worden, wir haben in vielen vielstündigen Gesprächen mit den betroffenen Anrainer - mit denen hat der Franz

Stasser gesprochen, die wirklich in erster Linie und direkt betroffen sind -, den Kompromiß gefunden. Ich glaube, sowohl der Herr Bürgermeister als auch meine Person, wir haben uns sehr bemüht, hier eine Reduzierung der Wohnungen zu erreichen, die Wünsche der Bewohner weitgehendst oder eigentlich fast zur Gänze zu erfüllen. Und der Kompromiß ist so gelaufen, daß die von den gewünschten fünf Blöcken drei gestrichen bekommen haben. Ein Kompromiß ist normalerweise 50 : 50, aber das war 3/5 zu 2/5 für die Bewohner und für die Anrainer. Daher glaube ich, ist es ein guter Kompromiß geworden und die haben dem letztendlich zugestimmt. Auch die Länge der Bauobjekte wurde reduziert und abgerückt, so daß die Nachbarhäuser eine größere Entfernung haben und nicht direkt gestört sind. Wenn man bedenkt, daß das zweigeschoßige Wohnbauten sind, Erdgeschoß und 1. Stock mit ausgebautem Dachgeschoß, dann glaube ich, ist dort eine doch sinnvolle Verbauung gemacht worden. Es stört meiner Meinung nach die neue Schule, die neben dem Kloster steht, viel mehr. Die ist wie die Faust aufs Auge. Auch die Turnhalle ist nicht optimal, aber sie ordnet sich noch unter. Wenn man bedenkt - es ist heute angesprochen worden -, Dipl.-Ing. Braunschmid und die Siedlung von Sinkovits, das ist auch nicht ganz unproblematisch. Das Haus des Dipl.-Ing. Braunschmid ist noch immer problematisch. Wir haben uns aber bemüht, hier eine positive Lösung zu finden. Es gab eine neuerliche Bauverhandlung, nach dem zurückverwiesen wurde an die erste Bauinstanz, da hat Dipl.-Ing. Braunschmid zugestimmt, das war am 16. Mai. Und zwei Tage später hat er seine Zustimmung widerrufen. Vor kurzem ist jetzt ein Bescheid hinausgegangen. Er hat aber trotzdem heute - glaube ich - in den

Nachrichten wieder geschrieben und sich über den Steyrer Magistrat und das Bauamt beschwert. Das ist ein schwieriger Fall. Wir wissen das. Soviel diskutiert, überlegt, entgegengekommen wie bei ihm wurde, habe ich in meiner ganzen 10jährigen Laufbahn noch nicht erlebt. Ein Architekt des Hauses hat ihm vor dem ersten Bescheid einen Entwurf vorgelegt, aus einer sehr interessanten und modernen Architekturliteratur, aus Büchern, hat ihm einen Plan gezeichnet. Den hat er sich angesehen und dann hat er gesagt: "Ja, das ist nicht schlecht, das würde mir gefallen. Aber das akzeptiere ich erst, wenn alles andere abgelehnt ist." Er sagte: "Ich will einen Bescheid und ich werde das durchfechten bis zum Verwaltungsgerichtshof." Das ist die Schwierigkeit mit dem Dipl.-Ing. Braunschmid. Und nun haben sich die Sachverständigen etwas verändert, es ist Dr. Kaiser statt Ing. Scheuer und Dipl.-Ing. Grabner statt Ing. Haratzmüller als Naturschutzbeauftragter gekommen. Man hat versucht, gemeinsam - die Neuen und die Alten - ein Gutachten zu erstellen und auf die neue Situation, auch auf die Bebauung durch die Siedlung, die nebenan sitzt, Rücksicht zu nehmen. So wird diese Verbauung in Gleink - hoffe ich doch - zu einem guten Ende finden. Der Kompromiß mit den etwas darunter liegenden Leebergründen ist - glaube ich - gut. Die Verkehrerschließung über den Kronbergweg war immer auch eine Forderung von uns und es ist selbstverständlich, daß für das Bauvorhaben und für den Beginn des Baus zuerst die Brücke gemacht werden muß, damit auch die LKWs und die Schwerfahrzeuge zufahren können. Soweit meine Ausführungen, wir werden natürlich dieser Bebauungsplanänderung zustimmen.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Dr. Tilman Schwager zur Geschäftsordnung bitte.

**GEMEINDERAT**

**DR. TILMAN SCHWAGER:**

Hohes Präsidium, vor allem an Sie gerichtet. Ich möchte nur mein Stimmverhalten, das jetzt folgen wird, erklären. Es gründet sich auf § 31 Abs. 1 Z. 3 der Geschäftsordnung. Ich habe daher bewußt in der Diskussion über Wert und Unwert von Sozialwohnbau gegenüber sozialistischem Wohnbau gegenüber Einfamilienhäusern nicht Stellung genommen. Ich werde mich der Stimme enthalten, nachdem - daraus können Sie schließen, wie weit der Kompromiß trägt - mich mehrere Anrainer mit ihrer rechtlichen Vertretung beauftragt haben.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Das ist verständlich. Wir nehmen das zur Kenntnis und kommen zur Abstimmung. Wer gegen die Änderung des Bebauungsplanes in der vorliegenden Form ist, den bitte ich um ein Zeichen. 7 Stimmen dagegen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (FP). Wer ist für diesen Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke dem Kollegen Schloßgangl für seine schwierige Berichterstattung. Nächster Berichterstatter wäre der Kollege Tatzreiter. Er ist jedoch entschuldigt und hat den Kollegen Vizebürgermeister Sablik mit seiner Vertretung beauftragt. Darf ich bitten.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK ANSTELLE VON STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der Antrag betrifft eine Dachinstandsetzung in der Volkshochschule Stelzhamerstraße 11. Es ist notwendig, das in sehr schlechtem Zu-

stand befindliche Dach mit einer Ziegeleindeckung einschließlich der Dachlatten und der Dachrinnen zu erneuern. Folgende Firmen wurden zur Anbotlegung eingeladen: Fa. Vratny, Fa. Lipfert, Fa. Langthaler, Fa. Wittner. Firma Vratny war Bestbieter mit S 582.220,80 i. M. Nach Preisverhandlungen wurde dieser Betrag auf S 564.754,18 reduziert. Ich ersuche Sie, an die Firma Vratny zum ebengenannten Preis die Dachdeckerarbeiten zu vergeben. Bei den Spenglerarbeiten war ebenfalls die Fa. Vratny Bestbieter. Es wurde ein Betrag von S 108.190,31 i. M. ausgehandelt. Die Gesamtkosten betragen S 672.944,49 incl. MWSt. Der entsprechende Antrag lautet:

24) GHJ2-21/94  
Dachinstandsetzung;  
VHS Stelzhamerstraße 11.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 18. 4. 1994 wird der Dachinstandsetzung der VHS Stelzhamerstraße 11 zugestimmt.  
1. Dachdeckerarbeiten  
Fa. Vratny, Steyr S 564.754,18 i. M.  
2. Spenglerarbeiten  
Fa. Vratny, Steyr S 108.190,31 i. M.  
Gesamt S 672.944,49 i. M.  
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S673.000,- bei der VASSt. 5/2700/010000.0 freigegeben.

Ich ersuche Sie, den Betrag freizugeben und an die Firma Vratny den Auftrag zu vergeben.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Niemand. Daher zu Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimm-

enthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLIK:**

Der nächste Antrag lautet:

25) GHJ2-37/94  
Abschluß eines Mietvertrages mit der GWG der Stadt Steyr über Räumlichkeiten im Rathaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 10. Mai 1994 wird dem Abschluß eines Mietvertrages mit der GWG der Stadt Steyr über die von der GWG derzeit genutzten Räumlichkeiten im Rathaus (Nebengebäude), Stadtplatz 25, zu den nachfolgenden Bedingungen zugestimmt:

Der monatliche Mietzins für diese Räumlichkeiten im Gesamtausmaß von 324,55 m<sup>2</sup> beträgt einschließlich der Betriebskosten und den anteiligen Heiz- und Reinigungskosten S 22.700,- excl. USt. Zuzüglich zum genannten Mietzins wird ein Pauschalbetrag von S 200,- excl. USt pro Monat für die Mitbenützung des Lagers im Objekt Hubergutstraße 12 zur Vorschreibung gelangen.

Der Abschluß des Mietvertrages erfolgt rückwirkend mit 1. 1. 1994 und ist auf die Dauer von 18 Monaten, demnach bis 30. 6. 1995 befristet. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich bitte um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung gewünscht? Kollege Mundorff bitte.

**GEMEINDERAT**

**DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:**

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren vom Gemeinderat! Die nach langjähriger Forderung des Rechnungshofes erfolgte Ausgliederung der GWG scheint mir doch bei näherer Betrachtung eher ein Pro-forma-Akt zu sein. Die Verflechtung der GWG mit dem Magistrat ist weiterhin eng und offensichtlich, so wird z. B. Magistratspersonal bei der GWG beschäftigt. Ein gewisses Naheverhältnis zwischen der Kapitalvertretung und der Belegschaftsvertretung ist in der Person des ÖGB-Bezirksvorsitzenden und Aufsichtsratsvorsitzenden Tatzreiter sicherlich auch nicht abzustreiten und wäre in der Privatwirtschaft völlig undenkbar. Und auch Politik und Magistrat wirken sicherlich sehr stark kontrollierend in diese Firma hinein. Vor diesem Hintergrund der engen Verflechtung ist es natürlich verständlich, daß man - obwohl die Stadt wahrscheinlich teurere Räume zumieten muß - dieser GWG zu einem extrem niederen Preis von S 37,- pro m<sup>2</sup> die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Ich werde daher gegen die Vermietung zu diesen Bedingungen sein.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, weitere Wortmeldung Herr Kollege Holub. Ich erteile ihm das Wort.

**STADTRAT KARL HOLUB:**

In einem befinde ich mich gleich mit Ihnen, Herr Mundorff, das ist die personelle Verflechtung, die nicht geklärt wurde durch den Überlassungsvertrag. Da stimme ich Ihnen zu, ich hätte den Wunsch gehabt, daß das Personal verselbständigt wird und daß man rechtliche Konstruktionen findet, die das auch ermöglichen. Das haben wir an sich vorweg bewiesen, es hat dann Mehrheiten in anderer Richtung gegeben und mit diesen Mehrheiten muß man eben in einer Demokratie leben.

Mit dem anderen Inhalt Ihrer Aussage bin ich nicht einverstanden. Sie sprechen, was zwar sehr populär und spektakulär sein mag, von einer Verflechtung, die durch die Person des Vorsitzenden gegeben ist. Und ich glaube, da machen Sie einen schweren Fehler. Nämlich in Ihrer Argumentation damit, daß er deshalb so quasi befangen wäre, weil er Vorsitzender des ÖGB ist. Das glaube ich, schließt ihn von einer Funktion durchaus nicht aus und das dürfte so nicht sein, daß jemand - und das sage gerade ich jetzt, als Obmann der ÖVP -, der eine politische Funktion aus einer anderen Partei hat, deshalb von einer Aufsichtsfunktion ausgeschlossen werden sollte. Das ist eine Argumentation, die sowohl unseriös als auch unsachlich ist. Ich glaube, wenn der Herr Aufsichtsratsvorsitzende gleichzeitig der Bürgermeister wäre und der Eigentümer, dann wäre ein klassischer Konflikt vorliegend. Aber es gibt ohnehin Gesetze, die bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Ausschließlichkeiten regeln und ich nehme an, daß Ihnen Ihr Parteifreund und Fraktionskollege Dr. Schwager die Bestimmungen sehr deutlich gesagt hätte, wenn Ihr Vorwurf tatsächlich rechtlich begründet wäre. Es ist an sich sehr schade, wenn die Bemühungen um Ausgliederung der GWG, die aus kommerzieller Rücksichtnahme stattfinden und zur Kostenklarheit dienen soll, zum politischen Bühnenbild umfunktioniert werden sollte. Der Prüfungsverband hat immer die klare Trennung von Funktionen der Dienstnehmer der GWG und der Stadt verlangt. Diese klare Trennung ist durch die Aufgabentrennung teilerfüllt, nicht so ideal, wie ich es mir vorgestellt hätte, vermutlich auch nicht, wie es sich der Prüfungsverband vorgestellt hat, die werden das ja bei der nächsten Prüfung auch

dementsprechend kommentieren. Aber die klare Trennung kann wirklich nicht bedeuten, daß der Eigentümer - das ist die Stadt - Aufsichtsorgane nach ihrer Wahl der Gesellschaft beigibt. Denn das Kind wurde ja von der Stadt nicht weggelegt, Kapitaleigentümer ist noch immer die Stadt. Das Kapital wird gehalten vom Herrn Bürgermeister zu 499.000,- Schilling und vom Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil treuhändisch zu 1000,- Schilling. Die Stadt kann also sehr wohl darüber entscheiden, wen sie in den Aufsichtsorganen haben will, das hat sie auch mit Gemeinderatsbeschlüssen getan. Ich halte es für sehr unsachlich, mit ÖGB-Funktionen zu argumentieren. Das sollte man im Sinne einer objektiven Diskussion wirklich auch behaupten.

Gemeinderat Walter Strobl verläßt um 18.23 Uhr die Sitzung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Ich möchte das eben gesagte ein wenig ergänzen und zwar dahingehend, daß auch ich es für unangebracht halte, an der gerechten Vorsitzführung durch den Stadtrat Tatzreiter zu zweifeln. Darauf kommt das hinaus. Das mit dem Naheverhältnis ist die vornehmere Ausdrucksweise in höheren Kreisen. Ich sage, daß ist ein Mißtrauensantrag gegen einen Gewerkschaftsfunktionär und das gefällt mir überhaupt nicht. Wenn in Steyr 80 % Arbeitnehmer wohnen und hier tätig sind, dann werden - nehme ich an - in der GWG der Stadt Steyr in den 5000 Wohnungen auch 80 % Arbeitnehmer als Mieter wohnen.

Daher finde ich es durchaus gerecht, wenn ein Arbeitnehmervertreter wie der Kollege Tatzreiter hier auch im Aufsichtsrat außer den politischen Erfordernissen auch als Wächter tätig ist. Als Aufsichtsrat ist man ja ein Wächter und kein Ausführender. Das nur zum einen. Und das andere ist, daß der Rechnungshof des Bundes schon länger als 10 Jahre vehement diese Ausgliederung fordert und das sind eben Geburtswehen. So betrachte ich das. Wir haben die Ausgliederung vollzogen und jetzt brauchen die auch Büroräume. Hier in diesem alten Haus - man kann natürlich sagen, nebenan zahle ich S 120,- oder 150,-, das ist aber ein Unterschied - werden die Nebenräume ja auch von anderen mitbenützt. Seien es Garderoben- oder Toilettenräume. Wenn Sie den Akt genau lesen, sehen Sie das. Man kann das so und so rechnen. Es entspricht in etwa den Vorschriften für die Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften allgemein und ich ersuche Sie, diesem Vertrag zuzustimmen. Wenn es mit dem Kommunalzentrum schnell geht, dauert das Mietverhältnis sowieso nur mehr 6-7 Monate.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Ich möchte vielleicht als Eigentümervertreter noch bemerken: Wir verrechnen hier die Kosten weiter, die wir selbst haben. Das ist gerechtfertigt. Es würden die Kosten erhoben, die wir im Haus haben und die verrechnen wir weiter und keine anderen. Soweit zur Frage Höhe der Miete. Zum zweiten, was der Kollege Holub angesprochen hat, daß hier nicht eine völlige Trennung des Personals in der GWG von den Magistratsbediensteten stattgefunden hat. Es ist richtig, das er sich das gewünscht. Es ist aber auch richtig, daß die Personalvertretung das nicht gewünscht hat. Und solche Aus-

gliederungen sind eben auch mit der Personalvertretung abzustimmen. Das Personal, das eingearbeitet war, hat ja - zunächst jedenfalls - ausschließlich aus Magistratsbediensteten bestanden und wird dort wieder gebraucht und muß auch motiviert sein, weil wir sonst niemanden haben, den man dorthin setzen kann. Das hat dazu geführt, daß in diesen Verhandlungen eine Lösung, wie wir sie vorliegen haben, gefunden wurde. So ist es. Und daß wir nicht unbedingt gewerkschaftsfeindlich sind, ist ja nicht unbekannt. Dazu stehe ich auch gerne, jederzeit und überall, Herr Kollege Mundorff. Und jetzt stimmen wir ab. Wer dagegen ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 Gegenstimme (FP). Wer übt Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung. (FP). Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

#### VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der nächste Antrag betrifft den Abschluß eines Verwaltungsvertrages zwischen der Stadt und der GWG über die Verwaltung der städtischen Objekte. Nachdem es bisher ja zu keiner Trennung in der Verwaltung zwischen den der Stadt gehörenden Objekten und denen der GWG gekommen ist, soll es auch in Zukunft so bleiben, allerdings gegen Entgelt. Sie kennen ja den Akt, die zehnjährigen Mietzinsreserven sollen bei der Stadt verbleiben und die Entgelte werden festgesetzt nach der Entgelttrichtlinienverordnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten von derzeit Höchstsatz S 1.884,- pro Wohnung bzw. Geschäftslokal und Jahr. Es betrifft eine Anzahl von rund 600 Wohnungen und Geschäftslokalen mit einer Gesamtfläche von 28.800 m<sup>2</sup>, das ergibt unter Zugrundelegung des oben angeführten Tarifansatzes eine

Entschädigung von gerundet S 1.130.000,- pro Jahr für die GWG. Der Antrag lautet:

#### 26) ÖAG-4/94

Abschluß eines Verwaltungsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der GWG der Stadt Steyr über Verwaltung der städtischen Objekte.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. Mai 1994 wird dem Abschluß eines Verwaltungsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, entsprechend dem dem Amtsbericht beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

BEILAGE

Ich bitte um Zustimmung.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diesen Antrag. Wer wünscht dazu das Wort? Bitte Herr Kollege Mundorff.

#### GEMEINDERAT

DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesem Vertrag gab es eine erste Fassung und auf dem Markt war da entsprechend richtig enthalten, daß laut Mietrechtsgesetz § 22 ab 1. 3. 1994 Verwaltungskosten von - meines Wissens - S 29,60 pro m<sup>2</sup> und Jahr zulässig sind und zwar indexgesichert. Daraus würde ein pro Jahr erzielbares Ergebnis von S 58.000,- resultieren. Dieser Punkt fehlt in der zweiten Fassung des Amtsberichtes. Vielleicht ist das Verhandlungsergebnis, das da integriert wurde, ich weiß es nicht. Der angeführte Verwaltungskostenzuschlag beträgt ebenfalls richtigerweise

S 1.884,— pro Wohnung und Jahr, das ergibt ungefähr 1,2 Millionen Schilling pro Jahr, dieser ist allerdings heute wegen des Konkurrenzkampfes auf dem privaten Markt nicht mehr durchsetzbar, obwohl er rechtlich abgesichert wäre. Wie gesagt, der Verwaltungskostenbeitrag wurde nicht mehr aufgeführt, der Verwaltungskostenzuschlag wurde mit der GWG - nicht auf 1,2 sondern 1,13 Millionen Schilling - vereinbart. Berücksichtigt man diese von mir mit einschlägigen Firmen durchgeführten Recherchen, beträgt die Überzahlung der GWG gegenüber einem privaten Unternehmen für Wohnungsverwaltungen - auch mit den Umfängen, die aufgeführt sind - zwar nicht mehr 1,2 Millionen, wie in der ersten Fassung, aber immer noch S 280.000,—. Und dies, obwohl die Stadt auch noch Lohnkosten trägt. Diese Variante scheint mir doch etwas teuer zu sein, ich bin also daher auch nicht begeistert von diesem Verhandlungsergebnis und möchte darum um etwas Aufklärung bitten. Außerdem fehlen mir in der Auflistung der Magistratsobjekte Quadratmeter- und Quadratmeterpreisangaben. Ich hoffe doch nicht, daß dies einer bestimmten Verschleierungstaktik dienen wird.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, wünscht noch jemand das Wort?

*Gemeinderätin Felicitas Bauer verläßt um 18.32 Uhr die Sitzung.*

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Es wird hier gar nichts verschleiert. Ich kann Ihnen aus eigener Anschauung von der Verwaltung der Schlühslmayr-Eigentumswohnungssiedlung berichten, daß es dort nach Ausschreibungen und dergleichen schon diesen Konkurrenzkampf gibt, von dem Sie

sprechen, aber man kann hier nicht Apfel und Ei miteinander vergleichen. Bei den Verwaltungskosten, die Sie hier anführen, haben Sie nur eine Sparte herangezogen. Es gibt die Möglichkeit nach m<sup>2</sup>, nach Wohnungseinheiten, nach m<sup>3</sup> und so weiter, Wohnungsverwaltungen zu bekommen. Man muß sich natürlich die Endsumme dann ansehen und es ist eine relativ günstige Lösung für die Stadt, die Wohnungen verwaltet zu bekommen. Sofern - das muß ich auch sagen - natürlich die Abteilung, die das bisher gemacht hat, um diese Personalkosten verringert wird. Wenn dort der Personalstand gleich bliebe, wäre es ein schlechtes Geschäft. Aber das ist jetzt Angelegenheit des inneren Dienstes, das zu regulieren.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Ich möchte noch eines dazu sagen. Wir nutzen natürlich Synergieeffekte, wenn wir das in einer Hand machen. Das ist das eine. Das zweite, Herr Kollege Mundorff, was ich sagen möchte, ist: Haben Sie sich schon einmal überlegt, welche Mieter in diesen Wohnungen sind, die jetzt da von der GWG mitverwaltet werden? Wenn Sie das tun, dann werden Sie merken, daß es wahrscheinlich unmöglich sein wird - jedenfalls nicht nach unseren Vorstellungen -, das privat zu vermieten. Die Klienten, die wir in den Wohnungen der Stadt drinnen haben, die muß ich nicht näher beschreiben, aber es ist keine einfache Kundschaft, wenn ich Ihnen das mitteilen darf. Und alle, die im Wohnungsausschuß sitzen, werden das sehr gerne bestätigen. Das war natürlich auch mit ein Grund, warum wir das direkt bei uns lassen müssen, aber trotzdem die Synergieeffekte des aufgebauten Verwaltungsapparates in der GWG nutzen wollen. Nun kommen wir zur Abstimmung, meine Damen

und Herren des Gemeinderates. Wer gegen diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 Gegenstimme (FP). Wer übt Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (FP). Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Der Rest ist dafür. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Gemeinderätin Ulrike Fuchs verläßt um 18.38 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Für die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof ist der Ankauf der Liegenschaft Dukartstraße 15 erforderlich, weil hier ein Teil der Rampe hinkommt. Es soll das nicht benötigte Grundstück dann wiederum weiterverkauft werden, aber vorerst in der Ankauf zu den angeführten Beträgen notwendig. Der Antrag lautet:

28) Bau2-2430/92

Verkehrsdrehscheibe Bahnhof;  
Ankauf der Liegenschaft  
Dukartstraße 15.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 24. Mai 1994 wird dem Abschluß eines Kaufvertrages mit Herrn Ferdinand Knabl, Steyr, Dukartstraße 15, über die Liegenschaften EZ 432 und 521, beide KG Steyr, zum Kaufpreis von S 7.700.000,- zugestimmt. Die Auszahlung des Kaufpreises hat am 1. 7. 1994 bei Übergabe der Liegenschaft in einem Teilbetrag von S 5.540.000,- zu erfolgen. Der verbleibende Restbetrag von S 2.160.000,- ist in 30 Halbjahresraten von je S 72.000,- zu entrichten. Diese Teilbeträge unterliegen der Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 auf Basis des für Juli 1994 verlautbarten Wertes. Im

übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Zur Auszahlung der Kaufpreisteilbetrages von S 5.540.000,- und der noch im heurigen Jahr zu erwartenden Grunderwerbssteuer und Eintragungsgebühr wird bei der VAST. 5/6120/002450.4 ein Betrag von S 5.900.000,- freigegeben.

Ich ersuche Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist der Herr Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Verkehrsdrehscheibe Bahnhof, hier haben wir ein klassisches Beispiel dafür, daß ein nicht an erster Stelle gereihtes Projekt zum Durchbruch kommen soll. Wir stehen mit einer Träne - oder auch zwei - im Auge der Entscheidung des Gemeinderates gegenüber. Es ist beschlossen, daß dieses Projekt gemacht werden soll, deshalb geben wir auch die Zustimmung dazu. Es ist von uns aus sicherlich sehr darauf zu achten, daß die Gründe für dieses Bauwerk, das ja nicht so stadtbildverträglich ist wie eine Tunnellösung, insbesondere die Kostengründe, wo ein Limit von 80 Millionen Schilling immer behauptet und vorgeschlagen worden ist, eingehalten werden. Zum Kaufpreis der einen Liegenschaft, die jetzt auf der Tagesordnung steht: Ich würde sagen, es ist nicht gerade eine Okkasion, dieser Kauf - das Schätzgutachten kommt sogar noch etwas höher -, aber diesen Preis muß man erst am normalen Weg erzielen, wenn nicht dieses Bauwerk errichtet werden würde. Das muß man erst um diesen Preis einmal kaufen oder verkaufen!

Zum anderen noch ausstehenden Kauf bzw. Grundstück möchte ich nichts sagen, um laufende Verhandlungen nicht zu stören. Danke.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, das war sehr vornehm, Herr Dr. Pfeil. Nun frage ich, ob noch jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:**

Das war wirklich sehr vornehm, Herr Dr. Pfeil. Sie haben es ja sehr richtig gesagt, wenn es nur ein Grundstück gibt, dann wird der in der freien Marktwirtschaft natürlich diesen Preis verlangen, den er erzielen kann. Und das ist eben so geschehen. Und Ihren Kummer um das Erst- oder Zweitgereichte, da möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das Erstgereichte überhaupt keine Verbindung hätte. Natürlich hätte man das Grundstück nicht gebraucht. Wir hätten aber auch niemals die Eisenstraße und dergleichen entlasten können, weil keine Verbindung gewesen wäre. Ich bitte um Abstimmung.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Wir kommen zur Abstimmung über den Ankauf dieser Liegenschaft Dukartstr. Nr. 15. Wer für den Ankauf ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Danke für den einstimmigen Beschluß. Danke dem Kollegen Sablik. Ich würde nun den Kollegen Stadtrat Zagler bitten.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT  
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Danke. Nachdem ich annehmen darf, daß bei den Punkten 29 - 35 Einhelligkeit herrscht, schlage ich vor, daß wir

das gleich en bloc abstimmen. Das ist aber leider statutarisch nicht möglich, daher muß ich einzeln beginnen. Mein erster Antrag lautet:

29) Ha-4202/92  
SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 500.000, als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 19. April 1994 wird dem SK Vorwärts Steyr eine Subvention als Weiterleitung einer vom Land OÖ. bewilligten, zweckgebundenen Bedarfszuweisung für die Errichtung einer Flutlichtanlage im Steyrer Vorwärts-Stadion in Höhe von S 500.000,- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 500.000,- bei der VAST. 5/2624/777000.5 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfszuweisungsmitteln zu erfolgen. Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr wird der Stadtsenat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Genehmigung.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Zu Wort gemeldet Dr. Tilman Schwager bitte sehr.

**GEMEINDERAT  
DR. TILMAN SCHWAGER:**

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es liegt hier ein Antrag vor, der so aussieht, als würden wir einen Soll- und Haben-Ausgleich von S 500.000,- machen. Das mag wohl sein, daß es für diese S 500.000,- - und das glaube ich dem Antragsteller auch, ich habe ja keinen Grund, zu zweifeln -

eine Zusage vom Land der OÖ. Landesregierung vom 28. 2. 1994 geben mag. Nur: Dringlichkeit bei der finanziellen Situation der Stadt in der wir stecken? Reden wir einmal von der finanziellen Situation der Stadt, ob sie S 500.000,- vorfinanzieren kann. Die Frage ist die, wir können die Dringlichkeit nur dann akzeptieren, wenn wir wissen - und da wird uns der Mag. Lemmerer vielleicht Bescheid sagen können -, daß dieses Geld schon da ist. Wenn es wirklich schon eingegangen wäre, lasse ich mir einreden, daß es nur ein Durchlauf ist. Die finanzielle Situation der Vorwärts, die Sie eingeworfen haben, die ist in Steyr schon notorisch. Es scheint der Vorwärts doch gelungen zu sein, in der ersten Division - man schreibt I. Division mit einer römischen Eins, da sieht aus wie ein I, ein I wie Insolvenz - zu bleiben, wenn auch nur gerade noch. Das heißt, gehen wir auch davon aus, daß die Vorwärts vielleicht nicht ganz insolvent ist. Ich gebe nur eines zu bedenken und das ist etwas, was der zuständige Herr Stadtrat mit sich selbst wird ausmachen müssen: Ob das bei sehr strenger Auslegungen der Bestimmungen des § 31 - den ich heute schon einmal zitiert habe, es ist nur ein anderer Absatz, nämlich Absatz 1 Ziffer 1, und das in Verbindung mit Absatz 3 - nicht auch hier eine Befangenheit ist, nachdem der Herr Stadtrat hier ja nicht im Kollegium mitarbeitet, sondern in seiner Eigenverantwortlichkeit. Wenn man persönliche Haftungen gegenüber einem Verein hat und dem - wenn auch durchaus sachlich gerechtfertigt - Geld weiterleiten muß, bekomme ich als Jurist Bauchweh.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Noch eine Wortmeldung? Schlußwort Herr Referent.

**STADTRAT**

**DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Zunächst einmal darf ich mich für Deine Zustimmung bedanken. Nachdem die Gelder im März bereits eingelangt sind, wäre es eigentlich noch seriöser, nicht nur die S 500.000,- sondern auch unseren Zinsgewinn weiterzuleiten. Nein, Spaß beiseite. Das Geld ist da, ist eingegangen, und es ist tatsächlich so, daß ein einnahmen- und ausgabenseitiger Ausgleich bei diesen S 500.000,- stattfindet. Ich bitte den Herrn Bürgermeister um Abstimmung.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wir stimmen ab über den Antrag Nr. 29) Weiterleitung von S 500.000,- an SK Vorwärts. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT**

**DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Der nächste Punkt betrifft eine Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung. Es ist hier im Budget ein Betrag von S 500.000,- vorgesehen, den die Personalvertretung des Magistrates Steyr mit Schreiben vom 31. März gerne ansprechen möchte. Der Antrag lautet:

30) Fin-87/94

Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 21. April 1994 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuung im Jahr 1994 eine Subvention von insgesamt S 500.000,- gewährt. Diese

Subvention wird dergestalt zur Auszahlung gebracht, daß die 1. Rate nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr und die 2. Rate zur Monatsmitte August 1994 zur Auszahlung gelangen soll. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 500.000,- bei der VASSt. 1/0940/757000.0 freigegeben.

Nach sachlicher Prüfung der Gestion wird vorgeschlagen, diese S 500.000,- freizugeben und zu genehmigen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

#### STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim nächsten Akt geht es ebenfalls um eine Weiterleitung einer Landesförderung und zwar an den Tierschutzverein in Höhe von S 300.000,-. Der Antrag lautet:

#### 31) Gem-87/93

Bedarfszuweisungsmittel für den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 10. Mai 1994 wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 300.000,- an den OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr, für die Herstellung eines Fundamentes, die Zaunerneuerung und die Instandsetzung der Katzenstuben zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt 1/5810/777000.6 für das Rechnungsjahr 1994 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 300.000,- genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch eine Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Ich bitte auch hier, so wie beim Erstantrag, den ich gestellt habe, zur Kenntnis zu nehmen, daß es hier in Form einer ausgabenseitigen Kreditüberschreitung geschieht, auf der anderen Seite ebenfalls eine einnahmenseitige, so daß sich das wieder einnahmen- und ausgabenmäßig ausgleicht. Bitte den Beschluß herbeizuführen.

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nachdem sich niemand zu Wort meldet, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

#### STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim nächsten Punkt geht es ebenfalls wieder um eine Weiterleitung einer Förderung und zwar an das Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, kurz FAZAT. Der Antrag lautet:

#### 32) Gem-87/93

Bedarfszuweisungsmittel für das FAZAT-Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik (2. Ausbaustufe); Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 10. Mai 1994 wird der Weiterleitung

der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 1.000.000,- an das FAZAT Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik zur Errichtung der 2. Ausbaustufe zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VAS 5/2890/777000.2 für das Rechnungsjahr 1994 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1.000.000,- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch eine Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Nachdem ich bei diesem Verein dabei bin und mich auch nicht befangen erachte, bitte ich Sie, auch hier wieder die Vorgangsweise so beschließen zu wollen.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT**

**DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Die Landesgesetzgebung hat mit Wirkung vom 12. Februar 1994 das Objektivierungsgesetz novelliert. Das bedeutet, daß die Dienstnehmervertreter von 3 bzw. 4 auf 4 bzw. 5 Dienstnehmervertreter incl. Ersatzleuten aufgestockt werden müssen. Die Personalvertretung hat dafür die Herren Vollenhofer und Danninger nominiert, als Vertreter die Herren Gärtner und Überlackner. Der Antrag lautet:

33) Präs-35/91

OÖ. Objektivierungsgesetz;  
Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstnehmers im Personalbeirat.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Ab 12. 12. 1994 wird die Zusammensetzung der Dienstnehmervertreter des Personalbeirates wie folgt festgelegt:

*Dienstnehmervertreter:*

OMR Mag. Erwin Schuster

*Ersatz:* VB Ernst Fuchs

*Dienstnehmervertreter:*

AR Hans Greinöcker

*Ersatz:* VB Pauline Feichtlbauer

*Dienstnehmervertreter:*

VOK Kurt Buchner

*Ersatz:* AR Harald Kloiber

*Dienstnehmervertreter:*

VB Günther Vollenhofer

*Ersatz:* VB Heinz Gärtner

*Dienstnehmervertreter:*

OAR Adolf Danninger

*Ersatz:* VB Josef Überlackner

Ich bitte, das zustimmend zur Kenntnis nehmen zu wollen.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu Punkt 33)? Keine Wortmeldung gewünscht, daher kommen wir zu Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT**

**DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Beim nächsten Akt geht es um die Zuerkennung einer Dienstvergütung für Sozialarbeiterinnen im Jugendbereich, die die dafür notwendige Ausbildung auch nachzuweisen haben. Der Antrag lautet:

34) Präs-229/94

Zuerkennung einer Dienstvergütung für Sozialarbeiter(innen).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 26. 4. 1994 wird den Sozialarbeiterinnen, die im Dienstzweig "gehobener Dienst der Sozialarbeiter" eingereiht und überwiegend mit sozialarbeiterischen Aufgaben betraut sind, mit Wirkung vom 1. 1. 1994 eine Dienstvergütung im Ausmaß von 3,85 v. H. v. V/2, das sind derzeit S 873,- monatlich (12 x jährlich) und ab 1. 1. 1995 im Ausmaß von 7.7 v. H. v. V/2 (ohne Valorisierung), das sind S 1.747,- monatlich (12 x jährlich), zuerkannt.

Beamte bzw. Vertragsbedienstete des Dienstzweiges "gehobener Verwaltungsdienst" und "gehobener Rechnungsdienst" können diese Dienstvergütung dann erhalten, wenn sie die entsprechenden ausbildungsmäßigen Voraussetzungen erfüllen oder eine 3-jährige Praxis (gem. § 7 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz 1991) im Aufgabenbereich der öffentlichen Jugendwohlfahrt nachweisen können.

Gleichzeitig wird festgehalten, daß gem. § 20 Abs. 2 e des Gehaltsgesetzes 1956 i. d. g. F. diese Dienstvergütung für Inhaber des Dienstpostens der Dienstklasse VII (ab Gewährung einer Verwendungszulage gem. § 30 a (1) Z. 2 LBG) oder bei Erlangung einer Gehaltszulage um 2 v. H. von V/2 zu kürzen ist.

Außerdem wird die Dienstvergütung bei Gewährung einer Verwendungszulage gem. § 30 a (1) Z. 3 und § 30 a (2) des sinngem. anzuwendenden Landesbeamtengesetzes zur Einstellung gebracht.

Ich bitte hier entsprechend der Landesregelung auch für diese - in einem sehr schwierigen Bereich tätigen - Sozialarbeiterinnen den Beschluß herbeiführen zu wollen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist der Kollege Spöck. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Grundsätzlich stehe ich persönlich Pauschalzulagen und Dienstvergütungen eher negativ gegenüber, man verliert dabei leicht die Übersicht und es kommt zu immer mehr steigenden Personalkosten. Bei den Sozialarbeitern bzw. Sozialarbeiterinnen handelt es sich aber - so bin ich der Meinung - um einen Kreis von Bediensteten, die täglich mit schwersten Umständen konfrontiert sind. Der Tätigkeitsbereich umfaßt die Unterstützung von schwierigen und sozial schwachen Familien, von Kindern und Jugendlichen, die Zusammenarbeit mit Schulen, Horten, Kindergärten, Sozialvereinen und anderen Jugendwohlfahrteinrichtungen, die Beratung in Erziehungsfragen usw. Wenn ich ganz kurz auf den Punkt 13) zurückkomme, Möglichkeiten hätten sich hier sicherlich bei dem Integrationsprojekt für In- und Ausländer ergeben. Schwierigkeiten, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die sich auch immer wieder bei Besetzung von offenen Stellen zeigen, hier geeignetes Personal zu bekommen. Trotz der Überstellung in den gehobenen Verwaltungsdienst und der damit verbundenen finanziellen Besserstellung wird es für diese Gruppe seitens unserer Fraktion - ähnlich wie beim diplomierten Personal vor einigen Jahren, wo es ebenso Schwierigkeiten bei dem Beruf gegeben hat - eine Zustimmung geben. Bei dieser Gelegenheit aber, werte Kolleginnen und Kollegen: Kein Verständnis habe ich immer wieder bei Zuerkennung von Computerzulagen

von monatlich S 860,-, wobei die Verwendung hier keine Rolle spielt. Bei Verwendung von 20 % gibt es ebenso diese Zulage, wie z. B. - wenn ich an den letzten Personalbeirat denke - bei Verwendungen von 90 %.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Ich danke sehr. Bitte das Schlußwort Herr Referent.

**STADTRAT  
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Ein kurzes Schlußwort. Es geht in diesem Antrag nicht nur darum, diese Dienstvergütung zuzuerkennen, sondern es ist auch aus dem Antrag zu entnehmen, daß dabei auch andere, bisherige Zulagen gekürzt werden, so daß sich eine Mehrbelastung im Jahr 1994 von S 5.500,- ergibt, ab dem Jahr 1995 nicht valorisiert durch die Gehaltssteigerungen von S 10.500,-. Ein Wort noch zu den Computerzulagen. Ich muß dazu sagen, daß das Land Oberösterreich - und da würde ich Dich vielleicht auch bitten, in Deinen Kreisen zu wirken, nachdem doch die größte Fraktion mit Deiner identisch ist - eine Regelung zu finden, die viel kostenintensiver ist als die, die mit den Bediensteten in unserem Haus ausgehandelt sind und daß das hier auch heute Gegenstand der heutigen Beschlußfassung ist. Aber ich bitte hier in dem Sinne zuzustimmen, daß wir eine günstigere Lösung für unsere Bediensteten haben, als das die Landesregelung sein würde, wir sparen dabei Geld.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung?

Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT  
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**  
Schließlich wird eine Aufstockung nach OÖ. Gemeindebedienstetenschutzgesetz nötig. Der Antrag lautet:

35) Pers-1453/91  
OÖ. Gemeindebediensteten-  
Schutzgesetz; Erweiterung des  
Sicherheitsausschusses.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Personalverwaltung werden im Sinne des OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetzes VB Maximilian Hörndler als Sicherheitsvertrauensperson und VB Josef Überlackner als Ersatzperson für den Bereich des städt. Verkehrsbetriebes auf die Dauer der restlichen Funktionsperiode des Gemeinderates bestellt.

Ich bitte auch das positiv abstimmen zu wollen.

**BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:**  
Zu Wort gemeldet ist der Kollege Stadtrat Eichhübl. Ich erteile es ihm.

**STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**  
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister. Ich möchte diesen vorliegenden Antrag auf Erweiterung des Sicherheitsausschusses zum Anlaß nehmen, um den löblichen Gemeinderat daran zu erinnern, daß erst vor kurzem dem Gemeinderat ein Bericht der Gemeindebedienstetenschutzkommission zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. In diesem Bericht war auch eine Überprüfung der Busgarage der städt. Unternehmungen beinhaltet. Aus diesem Bericht war zu entnehmen, daß man an sich keine größeren Mängel in dieser Busgarage

festgestellt hat, mit der Ausnahme der bekannten Platzprobleme und einige andere - eher als Kleinigkeiten zu bemerkende - Ergänzungen in diesem Bericht. Ich habe damals den Berichterstatter Stadtrat Zagler gefragt, ob anlässlich der Begehung und anlässlich der Berichterstattung bzw. der Ausarbeitung des Berichtes auch Personalvertreter anwesend oder mit dabei waren. Kollege Zagler hat das bestätigt, daher hat mich umso mehr verwundert, daß etwa im gleichen Zeitraum oder kurz vor der Beschlußfassung hier im Gemeinderat ein Blatt, genannt "Mitteilung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten", es heißt sogar "Aktiv", herausgekommen ist, in dem der zuständige Stadtrat Roman Eichhübl aufgefordert wurde, dafür zu sorgen, daß in der Garage der Verkehrsbetriebe menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden. Das hat mich wirklich sehr verwundert und daher habe ich mich heute nochmals zu Wort gemeldet, um meine Verwunderung nochmals nachträglich zu unterstreichen. Ich hoffe daher, daß der heutige Antrag auf Erweiterung des Sicherheitsausschusses, dem ich natürlich beitreten werde, dazu dient, in Zukunft klare Verhältnisse zu schaffen, damit die Dinge in der Busgarage so gesehen werden, wie sie sind, nämlich sehr problematisch, das wissen wir alle. Ich kann daher abschließend nur darauf drängen, daß so rasch als möglich eine Übersiedlung des Verkehrsbetriebes in das neue Kommunalzentrum erfolgen wird.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Weitere Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

**STADTRAT**

**DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Ein ganz kurzes. Ich habe Deinen kryptischen Ausführungen nicht folgen können, was der damalige Beschluß im Gemeinderat mit dem zu tun hat, daß Dich die Personalvertretung auffordert, für Deine Dir politisch unterstellte Division Verantwortung zu übernehmen. Im letzten Satz hast Du allerdings die Kurve gekratzt, muß ich dazu sagen, denn ich glaube, Du hast inzwischen auch zur Kenntnis genommen, daß wir das Kommunalzentrum bzw. die REPA gekauft haben und daß wir drauf und dran sind, dort diese menschenwürdigen Bedingungen zu schaffen und dort einen Synergieeffekt zu finden, der allen Bediensteten zugute kommen wird, ob Du willst oder nicht.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag. Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Tagesordnung ist erschöpft. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir im Zuge der Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates und mit den heutigen Beschlüssen des Gemeinderates zusammen eine Ausgabensumme von S 31.877.700,- beschlossen haben. Wir kommen zur aktuellen Stunde. Ich darf die FPÖ fragen, haben Sie ein Thema?

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

Danke nein.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Die ÖVP? Auch nicht. Die Grünen? Auch nicht. In diesem Falle meine Damen und Herren, darf ich Ihnen

herzlich danken für die Mitwirkung und  
Teilnahme an der heutigen Gemein-  
de-ratssitzung und schlieÙe die Sitzung.

**ENDE DER SITZUNG: 19.03 Uhr.**

**DER VORSITZENDE:**

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**

OAR. Anton Obrist e. h.

Gabriele Angerbauer e. h.

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**

Felicitas Bauer e. h.

Klaus Jansky e. h.